

Sand im Getriebe 157

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Friedensfähigkeit aufbauen

Inhaltsverzeichnis

Frieden

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt.....	3
GermanF.Policy: „Zeit für Kriegsmentalität“	4
Friedensratschlag zu Mittelstreckenwaffen.....	4
Kampagne: Friedensfähig statt erstschlagfähig!.....	5
APPELL DER 38: Eine Minute vor Zwölf –	5
Abschlussklärung vom Bundesausschuss Friedensratschlag	6
Friedenspolitik für die Welt des 21. Jahrhunderts.....	7
Kriegsdienstverweigerung (KDV)	7
Ewiger Friedensplan für den Russland-Ukraine-Krieg.....	8
M. von der Schulenburg: Die UN-Charta muss in jeder neuen Friedensarchitektur sein.....	9
Privatisierung in der Ukraine.....	10
Rainer Böhme und Wolfgang Schwarz: Zur russischen Nukleardoktrin.....	11
Ingeborg Schellmann: Jonas Tögel (2023): Kognitive Kriegsführung.....	13
Umwälzungen in Syrien	16
Jens Berger Staatsräson schlägt Völkerrecht.....	17

Völkermord in Palästina stoppen!

AI: Völkermord an Palästinenser*innen in Gaza.....	18
Genozid in Gaza.....	19
Der Libanon.....	20
Westjordanland.....	21
Israels Ziele und Strategie.....	22
Ilan Pappé: Lobbying für Israel hat Grenzen.....	22
Proteste und Solidaritätsaktionen weltweit.....	23

IStGH: Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant. 24 Deutsche Politik.....	26
Waffenexporte und militärische Zusammenarbeit endlich stoppen!.....	26

Grundrecht auf Asyl.....28

Gutes Leben für alle statt Überfluss für einige

Oxfam: Bericht zur sozialen Ungleichheit.....	29
Erhard Crome: Trumps Personal.....	30
Ulrike Eifler: Die Gewerkschaften sind gefordert, weil die Beschäftigten betroffen sind.....	31
Ralf Krämer: Militär oder Sozialstaat.....	32
Marianne Arens: Bundeshaushalt 2025.....	32
Jürgen Wagner: Rüstung durch Sozialabbau.....	33
Gesundheit ist ein Menschenrecht.....	34

Frankreich

Attac Frankreich: Die Dringlichkeit einer sozialen und ökologischen Kursänderung.....	35
--	----

Freihandelsabkommen EU-Mercosur

German Foreign Policy: Die neokoloniale Doppelrolle.....	37
Umweltinstitut München: Wie geht es weiter?.....	37

Klima

Wie Superreiche die Klimakrise befeuern	38
Nein zu Lobbyisten für fossile bzw. Agrar-Konzerne auf der COP 29.....	38
Attac Frankreich: Von COP29 bis G20: klimapolitische Untätigkeit am Ruder.....	40

Vorwort

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Es besteht „die Gefahr, in einen **atomaren Abgrund** zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen“. „An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.“ (**Berliner Appell**)

Der Berliner Appell ist von 36 Friedensorganisationen aufgegriffen worden, die eine Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ **gegen die Stationierung landgestützter US-Mittelstreckenraketen** in Deutschland gestartet haben.

Gefordert wird „**Dialog statt Aufrüstung**: Die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und (nukleare) Abrüstung“.

Es sollen auch „neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit“ entwickelt werden, die der Zuspitzung der atomaren Bedrohung Rechnung tragen.

Wir dokumentieren einige **Friedens-Initiativen**, u. a. den „**Ewigen Friedensplan für den Russland-Ukraine-Krieg**“; die **UN-Charta** sollte „zum Herz und zur Seele jeder neuen Friedensarchitektur“ gemacht werden; **Kriegsdienstverweigerung** sollte zur Bürgerpflicht werden.

Jonas Tögel hat die „**kognitive Kriegsführung**“ als „neueste Manipulationstechnik aus der Waffengattung der NATO“ dokumentiert.

German Foreign Policy analysiert die **Umwälzungen in Syrien**.

Gegen den vom NATO-Generalsekretär geforderten Schwenk hin zu einer „Kriegsmentalität“, für den künftig bei den Ausgaben für Renten, Gesundheit und Sozialsysteme Kürzungen vorzunehmen seien, sprechen sich Ulrike Eifler, Ralf Krämer, Marianne Arens und Jürgen Wagner aus und fordern eine **ausreichende Finanzierung für soziale Aufgaben**.

Neue Recherchen von **Amnesty International** belegen: **Israel begeht Völkermord an Palästinenser*innen in Gaza**; Tag für Tag steigt die Anzahl der zivilen Opfern, insbesondere der Kinder. Wer nicht durch israelische Bombardierungen oder gezielte Schüsse – auch aus Drohnen - ermordet wird, ist durch Hunger, mangelnde Hygiene, Obdachlosigkeit und jetzt noch Kälte lebensgefährdet. Das Völkerrecht wird immer wieder nicht respektiert, die Landaneignung setzt Israel fort (auch in Syrien). **Der Internationale Strafgerichtshof** hat Haftbefehle gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant ausgestellt.

Viele Dokumente zeigen auf, dass Israels Vorgehen mit Selbstverteidigung nichts zu tun hat: Es handelt sich um Siedler-Kolonialismus und einen Vorposten insbesondere der USA.

Und nun? **Stopp der Waffenlieferungen**, Suspendierung des Assoziations-Abkommens EU/Israel wegen Nichteinhaltung der Menschenrechte? Fehlanzeige bei der deutschen Politik. Aber nicht bei den vielen **Protesten** weltweit. Der Historiker Ilan Pappé sagt dazu: „Seien Sie also mutig, seien Sie gewissenhaft, und denken Sie daran, dass Sie auf der richtigen Seite der Geschichte stehen, und keine Lobby der Welt wird sie Ihnen wegnehmen.“

Die Zukunft der Menschheit wird auch durch die Klimaveränderungen bedroht. Oxfam stellt dar, wie **Superreiche die Klimakrise befeuern**. **Lobbyisten** für fossile bzw. Agrar-Konzerne machten sich auf der COP 29 breit. Brosamen kamen für die Leidtragenden der Klimaveränderungen raus – mehr nicht. Attac Frankreich prangert die **klimapolitische Untätigkeit von COP 29 und G20** an.

Weitere Felder des Ringens zwischen Profiteuren und Leidtragenden werden in diesem Heft nur kurz behandelt: **Grundrecht auf Asyl, Gesundheit als Menschenrecht, politische Krise in Frankreich**. Das **Freihandelsabkommen EU-Mercosur ist noch zu stoppen!**



Der Newsletter **Sand im Getriebe (SiG)** informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen (**Ignacio Ramonet**: „*Die Märkte entwaffnen*“; **Attac-Charta vom Dezember 1998**). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein **Gedicht** von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion**: sand-im-getriebe@posteo.de

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen). Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

„Berliner Appell“

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen **Dark Eagle** steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Erstunterzeichner:

Yusuf As (Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF-Bundesvorstand); **Horst Becker** (Parl. Staatssekretär a.D. Bündnis 90/die Grünen); **Lothar Binding** (Sprecher SPD-AG 60+, ehem. MdB); **Peter Brandt** (Historiker, Initiative „Neue Entspannungspolitik jetzt!“); **Reiner Braun** (ehem. Präsident Internationales Friedensbüro (IPB)); **Christoph Butterwegge** (Armutsforscher); **Angelika Claußen** (IPPNW-Vorsitzende); **Sevim Dagdelen** (MdB BSW); **Daniela Dahn** (Schriftstellerin); **Renan Demirkan** (Schauspielerin); **Wiebke Diehl** (Journalistin und Autorin); **Jan Dieren** (MdB, Vorsitzender der DL 21 der SPD); **Klaus Dörre** (Sozialwissenschaftler); **Ulrike Eifler** (Gewerkschaftssekretärin); **Sefariye Eksi** (Bundesvorsitzende Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF); **Katja Ebstein** (Sängerin); **Tino Eisbrenner** (Songpoet, Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V.); **Axel Fersen** (Koordinator Erhard-Eppler-Kreis);

Uta Finckh-Krämer (Pazifistin, ehem. MdB SPD); **Hajo Funke** (Politikwissenschaftler); **Martin Gross** (Gewerkschaftssekretär ver.di); **Andreas Grünwald** (Hamburger Forum); **Gregor Gysi** (Politiker, MdB die Linke); **Christoph Habermann** (Staatssekretär a. D.); **Rita-Sybille Heinrich** (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg); **Lühr Henken** (Bundesausschuss Friedensratschlag); **Peter Hennicke** (Umwelt- und Energieforscher); **Jutta Kausch-Henken** (Schauspielerin, Friedenskoordination Berlin); **Margot Käßmann** (Theologin); **Oliver Keymis** (Landtagsvizepräsident a. D., Bündnis 90/die Grünen); **Yanick Kiesel** (Frieden in Bewegung); **Patrik Köbele** (DKP); **Matthias Kollatz** (ehem. Finanzsenator SPD); **Ralf Krämer** (Gewerkschaftssekretär); **Wolfgang Lieb** (Staatssekretär a. D. SPD); **Gesine Löttsch** (MdB DIE LINKE); **Jochen Luhmann** (Friedens- und Umweltforscher); **Thomas Meyer** (Politikwissenschaftler und Autor); **Pablo Miró** (argentinisch-deutscher Komponist und Songwriter); **Hans Misselwitz** (Staatssekretär a. D., Verhandlungsführer 2+4-Verhandlungen); **Ruth Misselwitz** (Pfarrerin a. D.); **Klaus Moegling** (Kulturwissenschaftler); **Michael Müller** (Bundesvorsitzender der Natur-Freunde, Parl. Staatssekretär a. D. SPD); **Juliane Neigel** (Sängerin); **Willi van Ooyen** (Bundesausschuss Friedensratschlag); **Christof Ostheimer** (Friedensforum Neumünster); **Jürgen Peters** (ehem. Vorsitzender der IG Metall); **Joachim Radkau** (Historiker); **Orlinde Radkau** (Frauenrechtlerin); **Herbert Sahlmann** (SPD Bonn-Bad Godesberg); **Michael von der Schulenburg** (Diplomat, MdEP); **Joachim Schuster** (MdEP a. D. SPD); **Jürgen Scheffran** (Friedensforscher); **Alice Schwarzer** (Frauenrechtlerin, Journalistin); **Udo Simonis** (Umweltforscher); **Jörg Sommer** (Vorsitzender Deutsche Umweltstiftung); **Wolfgang Streeck** (Sozialwissenschaftler); **Hans-Jürgen Urban** (Vorstand IG Metall); **Hannes Wader** (Liedermacher); **Sahra Wagenknecht** (MdB, BSW); **Peter Wahl** (Publizist, Mitbegründer von Attac); **Hans-Eckardt Wenzel** (Autor, Musiker); **Hubert Weiger** (Ehrenvorsitzender des BUND); **Ernst-Ulrich von Weizsäcker** (Umweltforscher); **Burkhard Zimmermann** (Sprecher AG Frieden der DL 21); **Christoph Zöpel** (Staatsminister a. D. SPD); **Dirk Zöllner** (Sänger); **Klaus Zwickel** (ehem. Vors. der IG Metall)

Appell unterschreiben: <https://nie-wieder-krieg.org/>
<https://nie-wieder-krieg.org/2024/10/16/berliner-appell-unterschriftenblatt/>

Frieden schaffen mit Offensivwaffen? Mittelstreckenwaffen in Deutschland – gefährlich und destabilisierend!

Videoaufnahme des Vortrags von **Jürgen Wagner** (IMI e. V. www.imi-online.de) am 24.10.2024

Jürgen Wagner veröffentlichte (zusammen mit Özlem Demirel) eine gleichnamige **Broschüre zum Thema** (30.09.2024)

Neue Mittelstreckenraketen: Fluch oder Segen für Deutschlands Sicherheit? Ein Gespräch mit Oberst a. D

Wolfgang Richter, 17. 10. 2024 Video: [Freiburger Diskurse](#)

Sonderausgabe Nr. 58 der Zeitung gegen den Krieg (ZgK) zu den geplanten Mittelstreckenwaffen, zum geo- und innenpolitischen Umfeld sowie zu unserem Potenzial für erfolgreichen Widerstand. November 2024.

Deutsche Gewerkschaften – und das Nein zum Marsch in die Kriegstüchtigkeit: Anfang November 2024 fand in Mainz die dritte Konferenz der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) statt, an der vor allem Verdi- und IG Metall-Mitglieder teilnahmen. von **Johannes Schillo – Gewerkschaftsforum** | 4.12.24

Rede von George Friedman von 2015 beim **Chicago Council on Foreign Affairs:**

„Das vorrangige Interesse der Vereinigten Staaten [...] war die Beziehung zwischen Deutschland und Russland, denn vereint sind sie die einzige Kraft, die uns bedrohen könnte, und dafür zu sorgen, dass das nicht passiert.“

German Foreign Policy: „Zeit für Kriegsmentalität“

16. Dezember 2024 - **NATO-Generalsekretär Mark Rutte** fordert von den NATO-Staaten Europas einen Schwenk hin zu einer „Kriegsmentalität“. Demnach hält das Militärbündnis es für möglich, dass es in „vier bis fünf Jahren“ im Krieg mit Russland steht. Die Rüstungsindustrie in Europa sei heute „zu klein, zu fragmentiert und zu langsam“. Das müsse sich ändern. Dazu seien mindestens drei Prozent der Wirtschaftsleistung erforderlich.

Zu der „Botschaft“, die Rutte vermitteln will, gehört die Forderung, künftig bei den Ausgaben für Renten, Gesundheit und Sozialsysteme Kürzungen vorzunehmen; dafür gäben die Staaten Europas „bis zu einem Viertel“ ihrer gesamten Wirtschaftsleistung aus – aus NATO-Sicht zu viel.

Rutte äußerte wörtlich: „Es ist Zeit, zu einer Kriegsmentalität umzuschwenken.“

Nach einer von [Greenpeace publizierten Analyse](#) gäben die NATO-Staaten schon heute „etwa zehnmals so viel Geld für ihre Streitkräfte aus wie Russland“ – nämlich 1,19 Billionen

US-Dollar im Vergleich zu 127 Milliarden US-Dollar. Selbst wenn man die USA ausklammert und die Differenzen in der Kaufkraft berücksichtigt, gäben die NATO-Staaten Europas und Kanada derzeit rund die Hälfte mehr für ihre Streitkräfte aus als Russland – 430 Milliarden US-Dollar gegenüber 300 Milliarden US-Dollar. [...]

Die **Bundesregierung** hat jetzt die neue, in Kooperation mit der deutschen Rüstungsindustrie erstellte „**Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie**“ (**4. Dezember 2024**) vorgelegt. Aufschlussreich ist, dass die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie ausdrücklich festlegt, die „militärischen Fähigkeiten, Ausstattung und Ausrüstung“ für die deutschen Streitkräfte müssten „in allen Lagen, Dimensionen, geostrategischen Räumen und klimatischen Bedingungen einsetzbar und einsetzbar sein“. Dies straft die Behauptung, bei der Aufrüstung gehe es lediglich um die Landesverteidigung, Lügen. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9801>

Friedensratschlag zu der geplanten Stationierung von Mittelstreckenwaffen

[...] Wir fragen: Was ist über die zu stationierenden Waffensysteme bekannt? Welche Aufgaben sollen sie erfüllen?

[...] Welche Folgen wird die Stationierung für Deutschland und Europa haben? Wie stichhaltig sind die Argumente der Befürworter der Stationierung? [...] Wir kommen zu folgendem Schluss: Es ist eine brandgefährliche Entwicklung, die der Stationierung von strategischen Nuklearwaffen Anfang der 80er Jahre sehr ähnelt. [...]

Neben der Aufklärung muss es einen laut vernehmbaren Widerspruch und Widerstand gegen dieses existenzgefährdende Vorhaben der deutschen Regierung geben.

Aus dem Papier:

Die **Neue US-Einsatzdoktrin Multi-Domain-Operations** ist aggressiv - **MDO** ist das vierte grundlegende Einsatzkonzept der US-Army nach „AirLand Battle“ (1986), „Full Spectrum Operations“ (Anfang der 2000er) und „Unified Land Operations“ (Anti-Terrorismus seit 2011).

Die Multi Domain Task-Force (MDTF) bildet für die USA das „organisatorische Kernstück“ im MDO-Konzept.

[...] Aus einer Einführung in das Thema Multi-Domain Operations (MDO), die das Planungsamt der Bundeswehr im November 2023 veröffentlichte, erfahren wir, dass außer den USA, die NATO und andere NATO-Staaten auch die Bundeswehr sich dieses strukturierende Konzept in einem „Marathon“ zu Eigen machen will. Wir erfahren, dass MDO „spätestens seit 2017 in der Diskussion“ sind [...]

Im Papier des Planungsamts der Bundeswehr lesen wir: [...] Über die Merkmale von Multi-Domain Operations: „Im Kern geht es bei MDO um das umfassend orchestrierte und sich gegenseitig fördernde Zusammenwirken von Effekten aus mehr als einer Dimension. In ihrer Gesamtheit sollen sie dazu beitragen, die Prozesse eines Gegners zu überfordern, Prioritätendilemmata zu erzeugen (Fußnote im Originaltext: Damit ist gemeint, dem Gegner im Grunde nur noch schlechte Reaktionsmöglichkeiten zu geben und möglichst seine Ressourcen zu überfordern, sei es Zeit, Personal, Material) und dadurch eigene Vorteile zu gewinnen.“

[...] Das Narrativ der Autoren setzt voraus, dass die NATO sich [...] lediglich gegen ein vermeintlich angriffsbereites Russland wehrt.

[...] Weil laut Schneider/Arnold ein ungestörter NATO-Aufmarsch an den Westgrenzen Russlands/Weißrusslands nicht gewährleistet sei und selbst durch den Aufbau einer Raketen- und Luftabwehr nicht abgesichert werden könnte, benötige man neue weitreichende Mittelstreckenwaffen. Sie schreiben: Dessen „erste Aufgabe ist es, jene russischen Deep-Strike-Fähigkeiten, welche die Allianz auf Distanz halten sollen, ins Fadenkreuz zu nehmen (hold at risk) und eventuell zu zerstören, bevor sie auf Nato-Gebiet feuern.“

[...] Die zweite Aufgabe der Mittelstreckenwaffen besteht darin, wenigstens einige zeitkritische Hochwertziele in Russland zerstören zu können. Hierzu zählen mobile Kommandozentren oder Abschussrampen für ballistische Raketen und Marschflugkörper. So wird Russland signalisiert, dass die Nato bei einem Angriff gegen sich die Option hat, die russische Fähigkeit zur Fortsetzung der Kampfhandlungen massiv einzuschränken – was abschrecken soll.“

Aber: Die angesprochenen möglichen strategischen Ziele in Russland beständig zu gefährden (hold on risk), löst dort einen dauerhaften Alarmzustand aus, so dass die Gefahr von Fehlalarmen zunimmt, welche aufgrund der extrem kurzen Vorwarnzeiten wiederum zu falschen Reaktionen, unter Umständen auch zum Start von Nuklearwaffen, führen können. Dadurch könnte Moskau aber auch zu einem Präventivangriff auf die Kommandozentren und Stationierungsorte der US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland provoziert werden, die Moskau anschließend als versehentlich kommunizieren könnte.

Der Rat von Schneider/Arnold, von NATO-Seite aus als erste anzugreifen, bedeutet unmittelbar den Beginn des 3. Weltkriegs, der in einem nuklearen Inferno endet, und der Deutschland zum Schlachtfeld macht und somit der Vernichtung preisgibt. Diese Art von Politikberatung propagiert offen den Angriffskrieg auf Russland und spielt mit unser aller Leben.

Friedensfähig statt erstschlagfähig!

Neue Kampagne von 36 Friedensorganisationen für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen

Pressemitteilung (18.11.2024) [Friedenskooperative](#)

Anfang November haben 36 Friedensorganisationen eine Kampagne gegen die Stationierung landgestützter US-Mittelstreckensysteme in Deutschland gestartet. „Die Entscheidung zur Stationierung der Mittelstreckenwaffen in Deutschland ist eine Bedrohung für den Frieden in Europa“, warnen die beteiligten Organisationen, darunter auch das Netzwerk Friedenskooperative. (...)

Die Forderungen der Kampagne sind im Einzelnen:

- Ein Stopp der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckensysteme in Deutschland
- Einen Abbruch der Projekte zur Entwicklung eigener, europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an denen Deutschland sich beteiligen will
- Dialog statt Aufrüstung: Die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und (nukleare) Abrüstung (z.B. für ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag)
- Neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit und die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa - **Webseite: <https://friedensfaehig.de/>**

Gründungsmitglieder:

NaturFreunde Deutschlands / Ohne Rüstung Leben / IPPNW Deutschland / Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen / pax christi - deutsche Sektion e.V. / Netzwerk Friedenskooperative / ICAN Deutschland e.V. / Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. / Naturwissenschaftlerinitiative / Frauennetzwerk für Frieden e.V. / Friedenswerkstatt Mutlangen / Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. / Deutscher Friedensrat e.V. / Friedensgruppe Daun / Marburger Bündnis "Nein zum Krieg!" / attac Trägerverein e.V. Regionalgruppe Dresden / attac Regionalgruppe Untere Saar / Friedensmuseum Nürnberg e.V. / Hiroshima-Nagasaki-Arbeitskreis des Kölner Friedensforums / Friedensinitiative Notuln e.V. / Earthcare Witness Quäker:innen / Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden / Friedensbüro Hannover e.V. / Friedensinitiative Hunsrück / ÖKOPAX e.V. Bildungsbüro für Friedens- und Umweltfragen Würzburg / Hiroshima-Bündnis Hannover / BAG Globalisierung und Krieg / Friedensnetz Saar / Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. / Berliner Mahnwache für das Verbot der Atomwaffen - weltweit / Darmstädter Friedensforum / Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. / Int. Versöhnungsbund, Regionalgruppe Mainz / Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich Bonhoeffer Verein / Friedensforum Neumünster / Frauen wagen Frieden

APPELL DER 38: Eine Minute vor Zwölf – Einen großen europäischen Krieg verhindern!

04.12.2024 - Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine tobt seit über 1000 Tagen. Täglich sterben Menschen, die Ukraine wird mehr und mehr zerstört. An der Front steht die ukrainische Armee unter Druck; es fehlt nicht nur an Waffen, sondern auch an Soldaten, die Russen erzielen Geländegewinne. Ein Ende des Sterbens ist nicht in Sicht. Die Last-Minute-Entscheidung des US-Präsidenten Biden, Angriffe auf Russland mit von den USA gelieferten Raketen zu genehmigen, hat eine neue Eskalationsstufe eingeleitet. Inzwischen haben auch Großbritannien und Frankreich nachgezogen. Damit steigt das Risiko für ganz Europa extrem. Deutschland könnte das neue Schlachtfeld werden.

Biden hatte sich in der Vergangenheit geweigert, diesen Schritt zu gehen, um, wie er selbst betonte, einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden. Gilt das jetzt nicht mehr?

Statt alles dafür zu tun, die hochgefährliche Situation zu entspannen, wollen CDU, FDP und Grüne jetzt der Ukraine auch noch Taurus-Raketen liefern. Damit könnte Selenskyj Ziele tief in Russland punktgenau angreifen. Da diese Raketen von Bundeswehrosoldaten programmiert werden müssen, käme die Lieferung des Taurus fast einer Kriegserklärung Deutschlands an die Atommacht Russland gleich. Sie würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine militärische Antwort Russlands nach sich ziehen.

Wir befinden uns in der vielleicht gefährlichsten Phase dieses Krieges. Unsere oberste Pflicht sollte sein, eine Katastrophe für unser Land und alle Menschen in Europa zu vermeiden. Deutschland hat aktuell zwar keine handlungsfähige Regierung, aber immerhin ein handlungsfähiges Parlament. Wir appellieren an alle politischen Akteure: Vergessen wir unsere Differenzen und handeln gemeinsam, um das Schlimmste zu verhindern!

Es ist höchste Zeit, dass sich die deutsche Politik mit Nachdruck für eine Deeskalation und einen sofortigen Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen ein-

setzt. So, wie es zum Beispiel der unter anderem von der Schweiz unterstützte Friedensplan Brasiliens und Chinas vorsieht.

Den Ukraine-Krieg kann und wird keine Seite gewinnen. Wenn die Waffen nicht bald schweigen, laufen wir Gefahr, alle gemeinsam zu verlieren. Noch nie seit dem Ende des 2. Weltkriegs war die Gefahr eines Nuklearkriegs in Europa so groß wie jetzt. Wir müssen sie bannen, bevor es zu spät ist.

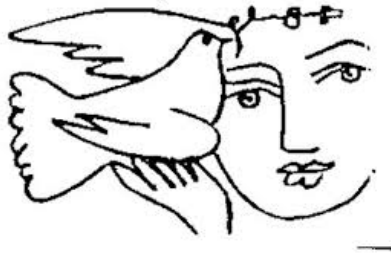
Quelle: [Emma.de](#)

DIE UNTERZEICHNER:innen:

Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker und Publizist; **Reiner Braun**, Friedensbewegung; **Andrea Breth**, Theater-Regisseurin; **Prof. Dr. Christoph Butterwegge**, Politikwissenschaftler; **Prof. Dr. Wolfgang Däubler**, Rechtswissenschaftler; **Daniela Dahn**, Schriftstellerin; **Dr. Petra Erler**, Publizistin; **Dr. Svenja Flaßpöhler**, Philosophin; **Prof. Dr. Hajo Funke**, Politikwissenschaftler; **Dr. Peter Gauweiler**, Rechtsanwalt und Bayer. Staatsminister a. D. (CSU); **Wolfgang Grupp**, Firma TRIGEMA; **Prof. Dr. Michael Hartmann**, Soziologe; **Henry Hübchen**, Schauspieler; **Prof. Dr. Elisa Hoven**, Strafrechtlerin; **Prof. Dr. Hans Joas**, Mitglied der Grundwertekommission der SPD; **Reinhard Klimmt**, Ministerpräsident a. D. (SPD); **Uwe Kockisch**, Schauspieler; **Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**, Publizistin; **Oskar Lafontaine**, Ministerpräsident a. D.; **Peter Maffay**, Sänger; **Detlef Malchow**, Unternehmer; **Prof. Dr. Reinhard Merkel**, Rechtsphilosoph; **Dr. Hans Misselwitz**, Mitglied der Grundwertekommission der SPD; **Albrecht Müller**, Publizist (SPD); **Michael Müller**, NaturFreunde Deutschlands; **Willy van Ooyen**, Friedensbewegung; **Prof. Dr. Frauke Rostalski**, Rechtsphilosophin; **Oliver Ruhnert**, langjähriger Fußballmanager (BSW); **Dr. Otto Schily**, Bundesinnenminister a. D.; **Michael von der Schulenburg**, Abgeordneter EU-Parlament (BSW) und Assistant Secretary General der UN a. D.; **Alice Schwarzer**, Autorin und EMMA-Verlegerin; **Prof. Dr. Wolfgang Streeck**, Soziologe; **Günter Verheugen**, Vizepräsident der Europäischen Kommission a. D.; **Dr. Sahra Wagenknecht**, Parteivorsitzende BSW; **Dr. Nathalie Weidenfeld**, Kulturwissenschaftlerin; **Hans-Eckardt Wenzel**, Liedermacher; **Katarina Witt**, Sportlerin; **Natascha Wodin**, Schriftstellerin; **Dr. Juli Zeh**, Schriftstellerin

Abschlussklärung vom Bundesausschuss Friedensratschlag zum 31. bundesweiten Friedensratschlag in Kassel am 30.11. und 1.12.2024

Der 31. bundesweite Friedensratschlag fand in einer sehr zugespitzten Situation statt, gekennzeichnet durch die Ausweitung des bisherigen Stellvertreterkrieges zwischen der NATO und Russland zu einer direkten



militärischen Konfrontation. Die Gefahr einer Eskalation zu einem Atomkrieg war noch nie so groß wie aktuell. Im völkermörderischen Krieg in Gaza stehen große Teile der Bevölkerung vor dem Hungertod und gleichzeitig drohen die von Deutschland unterstützten israelischen Kriege sich zum Flächenbrand auszuweiten. Innenpolitisch sind wir mit den verstärkten Bemühungen konfrontiert, die Bundeswehr hochzurüsten wie noch nie und die ganze Gesellschaft auf „Kriegstüchtigkeit“ auszurichten. Dieses erfolgt propagandistisch, wirtschaftlich und durch grundgesetzwidrige Maßnahmen gegen jegliche friedenspolitische Opposition. Die NATO verschärft die Hochrüstung auf Kosten aller Bereiche der Daseinsvorsorge, fördert damit den Sozialabbau und verhindert die Einhaltung der Klimaschutz-Ziele der UNO.

Die Friedensbewegung hat dagegen einen notwendigen Widerstand eingeleitet, mit der Großdemonstration in Berlin am 3.10.2024, der Unterschriftensammlung für den Berliner Appell, der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ und anderen Initiativen, den wir weiter verstärken wollen. Die Aktivitäten richten sich hauptsächlich gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen ab 2026, die Deutschland sowohl zum Ausgangspunkt eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges als auch zur Zielscheibe eines nuklearen Gegenschlages machen würden und fordern eine neue Ära der Entspannungspolitik ein.

Die verschärfte Gefahr einer nuklearen Eskalation zwischen NATO und Russland geht einher mit dem sich seit Jahren abzeichnenden Niedergang der von den USA dominierten Weltordnung, der sich im zurückliegenden Jahr noch beschleunigt hat. Die neue Stärke des globalen Südens zeigt sich vor allem in dem selbstbewussten Auftreten der BRICS- gegenüber den G7-Staaten: BRICS tritt ein für die Einhaltung des Völkerrechts, Stärkung der UNO und friedliche Beilegung von Konflikten. Das gibt Hoffnung, dass sich eine Friedenspolitik entwickelt, die auf umfassender Kooperation und internationaler Zusammenarbeit beruht, statt auf Eskalation von Kriegsführung, Kriegsdrohungen und Wirtschaftskriegen.

Auf dem mit mehr als 450 Teilnehmenden bisher größten Friedensratschlag wurden die global relevanten Konflikt-herde mit den daraus sich ergebenden Herausforderungen für die Friedensbewegung analysiert. [...] Die Beteiligten waren sich einig, dass die Verhinderung der Mittelstreckenwaffen und der Kampf für Abrüstung eine zentrale gemeinsame Herausforderung der Friedensbewegung ist. Die friedenspolitische Terminplanung der kommenden Monate wird

stark durch die Bemühungen geprägt sein, die Friedensthemen in den Bundestagswahlkampf einzubringen. Mittel werden u. a. der Berliner Appell gegen die geplante Raketenstationierung und Aktionen zur Münchner Sicherheitskonferenz sein, die noch vor den Bundestagswahlen stattfinden. Der informelle Austausch am Ratschlag, bei dem auch auf zahlreiche regionale und lokale Aktivitäten verwiesen wurde, führte zu der optimistischen Grundstimmung, dass mit einer stärkeren Mobilisierung zu rechnen ist.

<https://friedensratschlag.de>

Video-Übertragungen:

Erhard Crome: Globalisierte NATO und Rolle der USA / **Michael von der Schulenburg:** Die Rolle der UNO für eine friedliche Weltordnung / **Wieland Hoban:** Israels Kriegsführung und deutsche Staatsräson / **Rolf Gössner:** Innere Militarisation und Repression / **Jürgen Scheffran:** Zur geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen / **Hans-Jürgen-Urban:** Krisen, Krieg, Frieden ... und die Gewerkschaften
→ **Redaktionelle Zusammenfassungen der Referate von** [Erhard Crome](#) | [Michael von der Schulenburg](#) | [Wieland Hoban](#) | [Rolf Gössner](#) | [Hans-Jürgen Urban](#) | [Sevim Dagdelen](#)

Erste Daten für Aktionen der Friedensbewegung 2025

7. 12. 2024 Bundesweiter Aktionstag Berliner Appell
13. 1. 2025 Zentrale Luxemburg-Liebknecht-Demo Berlin
22. 1. 2025 Jahrestag des Atomwaffenverbotsvertrages
27. 1. 2025 80. Jahrestag Befreiung von Auschwitz
15. 2. 2025 Siko in München/ Aktionstag Berliner Appell
(...) <https://friedensratschlag.de/friedensratschlag2024-programm/abschlussklaerung>

Unaufhaltsam auf dem Weg in den dritten Weltkrieg?

[Friedensjournal](#) November 2024

Anti-SIKO-München <https://www.antisiko.de>

Internationale Friedenskonferenz München 2025

14. - 16. Februar 2025

<https://friedenskonferenz.info/programm-2025/>

Freitag, 14. Februar 2025, 19:00 –22:00 Uhr:

Fundamente des Friedens - Friedenslogik

Prof. Dr. Heribert Prantl / Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach / Kerem Schamberger, medico international

**Samstag, 15. Februar 2025 Präsenzveranstaltung
10:00 – 12:00 Uhr:**

1. Friedenstüchtig werden - Das Prinzip der Dialogverträglichkeit: Gespräch mit Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach
2. Friedens-Mentor:innen mit Sandra Klauft von Peace4Future

Samstag, 15. Februar 2025, 19 – 22 Uhr:

Fundamente des Friedens - International

1. Völkerrecht und Verteidigung, mit Francesca Albanese
2. Inter- und transnationale Kooperation, mit Dr. Kerstin Leitner
3. mit Dr. Gershon Baskin

Sonntag, 16. Februar 2025, 10 - 13 Uhr

Kampagne: Friedensfähig statt erstschlagfähig - Für ein Deutschland ohne Mittelstreckenwaffen!

Friedenspolitik für die Welt des 21. Jahrhunderts

Ein Diskussionspapier der Initiative Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!

Ziel ihres Papiers ist es, die Diskussion in der Friedensbewegung und der gesellschaftlichen Linken anzustoßen. „Das internationale System befindet sich in einem Umbruch von historischer Tragweite. Die Dominanz der USA geht zu Ende. Eine neue Hegemonialmacht wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Es entsteht eine multipolare Weltordnung. Keine der heute lebenden Generationen kennt ein solches System aus eigener Erfahrung. Der vorliegende Text will zur Diskussion über die Veränderungen der machtpolitischen Struktur und Dynamik des internationalen Systems und die Konsequenzen daraus für Friedenspolitik anregen. Dabei haben wir nicht den Anspruch, die Thema kann in all ihren Dimensionen behandelt zu haben. Kommentare, Kritik und Widerspruch sind willkommen. Wichtig ist, dass die Diskussion in Gang kommt.“

12-seitiges Papier, PDF-Datei: [nie-wieder-krieg](#) (8/24)

Die Kapitel: Die Umbrüche im internationalen System - Der zentrale Konflikt auf dem Weg zur multipolaren Weltordnung
Kontroversen in der Friedensbewegung bearbeiten
Anforderungen an Friedenspolitik auf der Höhe der Zeit

Peter Wahl Wo steht die Friedensbewegung?

[...] Das Interesse der meisten Linken an Außenpolitik tendierte gegen Null. Die machtpolitischen Strukturen im internationalen System und deren Dynamik – also das was heute unter Geopolitik verstanden wird – beschäftigte nur noch wenige. Dabei hätte man schon 2014 bei Henry Kissinger lesen können, dass der Versuch, die Ukraine zu einem anti-russischen Bollwerk zu machen, böse enden würde.[...] Der russische Einmarsch überraschte nicht nur den deutschen Auslandsgeheimdienst. [...] Auch die Linke und die Rest-Friedensbewegung traf es im Zustand großer Schwächung und Gespaltenheit. [...] Hinzukommt, dass die deutschen Gewerkschaften – früher immer antimilitaristisch engagiert – sich immer staatstra-

gend verhalten, wenn die SPD den Kanzler stellt. Dabei zeichnet sich bereits jetzt ab, dass die subalternen Klassen wie immer die Zeche zahlen werden, wenn es um Kanonen statt Butter geht. [...]

Ein völlig neuartiges Problem ist, dass mit der AfD eine Partei der Neuen Rechten für Verhandlungen und einen Kompromissfrieden mit Russland plädiert. [...] Zwar ist die AfD für Aufrüstung, steht sich gut mit der NATO, und zu ihren Motiven gehört auch Sympathie für die konservativen gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland und eine reaktionäre Form von Anti-Amerikanismus. Und beim Nahostkrieg steht sie 150-prozentig hinter Netanjahu und der deutschen »Staatsraison«. Wie alle Umfragen belegen, gelingt es der Partei durchaus, sich bei vielen als Friedenspartei zu präsentieren. [...]

Die Anti-Raketenbewegung der 1980er-Jahre hatte trotz ihrer weltanschaulichen Spannweite eine Kultur der Kooperation, die ihr eine große Ausstrahlungskraft ermöglichte. Das ist jetzt wieder gefragt. Angesichts der viel größeren Unübersichtlichkeit und Unkalkulierbarkeit in der Welt von heute, muss man auch nicht gleich eine Liebesheirat ins Auge fassen. Aber miteinander reden, die Polemik gegeneinander – mitunter auch neid- und sogar hasserfüllt – unterlassen und nach Gemeinsamkeiten suchen. Und gern auch noch getrennt marschieren, aber gemeinsam schlagen, wie sich das derzeit mit dem »Berliner Appell« gegen die Raketen und der parallelen Initiative »Friedensfähig statt erstschlagsfähig« abzeichnet. So geht der Weg vorwärts.

Dieser Beitrag ist im Heft „Sozialismus“, Dez 2024, erschienen - Vollständiger Text: [AG Globalisierung und Krieg](#)

Erich Vad: „Ernstfall für Deutschland – Ein Handbuch gegen den Krieg“

18.11.2024, [westendverlag](#)

[Friedensdiplomatie](#) - Es geht um den „Worst Case“, die Eskalation des Ukrainekrieges zu einem Großkrieg in Europa und Deutschland als Drehscheibe mittendrin.

Rezension von Petra Erler in [das Blaetttchen](#)

Nie wieder kriegstüchtig! Kriegsdienstverweigerung (KDV) - vom Menschenrecht zur Bürgerpflicht!

[Video-Aufnahme](#) der Veranstaltung am 5.12.2024 :
Referent Tommy Rödl (München)
Veranstalter: Friedensmuseum Nürnberg:
<https://www.friedensmuseum-nuernberg.de/>

Material zur KDV:

DFG-VK Bayern: <https://dfg-vk-bayern.de/>
<https://no-militar.org/> / <https://www.h-m-v-bildungswerk.de>

2011 wurde die Wehrpflicht in Deutschland „ausgesetzt“. Sie wurde nicht etwa abgeschafft, im „Spannungs- und Verteidigungsfall“ kann sie jederzeit durch ein einfaches Gesetz reaktiviert werden.

An dieser „Reaktivierung“ arbeitet die Regierung wie auch CDU- und AfD-Opposition zurzeit. Haben wir denn schon den „Spannungs- und Verteidigungsfall“? Oder wird er her-

beigeredet? „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein“, sagt Verteidigungsminister Pistorius, eine politische Analyse lässt er dabei vermissen. Umso mehr Wert legt er auf eine „schleichende“ Reaktivierung der Wehrpflicht über einen „Neuen Wehrdienst“, der zwar freiwillig sein soll, jedoch Männer zum Ausfüllen von Fragebogen und gegebenenfalls zur Musterung verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund wollen viele Männer nicht länger abwarten, sondern nehmen ihr Recht auf Kriegsdienstverweigerung sicherheitshalber jetzt wahr – so wie es das Grundgesetz garantiert.

Grund genug und höchste Zeit, sich mit der Sachlage auseinanderzusetzen und inhaltlich auf Strategien des politischen Pazifismus einzugehen, mit dem Ziel einer umfassenden und allgemeinen Abrüstung und Entmilitarisierung.

Internationales Team von Friedensbefürwortern

Ewiger Friedensplan für den Russland-Ukraine-Krieg

13.11.2024 - Ein 12 Punkte umfassender Friedensvorschlag, der auf einen dauerhaften Frieden zwischen Russland und der Ukraine abzielt, wurde von einem internationalen Team von Friedensbefürwortern auf dem jüngsten BRICS-Gipfel eingebracht. Der Plan, der von 21 Friedensaktivist*innen, darunter Noam Chomsky, Mairead Corrigan und andere aus zehn Ländern unter der Leitung der [Gandhian Global Harmony Association \(GGHA\)](#) verfasst wurde, zielt darauf ab, eine nachhaltige Lösung des Konflikts zu schaffen, die sich auf die gemeinsamen kulturellen und spirituellen Werte und einen Rahmen für ein friedliches Zusammenleben konzentriert. Er fördert eine föderalistische, demokratische Struktur, um die Menschenrechte in beiden Ländern zu garantieren. Dieser visionäre Ansatz wurde auf dem BRICS-Treffen als ein Entwurf vorgestellt, der für Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen für den Frieden eintritt.

Zu den wichtigsten Elementen des Plans gehören:

- 1. Neutraler Status:** Die Ukraine würde einen neutralen Status außerhalb der NATO beibehalten, um die Bedrohung der Sicherheit Russlands zu verringern, wobei Russland ebenfalls zustimmt, seine militärischen Bündnisse zu begrenzen.
- 2. Entnazifizierung und kulturelle Reformen:** Beide Länder verpflichten sich, jeglichen Extremismus zum Verschwinden zu bringen, einschließlich eines Verbots von Russophobie und Nationalsozialismus, was durch Bildungs- und Medienreformen erreicht werden soll.
- 3. Friedens- und Sicherheitsinstitutionen:** Die Einrichtung gemeinsamer Friedensinstitutionen steht im Mittelpunkt des Plans. Dazu gehören ein Friedensinstitut als Teil des Außenministeriums jedes Landes, eine Akademie für Friedenswissenschaft und eine Zentralstelle für sichere KI, das sich der Förderung von Vertrauen und der Gewährleistung von Transparenz in diplomatischen Beziehungen widmet.

Aus dem „ewigen Friedensplan“: Auswirkungen von Kriegsereignissen

31.10.2024 - 12 Staaten gründeten im April 1949 die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) als zwischenstaatliches Militärbündnis oder kollektives militärisches System, das sich gegenseitig gegen Angriffe von Dritten verteidigt.

Die NATO wurde in Washington unterzeichnet, daher auch bekannt als der Washingtoner Vertrag. Vier Staaten, nämlich Griechenland, die Türkei, Westdeutschland und Spanien, traten der NATO zwischen 1952 und 1982 während des ersten Kalten Krieges bei. Weitere 16 Staaten, wie die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, Kroatien, Finnland und Schweden, traten während des Kalten Krieges II bei. Der Kalte Krieg I fand zwischen den USA und der UdSSR statt, während es im Kalten Krieg II ein von den USA geführtes Bündnis gegen ein von China geführtes Bündnis gab. Der Washingtoner Vertrag wird in der indo-pazifischen Region eingesetzt, um China einzukreisen und Indien im Auge zu behalten.

4. Ressourcenteilung und wirtschaftlicher Wiederaufbau: Die Wiederherstellung der Infrastruktur in der Ukraine würde durch einen internationalen „Marshallplan“ erleichtert, der von den BRICS-Staaten unterstützt wird und es der EU und den USA offensteht, sich zu beteiligen. Darüber hinaus wird ein gemeinsames Ressourcenmanagement für umstrittene Gebiete vorgeschlagen, um die Zusammenarbeit in Bezug auf Unternehmen, Wissenschaft und Kultur zu fördern.

5. Einheit des orthodoxen Glaubens und spirituelle Verbindung: In Anerkennung des gemeinsamen spirituellen Erbes bezogen auf den orthodoxen Glauben zielt der Vorschlag darauf ab, Brücken auf der Grundlage religiöser und kultureller Einheit zu bauen und so das gemeinsame historische Fundament hervorzuheben, das als Säule des Friedens dienen kann.

Bis Januar 2025, nach einer Ratifizierung des Plans durch beide Nationen, sieht das Friedensabkommen einen sofortigen Waffenstillstand, den Abzug der Streitkräfte von der Front und einen Stopp der Waffenlieferungen vor. Mit den Vereinten Nationen als Überwachungsgremium entwirft der Plan einen Ansatz, sich Schritt für Schritt einem Frieden anzunähern, durch die Schaffung einer entmilitarisierten Pufferzone und die Priorisierung der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus.

Der Mitbegründer von GGHA, Leo Semashko, betonte die nachhaltige Zweckdienlichkeit des Plans und verwies auf die ihm zu Grunde liegende Inspiration durch die Friedensphilosophien von Immanuel Kant und Johan Galtung. Er unterstrich die Chance, mit dieser Initiative über zeitlich begrenzte Lösungen hinauszugehen und eine dauerhafte Kultur des Friedens und des gegenseitigen Respekts zwischen den beiden Nationen zu fördern.

(aus: Pressenza, [Globaler Friedensplan für den Russland-Ukraine-Konflikt gewinnt auf BRICS-Gipfel an Boden](#))

In Übereinstimmung mit dem großen Plan und dem langfristigen strategischen Plan der USA zielt das Washingtoner Abkommen darauf ab, Tibet geographisch abzuspalten und Identitätsfragen unter den uigurischen Muslimen in der autonomen Region Xinjiang zu provozieren. Der Washingtoner Vertrag beobachtet Indien genau, um sicherzustellen, dass es sich nicht den Proliferations- und Kontrollzielen des Washingtoner Vertrags im asiatisch-pazifischen Raum widersetzt. Die Teilnahme von Südkorea, Japan, Australien und Neuseeland an der Sitzung des Washingtoner Abkommens im Oktober 2024, an der zum ersten Mal Staatsoberhäupter und andere Beamte teilnahmen, ist ein Schlüsselbeispiel für den indo-pazifischen Expansionismus.

Nach fast acht Jahren des schwelenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine hat Russlands erneuter Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2024 die Weltpolitik in drei Hauptfraktionen geteilt.

Eine kleine Fraktion unterstützt den Einmarsch Russlands, während eine größere Gruppe, bestehend aus NATO-Staaten, die Ukraine mit Waffen und Nachschub sowie moralischer und politischer Unterstützung versorgt. Wichtige Akteure in internationalen Angelegenheiten wie China und Indien haben sich neutral und bündnisfrei verhalten. Westliche Interpretationen des Konflikts als Kampf zwischen Recht und Macht wurden von den asiatischen Ländern weitgehend abgelehnt.

Viele junge Menschen haben ihr Land verlassen, bevor sie achtzehn Jahre alt wurden, aus Angst, in den russisch-ukrainischen Krieg verwickelt zu werden, der seit etwa drei Jahren andauert. Die Entscheidung, das eigene Land zu verlassen, bedeutet Freunde, Familie, Nachbarschaft und Geburtsort zurückzulassen. Es bedeutet auch, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden. All diese Herausforderungen können ziemlich schwierig sein. Alle haben Angst, ob sie es zugeben oder nicht. Diejenigen, die in der Ukraine bleiben wollen, sind mit der Angst konfrontiert, zwangsrekrutiert zu werden. Diese Angst ist allgegenwärtig, denn es geht um Leben und Tod. Nach Angaben der Bevölkerungsentwicklungsagentur

der Ukraine ist die Zahl der Personen, die die Ukraine in diesem Jahr verlassen und nicht zurückkehren, dreimal so hoch wie im ganzen Jahr 2023.

UNHCR verwendet den Begriff „Flüchtlinge“ für alle Personen, die die Ukraine wegen des anhaltenden Krieges verlassen haben. Bis zum 15. Oktober 2024 wurde etwas mehr als 6,7 Millionen Nicht-EU-Bürger, die infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine geflohen sind, der Flüchtlingsstatus, vorübergehender Schutz, vorübergehender Asylstatus und ähnliche nationale Schutzregelungen in der EU gewährt. Insgesamt sind 6.191.800 ukrainische Flüchtlinge allein über Europa verteilt.

Die Vereinten Nationen stellen fest: „Der Krieg hat die ukrainische Wirtschaft zerstört, Jahre des Fortschritts in der Entwicklung rückgängig gemacht und fast 25 Prozent der Bevölkerung in die Armut gedrängt“ (Vereinte Nationen in der Ukraine, 15. April 2024).

Vollständiger Text auf Englisch, mit Quellenangaben:

<https://www.transcend.org/tms/2024/11/perpetual-peace-plan-for-the-russia-ukraine-war/>

Michael von der Schulenburg

Die UN-Charta muss das Herz und die Seele jeder neuen Friedensarchitektur sein

22.08.2023 - [...] Die nach dem Zweiten Weltkrieg zu entstehende neue Weltordnung sollte nicht mehr, wie noch nach dem Ersten Weltkrieg, durch einen Siegfrieden bestimmt werden. Von nun an sollte ein auf gemeinsame Prinzipien aufbauendes kollektives Sicherheitssystem den Weltfrieden bewahren. Alle Nationen, unabhängig ihrer Größe oder ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme, würden daran teilnehmen. **Der einigende Gedanke war: Nie wieder Krieg!** [...] Konflikte zwischen Staaten sollten nur noch durch Verhandlungen und nicht mehr durch militärische Gewalt gelöst werden. [...] In der UN-Charta verpflichten sich die Mitgliedsstaaten dann auch zur Gleichberechtigung aller Nationen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Einhaltung internationaler Vereinbarungen sowie zur internationalen Kooperation und gegenseitiger Toleranz. Herkömmliche Überlegungen, Kriege durch militärische Gleichgewichte zu verhindern, gibt es nicht mehr. Hingegen legt die UN-Charta das Hauptgewicht für den Erhalt eines Friedens auf fundamentale Menschenrechte und die unantastbare Würde eines jeden Menschen unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht und Religion und die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, sowie auf dem Recht aller Menschen auf sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

[...] Indem damals Russland im Chaos versank und China geopolitisch noch keine Rolle spielte, war die USA zur alleinigen globalen Supermacht aufgestiegen. Bereits im Jahr 1992 wurde die Wolfowitz Doktrin formuliert, nach der kein kollektives Sicherheitssystem wie das der UN-Charta, sondern allein die USA, gestützt auf ihre militärische, wirtschaftliche und technologische Übermacht, die internationalen Regeln bestimmen und auch durchsetzen sollte. Die Idee einer ‚regelbasierten Weltordnung‘ war geboren. [...] „*Unser erstes Ziel ist, das Wiederauftreten eines neuen Rivalen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder woanders zu verhindern...*“ so in der Wolfowitz Doktrin.

Damit war auch die NATO kein Verteidigungsbündnis mehr [...]. Sie beansprucht das Recht für sich, die Welt durch ein weltweites Netz von 700 bis 800 amerikanischen Militärbasen und durch über 60% der weltweiten Militärausgaben zu dominieren – im Vergleich zu China mit 13%, Russland mit 4% und Indien mit 3,6% der Weltrüstungsausgaben. [...]

Die politisch-militärischen Spannungen zwischen den USA und NATO einerseits und Russland und China andererseits scheinen heute einen Tiefpunkt erreicht zu haben, den wir so nicht einmal aus den Zeiten des Kalten Krieges kannten. [...] Dabei sind die drückenden Probleme der Menschheit ganz andere: die Erwärmung der Erdatmosphäre, der steigende Meeresspiegel, die Verwüstung riesiger Regionen, der Mangel an Wasser, und immer noch eine grassierende Armut und weit verbreitete Unterernährung.

[...] Vier der fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, damit die eigentlichen Garanten der UN-Charta, die USA, Großbritannien, Frankreich und nun auch Russland, verletzen diese wiederholt und haben illegale Kriege geführt. [...] Um den zukünftigen Weltfrieden zu sichern, wird sich das ändern müssen. Den Ländern des ‚globalen Südens‘ muss ein größeres Mitsprache- und Entscheidungsrecht im UN-Sicherheitsrat eingeräumt werden. Eine Konsequenz des Ukrainekrieges ist bereits, dass sich die globale Position des ‚Globalen Südens‘ verstärkt hat, während der westliche Drang nach einer von ihnen dominierten Weltordnung zu schwächen beginnt. Ein unvorhergesehenes positives Ergebnis des Ukrainekrieges könnte es so sein, dass er zu einer gerechteren multipolaren Weltordnung führen wird – einer Weltordnung, für die die UN-Charta ursprünglich konzipiert war. [...] Die UN-Charta muss daher im Zentrum jeder Friedensbewegung stehen.

<https://michael-von-der-schulenburg.com/die-un-charta-muss-das-herz-und-die-seele-jeder-neuen-friedensarchitektur-sein/>

Dr. Leo Ensel. Der deutsche Konfliktforscher und Trainer für interkulturelle Kommunikation hat am 5. Dezember in einem Beitrag auf [Globalbridge.ch](https://globalbridge.ch) aufgezeigt, welche Maßnahmen ergriffen und welche Entscheidungen gefällt werden müssten, um Europa und Russland wieder in eine sichere und friedliche Weltregion zu verwandeln: «**„Friedensmacht Europa“! – Der Gegenentwurf zum brandgefährlichen Militarismus der Europäischen Union**»

Jetzt wurde Leo Ensel von Pacal Lottaz, einem Schweizer Professor an der Universität Kyoto in Japan mit dem Forschungsgebiet Neutralität, zum Gespräch geladen. Es lohnt sich, diese 24 Minuten für die Anhörung dieses [Gesprächs](#) einzusetzen.

Siehe dazu auch: «[Das Europäische Parlament dreht durch](#)» von Michael von der Schulenburg

Sanktionen & einseitige Zwangsmaßnahmen - Auswirkungen und völkerrechtliche Grenzen (2/24) :
von der AG Sanktionen der IALANA – Vereinigung für »Friedensrecht« in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e.V. (IWIF)
<https://wissenschaft-und-frieden.de/dossier/sanktionen-und-einseitige-zwangsmassnahmen/>

Weltmarsch für Frieden und Gewaltfreiheit - Berichte aus den einzelnen Ländern

[Pressenza](#), Angesichts der jetzigen Weltsituation ist es dringend notwendig, den Stimmen zu mehr Gehör zu verhelfen, die auf allen Kontinenten eine Welt ohne Krieg und Gewalt wollen. Der 3. Weltmarsch begann am 2. Oktober 2024, dem Internationalen Tag der Gewaltfreiheit, in San José, Costa Rica. Er wird über 5 Kontinente führen und am 5. Januar 2025 in San José (Costa Rica) enden. Der Weltmarsch fordert: nukleare Abrüstung und verhältnismäßige Abrüstung aller Staaten, sowie den Verzicht auf Krieg als Mittel der Konfliktlösung. Zudem wird das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Grundrecht gefordert. Eine Reform der UNO hin zu mehr Demokratie, einschließlich der Abschaffung des Vetorechts, steht ebenfalls im Fokus. Des Weiteren strebt der Marsch einen vollständig nachhaltigen Planeten an, die Beseitigung des Hungers innerhalb der nächsten zehn Jahre, sowie die Abschaffung jeglicher Diskriminierung. Schließlich fordert der Marsch, dass Gewaltfreiheit auf allen Bildungsebenen gelehrt wird.

Offizielle Seite: <https://theworldmarch.org/de/>
Seite in Deutschland: <https://theworldmarch.jimdofree.com/>

German Foreign Policy - [Bis zum allerletzten Ukrainer](#)

29.11.2024 - Bereits vor zehn Tagen hatte die US-Regierung die Lieferung von Antipersonenminen genehmigt, die weltweit geächtet sind. Zudem hatten die USA, Großbritannien und wohl auch Frankreich den Beschuss russischen Territoriums mit weitreichenden westlichen Waffen gestattet; dies ist nicht ohne Beteiligung westlicher Soldaten möglich, die von deutschen Offizieren klar als Kriegseintritt eingestuft wird. Das Gleiche gälte bei für den Taurus, dessen Lieferung nun auch vom Europaparlament gefordert wird. Aus der Biden-Administration sind Überlegungen zu hören, man könne Kiew, um ihm Sicherheitsgarantien gegen Moskau zu verschaffen, mit Atomwaffen aufrüsten. Die US-Re-

gierung dringt zudem auf die Senkung der Altersuntergrenze für die Kriegspflicht auf 18 Jahre. Dabei stellt sich der Westen mit seiner Kriegspolitik erstmals gegen den Mehrheitswillen der ukrainischen Bevölkerung: 52 Prozent wünschen inzwischen Verhandlungen und einen schnellen Waffenstillstand.

Massenhafte Fahnenflucht in der ukrainischen Armee :
Nach Angaben der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft wurden seit dem Einmarsch Russlands im Jahr 2022 mehr als 100.000 Soldaten nach den ukrainischen Desertionsgesetzen angeklagt. [de.euronews.com](https://www.euronews.com), 18.11.2024

Privatisierung in der Ukraine

Das ukrainische **Gesetz „Über die Privatisierung von staatlichem und kommunalem Eigentum“** trat im März 2018 in Kraft. „Eine Meinungsumfrage ergab, dass nur 12,4 Prozent die Privatisierung staatlicher Unternehmen befürworteten, während 49,9 Prozent sie ablehnten“ (Michael Roberts, [infosperber](#), 26.05.2023). Die Bundeszentrale fragte am 2.3.2020 : [Hochsprung nach Jahren des Kriechens?](#) und kündigte „eine neue strategische Vorgehensweise, inklusive der Verabschiedung eines neuen Gesetzes“ an, um „die Chancen für eine zukünftige Privatisierung zu erhöhen.“ **Gegen den Willen der Bevölkerung drängt der Weltwährungsfonds zur Privatisierung von Banken und Staatsunternehmen.** (Michael Roberts, [infosperber](#); s. auch [„Die Invasion des Kapitals“](#), Übersetzung in [marx21](#)) CMS, eine Organisation unabhängiger Anwaltskanzleien, kündigte am 13. Oktober 2023 an: [„Große Privatisierungen werden erwartet“](#).

Ein Jahr später: „Mit dem Rohstoff-Reichtum der Ukraine wirbt deren Präsident Wolodimir Selenskij um weitere westliche Unterstützung. Zu seinem am 16. Oktober vorgestell-

ten [„Siegesplan“](#) gehört das Angebot an die „strategischen Partner“ für ein „spezielles Abkommen über den gemeinsamen Schutz der kritischen Ressourcen des Landes sowie über gemeinsame Investitionen und die Nutzung dieses Wirtschaftspotenzials“. Dabei geht es laut der Präsidenten-Webseite „um natürliche Ressourcen und kritische Metalle im Wert von Billionen US-Dollar, darunter Uran, Titan, Lithium, Graphit und andere strategisch wertvolle Ressourcen“. Diese würden einen „erheblichen Vorteil im globalen Wettbewerb“ darstellen.“ ([multipolar](#), 25.10.2024, [pressenza](#))

Die „ukrainische Regierung ist internationalen Investmentfonds behilflich, die Filetstücke der Volkswirtschaft zu übernehmen. BRD vorn mit dabei“ (Reinhard Lauterbach, 13.12.2024, [„Antreten zum Ausverkauf“](#))

Werner Rügemer: "Kriegsprofiteur BlackRock als Koordinator für den 'Wiederaufbau' der Ukraine", [Input](#); [Beantwortung Fragen](#): Sendung von [Attac-Radio im Freien Radio Kassel](#) (10.12.2024)

Steigende Atomkriegsgefahr

Rainer Böhme und Wolfgang Schwarz Zur russischen Nukleardoktrin

Am 2.12.2024 erschienen in <https://das-blaettdchen.de/2024/11>

Das große Ganze ist, dass Russland die Schwelle für einen Atomschlag als Reaktion auf einen möglichen konventionellen Angriff senkt. (Alexander Graef, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)



[...] Nun hat Putin die veränderte russische Nukleardoktrin („Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation zur nuklearen Abschreckung“), s. [Blättchen 21/2024](#) offiziell in Kraft gesetzt: durch den Präsidentenerlass Nr. 991 vom 19. November 2024, mit dem zugleich das bisher geltende Doktrindokument (Präsidentenerlass Nr. 355 vom 2. Juni 2020) für ungültig erklärt wurde. Unterzeichnet hatte Putin den Erlass am Vortag, als die Ukraine mit von den USA gelieferten ATACMS-Raketen erstmals ein Ziel auf russischem Territorium, in der Region Brjansk, angriff.

Der Präsidentenerlass Nr. 991 ist veröffentlicht worden (zum russischen Wortlaut [hier klicken](#); zur deutschen Übersetzung [hier](#)), so dass die Möglichkeit besteht, die wesentlichsten Veränderungen anhand des Wortlauts beider Erlasse darzustellen.

Der erste Abschnitt des neuen Dokuments („Allgemeine Bestimmungen“), ist zwar weitgehend, aber nicht vollständig identisch mit der Ausgabe von 2020. In letzterer hieß es: „Die Russische Föderation betrachtet die Nuklearwaffen *ausschließlich* [Hervorhebung – R.B./W.S.] als Mittel der Abschreckung, dessen Einsatz die äußerste Maßnahme und aufgezwungen ist. Sie unternimmt alle notwendigen Anstrengungen, um die nukleare Bedrohung zu reduzieren und in den zwischenstaatlichen Beziehungen eine Verschärfung nicht zuzulassen, die geeignet ist, militärische Konflikte, darunter nukleare, zu provozieren.“ Die entscheidende Veränderung besteht darin, dass in der jetzigen Ausgabe das Wort *ausschließlich* fehlt. Damit kündigt sich eine Ausweitung der Bedingungen an, unter denen sich Russland das Recht vorbehält, Atomwaffen einzusetzen, eine Ausweitung, die im weiteren Verlaufe des Dokumentes substantiiert wird.

Der zweite Abschnitt („Wesen der nuklearen Abschreckung“) enthält – wie das Dokument von 2020 – eine Erläuterung des Ziels der nuklearen Abschreckung: Sie „ist darauf gerichtet, dass dem potenziellen Gegner die Einsicht erwächst, im Aggressionsfall gegen die Russische Föderation und (oder) ihre Verbündeten eine unabwendbare Vergeltung zu erleiden“. Im Unterschied zu 2020 ist dieser Erläuterung jetzt ein Passus darüber vorangestellt, gegen welche Akteure sich Russlands atomare Abschreckung richtet: „Die Russische Föderation verwirklicht die nukleare Abschreckung in Bezug auf einen potenziellen Gegner, worunter einzelne Staaten und Militärkoalitionen (Blöcke, Bündnisse) verstanden werden, die von der Russischen Föderation als potenzieller Gegner betrachtet werden und die über nukleare und (oder) andere Arten von Massenvernichtungswaffen oder über ein bedeutendes Gefechtpotenzial an Streitkräften all-

gemeiner Bestimmung verfügen. Die nukleare Abschreckung wird auch in Bezug auf die Staaten verwirklicht, die von ihnen kontrolliertes Territorium, Luftraum und (oder) Seegebiete und Ressourcen für die Vorbereitung und Verwirklichung einer Aggression gegen die Russische Föderation zur Verfügung stellen.“ Des Weiteren heißt es:

– „Die Aggression jedes Staates aus dem Bestand einer Militärkoalition (eines Blocks, Bündnisses) gegen die Russische Föderation und (oder) ihre Verbündeten wird als Aggression dieser Koalition (dieses Blocks, Bündnisses) betrachtet.“ (Mit anderen Worten: Gerät ein NATO-Staat mit Russland in einen militärischen Konflikt, steht das gesamte NATO-Gebiet unter der Androhung von – auch atomaren – Gegenschlägen.)

– „Die Aggression gegen die Russische Föderation und (oder) ihre Verbündeten vonseiten jedes Nichtnuklearstaates wird im Fall der Teilnahme oder Unterstützung durch einen Nuklearstaat als ihr gemeinsamer Überfall angesehen.“ (Die ukrainischen Angriffe mit weitreichenden Raketenystemen US-amerikanischer, britischer und französischer Herkunft betrachtet Moskau demzufolge zugleich als Angriffe der Hersteller-, respektive Lieferstaaten selbst und damit als Berechtigung für Gegenschläge auch direkt gegen diese.) Dass damit das Risiko einer atomaren Selbstvernichtung Russlands durch entsprechende Vergeltungsschläge samt möglicher anschließender allgemeiner atomarer Eskalation verbunden ist, scheint Moskau nicht so zu sehen. Oder geflissentlich zu ignorieren.

Darüber hinaus waren im zweiten Abschnitt des Dokumentes von 2020 sechs „wichtigste militärische Risiken genannt, die sich zu militärischen Bedrohungen entwickeln könnten“. Jetzt sind es sogar zehn derartige Risiken – bis zur „Planung und Durchführung groß angelegter Militärübungen durch einen potenziellen Gegner in der Nähe der Grenzen der Russischen Föderation“.

Der dritte Abschnitt des neuen Dokuments („Bedingungen für den Übergang der Russischen Föderation zum Nuklearwaffeneinsatz“) enthält noch bedeutendere Veränderungen. 2020 hieß es: „Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, Atomwaffen als Reaktion auf den Einsatz von Atomwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen gegen sie und/oder ihre Verbündeten sowie im Falle einer Aggression gegen die Russische Föderation mit konventionellen Waffen einzusetzen, wenn die Existenz des Staates selbst gefährdet ist.“ Im Gegensatz dazu heißt es jetzt: „Die Russische Föderation behält sich das Recht vor, Nuklearwaffen anzuwenden als Antwort auf den Einsatz der Nuklearwaffen und (oder) anderer Arten von Massenvernichtungsmitteln gegen sie und (oder) ihre Verbündeten,

sowie auch im Fall einer Aggression mit dem Einsatz herkömmlicher [nichtatomarer, sprich konventioneller – R.B./W.S.] Waffen gegen die Russische Föderation und (oder) gegen die Republik Belarus [...], wenn die Aggression eine kritische Bedrohung für ihre Souveränität und (oder) territoriale Integrität schafft.“ Es muss also nicht einmal mehr „die Existenz des Staates selbst gefährdet“ sein. Diese Veränderung läuft auf eine erhebliche Absenkung der Schwelle für einen atomaren Ersteinsatz in einem bis dahin konventionellen Krieg und damit auf eine Erhöhung des Risikos einer unkontrollierbaren atomaren Eskalation hinaus. Auf den letztgenannten Zusammenhang bereits 1983 hingewiesen hat der vormalige US-Sicherheitsberater McGeorge Bundy, als er in seinem Essay „A Matter of Survival“ in *The New York Review of Books* schrieb, dass im Hinblick auf Kernwaffen „niemand sagen kann, was geschehen wird, nachdem auch nur eine von ihnen [...] eingesetzt worden ist. [...] Natürlich kann niemand beweisen, dass jeglicher Ersteinsatz von Kernwaffen zum allgemeinen Flächenbrand führen wird. Aber was entscheidend ist, niemand kann auch nur annähernd beweisen, dass das nicht der Fall sein wird.“ Im Übrigen hat Moskau im jetzigen Doktrindokument weitere offizielle Bedingungen für einen Einsatz von Atomwaffen durch Russland eingeführt – zum Beispiel:

- den Einsatz von Atomwaffen oder anderen Arten von Massenvernichtungswaffen durch einen Gegner gegen militärische Formationen und/oder Einrichtungen Russlands, die sich außerhalb von dessen Territorium befinden;
- die Nennung von Belarus als im Falle einer Aggression gegen das Land unter russischem Nuklearschutz stehender Verbündeter;
- den Erhalt zuverlässiger Daten über einen massierten Start von Luft- und Weltraumangriffswaffen beliebiger Typen und deren Überquerung der russischen Staatsgrenze.

Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, kommentierte den Zusammenhang von ukrainischen Angriffen mit von NATO-Staaten gelieferten weitreichenden Raketen gegen Ziele in Russland auf seinem Telegram-Kanal am 19. November 2024 folgendermaßen: „Der Einsatz von Bündnisraketen in dieser Form kann nun als *Angriff der Blockstaaten auf Russland* [Hervorhebung im Original – R.B./W.S.] gewertet werden. In diesem Fall ergibt sich das Recht, mit Massenvernichtungswaffen gegen Kiew und wichtige NATO-Einrichtungen zurückzuschlagen, wo auch immer sie sich befinden mögen. Und das ist bereits der Dritte Weltkrieg.“

PS: Der erstmalige Gefechtseinsatz des russischen Oreschnik-Raketensystems gegen ein strategisches Ziel in der Ukraine (gegen Juschasch, eine der größten Rüstungsschmieden des Landes) am 21. November 2024 lässt vermuten, dass die Nukleardoktrin Russlands demnächst flankiert werden könnte durch eine völlig neue Art der strategischen Abschreckung – mit Waffensystemen, die trotz erheblich gesteigerter Wirkungsfaktoren (noch) nicht zu den Massenvernichtungswaffen zählen. In den USA ist dergleichen unter dem Label *Conventional Prompt Global Strike* seit Jahren ebenfalls in Arbeit (siehe [Blättchen 18/2020](#)).

<https://das-blaettchen.de/2024/11/zur-russischen-nukleardoktrin-%E2%80%93-ein-nachtrag-70617.html>

IPPNW-Forum

Abrüstung statt Eskalation: Aufstehen gegen die atomare Bedrohung.

(36-seitige Broschüre, September 2024)

Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges sollen in Deutschland wieder US-Raketen stationiert werden, die Russland treffen könnten. Diese Entscheidung verschärft den internationalen Rüstungswettlauf.

Wir bezweifeln, dass so ein Mehr an Sicherheit erreicht wird. Im Gegenteil: Statt die Reißleine zu ziehen, taumeln wir weiteren, auch atomaren Katastrophen entgegen.

ICAN

" (...) Diese Waffensysteme können mit einer stark verkürzten Vorwarnzeit strategische Ziele, etwa Atomwaffenstandorte, in Russland treffen, was zu einer erhöhten Alarmbereitschaft in Russland führen kann und das Risiko von Fehlentscheidungen verschärft. (...) " <https://www.icanw.de/neuigkeiten/pm-friedensfaehig-statt-erstschlagfaehig>

Informationsstelle Militarisierung (IMI):

Gefährliche Atomwaffenträume

28.11.2024 - Militaristisches Wunschdenken in

Deutschland und der Europäischen Union - [Text](#)
Schwerpunkt „Atomwaffen“ in der Dezember-Ausgabe des IMI-Magazins *AUSDRUCK*.

„Braucht Europa eigene Atomwaffen?“ lautete der Titel eines Deutschlandfunk-Features im Juli 2024. Diese Frage nach dem Atomwaffenzugriff der Europäischen Union oder sogar dem deutschen Zugriff auf Atomwaffen wird seit einigen Jahren immer wieder gestellt und zunehmend bewegen sich die Antworten weg von spekulativen Gedankenspielen hin zu Ansätzen für eine reale Umsetzung des nuklearen Machtanspruchs. Gleichzeitig trat neben dem Nichtverbreitungspakt am 22. Januar 2021 auch der völkerrechtliche Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft, den zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels 94 Staaten unterzeichnet haben. Politisch steht also sowohl die Gefahr einer atomaren Aufrüstung als auch die Chance einer möglichen vollständigen nuklearen Abrüstung im Raum.

Friedensnobelpreisverleihung 2024 – Überfällige und hochverdiente Würdigung der Hibakusha

Am Tag der Menschenrechte (10.12.24) wurde der Friedensnobelpreis an die japanische Organisation Nihon Hidankyo in der norwegischen Stadt Oslo verliehen. Die Organisation wurde von Überlebenden der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gegründet und setzt sich seit 1956 für nukleare Abrüstung ein. Der Friedensnobelpreis 2024 ist eine überfällige und hochverdiente Würdigung des Engagements der Hibakusha – der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki.

([friedenskooperative](#))

Friedensnobelpreisträger Hidankyo warnt:

"Nukleares Tabu könnte gebrochen werden" –

de.euronews.com

Ingeborg Schellmann

Jonas Tögel (2023): Kognitive Kriegsführung Neueste Manipulationstechniken aus der Waffengattung der NATO

„Ich werde nicht die Reinheit der Absichten der einen oder anderen untersuchen. Ich versuche nicht herauszufinden, wer lügt und wer die Wahrheit sagt, wer das glaubt, was er sagt, und wer nicht. Meine einzige Absicht ist es, die Prinzipien der Propaganda zu veranschaulichen, die benutzt werden, und ihr Funktionieren zu beschreiben.“
Anne Morelli, *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*



Dr. Jonas Tögel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für pädagogische Psychologie der Universität Regensburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Soft Power, der Motivation und Propaganda.

Das im Jahr 2023 erschienene Buch zu den Manipulationstechniken der NATO erfuhr im gleichen Jahr die 6. Auflage und wurde auf der Bestsellerliste des Spiegels geführt.

Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung – ein neuer Kriegsschauplatz des Militärs

Während in den Medien der Blick auf die Propaganda Russlands und Chinas gerichtet ist, wendet sich Jonas Tögel der NATO zu und richtet den Blick auf eine Leerstelle des öffentlichen Diskurses. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in und durch Russland wie auch in und durch China stellt er nicht in Frage. Nur sind es die Sprachbarriere und der begrenzte Zugang zu den Quellen, die eine sachgerechte Analyse der Gegenseite verhindern.

Neu an diesem Buch ist, dass die Beeinflussung der öffentlichen Meinung heutzutage einen gleich großen Kriegsschauplatz darstellt wie die übrigen fünf Kriegsschauplätze zu Wasser, zu Land, in der Luft, im Internet und im Weltall. Der Autor verweist sogar auf Überlegungen, dass man möglicherweise die „traditionellen Schlachtfelder“ nicht benötigen werde, „wenn man durch psychologische Manipulation nachhaltigere und bessere Ergebnisse erzielen“ könne. (Seite 12).

Wer sich der Mühe des Lesens aller Seiten nicht unterziehen möchte, sei auf die Seiten 205ff verwiesen. Dort fasst der

Autor alle Techniken der aktuellen Kognitiven Kriegsführung (früher: Propaganda) zusammen. Auf den Seiten 191 ff bietet er Mittel und Wege an, um für sich selbst eine kritische Distanz zu gewinnen und zu einer eigenen Meinung zu gelangen.

In verständlicher Sprache und in nachvollziehbarer Beschreibung der Geschichte der Propaganda und der aktuellen Mittel der Meinungssteuerung wird die Strategie der NATO, die Unterstützung der Bürger für ihre Kriegsziele zu sichern, geschildert.

Kriegspropaganda war zu allen Zeiten notwendig, um die Bevölkerung gegen ihre wahren Interessen für den Krieg zu gewinnen. Sie ist heutzutage für die Machthaber umso bedeutsamer als die Kriege gewollt oder ungewollt die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in einem bisher nicht bekannten Ausmaß mit sich bringen.

In Demokratien steht der Konsens von Gesellschaft, Politik und Militär umso mehr auf dem Prüfstand, wenn der Kriegseinsatz nicht der unmittelbaren Verteidigung dient, sondern aus Gründen politischer Opportunität erfolgt und mit Werten wie Freiheit und Demokratie legitimiert wird, ohne die geopolitischen oder sonstigen Interessen sichtbar zu machen. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist aus Sicht des Militärs und der Herrschenden in Demokratien notwendiger als in Autokratien, da der Zusammenhalt von Gesellschaft, Politik und Militär durch öffentliche Kritik in Demokratien gefährdet ist und Kriege in Demokratien scheitern, wenn die notwendige Zustimmung in der Gesellschaft und im Militär in Frage gestellt wird.

Die Erkenntnisse der Psychologie – Basis der Kognitiven Kriegsführung

Die Kognitive Kriegsführung der heutigen Tage basiert wie die Propaganda der Vergangenheit auf Erkenntnissen der Psychologie., die ins 19. Jahrhundert zurückreichen.

Die Psychoanalyse Sigmund Freuds deckt die Triebgebundenheit und das Unbewusste als etwas Angeborenes auf und bietet die Basis zunächst für den Markt und die Werbung, um indirekt auf Wünsche und Bedürfnisse Einfluss zu nehmen. Der Behaviorismus lehrt, dass Verhalten durch Wiederholungen und die Herstellung von gezielt gewählten Zusammenhängen gelernt werden kann. Der Pawlowsche Hund ist ein allseits bekanntes Beispiel hierfür.

Die Massenpsychologie – von Gustave Le Bon 1895 in seinem Buch „Psychologie der Massen“ beschrieben – dient den Machhabern als Mittel der Kontrolle. Die Massen als uninformatiert und unkritisch definiert können durch Autoritäten geführt werden.

Die Mittel der Steuerung von Gedanken und Gefühlen der Menschen erläutert der Autor an Hand von Beispielen sowohl der Werbung als auch der Kriegsführung. Mit einem geschickten Wechsel der Begründungen verstand es Präsident Woodrow Wilson, die Amerikaner 1917 für den Eintritt in den Weltkrieg zu gewinnen, obwohl er kurz zuvor im Wahlkampf versprochen hatte, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten. Die Umkehr war mit großem Einsatz einer Kommission, der Creel-Commission, und versierten Propagandisten und Journalisten wie Edward Bernays, Walter Lippmann und Ivy Lee verbunden. Barack Obama versprach im Wahlkampf, den Krieg im Irak und in Afghanistan zu beenden und hielt sich später nicht daran. Beide, Wilson und Obama, erhielten den Friedensnobelpreis. War zuvor das Sicherheitsinteresse der Amerikaner an der Erhaltung des Friedens Ziel und Motiv militärischer Einsätze, wodurch sie als defensiv legitimiert waren, sollten nunmehr die Werte Freiheit und Demokratie militärische Einsätze legitimieren und eine aktive Kriegsführung ermöglichen.

Die Verfeinerung der Beeinflussungsmethoden

Die Mittel wurden nach dem 1. Weltkrieg verfeinert und dem geltenden Zeitgeist angepasst. Erkenntnisse aus der Linguistik, Experimente der Verhaltensforschung, Gruppenverhalten, der Mitläufer-Effekt, das Beharrungsbedürfnis, das Festhalten am Status quo, die Erarbeitung einer Bedürfnisstruktur des Menschen (die Asowsche Bedürfnispyramide) u.a.m. wurden mit Hilfe der Psychoanalyse, der Sozialpsychologie sowie der Sprach- und Kommunikationswissenschaften erarbeitet und über die Medien für militärische Zwecke dienstbar gemacht. Die Wirkungen der Angsterzeugung, die Erkenntnisse aus Untersuchungen der Wahrnehmungsprozesse, die Lenkung von Aufmerksamkeiten, der menschliche Prozess der Informationsverarbeitung, die Wirkung von Informationsfluten wurden wissenschaftlich untersucht und verwertet.

Propaganda beruht auf dem Fundament der Psychoanalyse, dem Behaviorismus und der Massenpsychologie einerseits und einer Vielzahl von Techniken und Werkzeugen andererseits, die zusätzlich angewandt werden. Zu letzterem zählen die Manipulationswerkzeuge wie Kampagnen, denen eine Meinungserforschung vorausgeht, die Einbindung der Medien, die Mechanismen des „nudging“, des Ködorns mit Vorteilen und Vergünstigungen u.a.m.

Das Jahr 2020:

die Geburtsstunde der Kognitiven Kriegsführung

Das Jahr 2020 ist die Geburtsstunde des „cognitive warfare“. „Wenn die kinetische Energie (also die Hard Power) den Feind nicht besiegen kann, was dann? Hier können die Psychologie und verwandte Verhaltens- und Sozialwissenschaften (also die Soft Power) die Lücke füllen“ so der Militärpsychologe Michael Matthews des U.S. Naval Institute zur Verschiebung der Bedeutung hin zu Soft Power (S. 18). Mit Soft Power-Techniken kann man die Menschen so beeinflussen, dass sie diese Beeinflussung gar nicht bemerken. Um diese Art der Beeinflussung dreht sich der Cognitive

Warfare. Daher sind die Soft-Power-Techniken genauso wichtig wie Gewehre oder Panzer für eine Armee, denn sie liefern die Waffen, mit denen die Kognitive Kriegsführung arbeitet.

Gänzlich neue Methoden der Kognitiven Kriegsführung bietet die digitale Manipulation, ohne dass die alten Methoden der Einflussnahme an Bedeutung verlieren würden.

Das Internet verändert die Methoden der Kognitiven Kriegsführung

Das Internet mit seiner grenzenlosen Informationsbeschaffung begründet einerseits ein ganz anderes Wissen, andere Gedanken und Gefühle der Menschen und andererseits den Verlust des Staates als „Informationshoheitsträger“. Man spricht von einer Informationsrevolution. Das Militär und besonders die NATO bekunden einerseits einen Verlust an Moral andererseits einen Verlust an Vertrauen. Das Vertrauen zurückzugewinnen, ist das große Anliegen der NATO. Warfare Cognitive soll die notwendigen psychologischen Operationen ermöglichen, um die „kognitive Überlegenheit“ oder Informationshoheit zu gewährleisten.

Der digitale Schattentext eines jeden Menschen – Rohstoff der Kognitiven Kriegsführung

Mittel der Wahl ist der „Schattentext“, der auf Grund all der Daten gebildet werden kann, die Nutzer des Internets beispielsweise mit jeder Anfrage hinterlassen. Damit wächst die Möglichkeit der individuellen Beeinflussung (Stichwort: Cambridge Analytica) ins Unermessliche. Andererseits steigt auch die Möglichkeit der Einflussnahme des Einzelnen, sodass von einer „partizipatorischen Propaganda“, einer aktiven Beteiligung an Propaganda die Rede ist. Troll-Armeen oder Bots können die sozialen Netzwerke fluten und manipulieren.

Cambridge Analytica, die individuelle Beeinflussung, und micro targeting, die unsichtbare Verfolgung der Internetnutzer, und die Mittel des Algorithmus sind für das Militär und die NATO keine verwerflichen Mittel. Sie sind vielmehr „unschätzbare Vorteile im Informationskrieg“ so Bernard Clavière, ein französischer Kognitionswissenschaftler und ehemaliger Professor am Polytechnischen Institut in Bordeaux, und François du Cluzel, Autor der von der NATO finanzierten Studie „Cognitive Warfare“ und Manager des NATO-Innovationszentrums.

Die Suchmaschine Google sammelt Daten über Nutzer und ist im Besitz des wertvollsten Rohmaterials heutzutage und kann Schattentexte über jeden Nutzer erstellen, was ihre Wertsteigerung auf 1,96 Billionen Dollar erklärt. Hinzu kommt, dass Google 2010 eine Partnerschaft mit dem amerikanischen Geheimdienst einging und dem Pentagon, der CIA und dem US-Außenministerium wertvolle Dienste erbringt. Mittels seines Algorithmus kann Google Informationen durch Löschen oder Unterdrücken steuern und Wissen beeinflussen.

Skandale um Uber, der das Verhalten seiner Klienten speicherte, und um Netflix, das das Nutzungsverhalten seiner Kunden speicherte, sind kurzfristig in die Öffentlichkeit gelangt, jedoch ohne weitere Konsequenzen.

Alle großen Organisationen und Institutionen richten eigene Cyberabteilungen ein

Das Pentagon baute 2021 seine Propagandaabteilung auf und verfügt über eine „Cyberarmee“ von 60.000 Mitarbeitern. Das sind zehnmal so viele Mitglieder wie die Untergrundeinheiten der CIA.

Ob Freund oder Feind, ob der WEF oder die UN, sie haben den Nutzen von Cybermitarbeitern erkannt und gründeten eigene Abteilungen, um „Desinformationen“ in eigener Deutungshoheit zu bekämpfen. Das britische Militär verfügt über eine eigene Propagandaabteilung nur für digitale Manipulation auf Facebook.

Die NATO hat den Wert der Schattentexte als digitale Manipulation erkannt und ist bemüht, mit mächtigen Firmen wie Google und Facebook in dieser Hinsicht Schritt zu halten.

Mittels der Kognitiven Kriegsführung wird die Wahrnehmung der Realität gesteuert

Bernard Clavière und François du Cluzel fassen die Ziele so zusammen: „Das Hauptziel der Kognitiven Kriegsführung ist nicht, (...) kampflos zu siegen, sondern einen Krieg gegen das zu führen, was eine feindliche Gemeinschaft denkt, liebt oder glaubt, indem sie ihre Darstellung der Realität verändert. Es ist ein Krieg gegen die Art und Weise, wie der Feind denkt, wie sein Verstand funktioniert, wie er die Welt sieht und begriffliches Denken entwickelt. Die angestrebte Wirkung ist eine Veränderung der Weltanschauung und damit eine Beeinträchtigung des Seelenfriedens, der Gewissheit, der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands“ (Seite 147).

Die Kognitive Kriegsführung als kulturelle Manipulation dient offiziell der Abwehr feindlicher Propaganda, wird aber auch zur Spaltung in den Reihen der NATO eingesetzt, beispielsweise um Verständnis für Russland zu unterbinden. Die Integrative Initiative, vom British Foreign and Commonwealth Office finanziert, ist ein Beispiel für die spaltende Wirkung durch Fehlinformation, was durch geleakte Dokumente aufgedeckt wurde. Lediglich die [FAZ vom 25.12.2018](#) warnte vor einem Ausufer der „Desinformationsoperation“ mit den Waffen der Soft Power und deutete die Verstrickung von ganzen Netzwerken von Journalisten in dem Skandal.

Die künstliche Intelligenz ermöglicht einen Informationskrieg in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Die Heimlichkeit der Angriffe, das Fehlen einer Zuordnung von Ursache oder Täter, die Täuschung und das daraus resultierende Misstrauen untergraben das soziale Gefüge.

Kognitive Kriegsführung als Zukunftstechnologie

Schließlich wirkt die Kognitive Kriegsführung als Zukunftstechnologie. Die Entwicklung von Soft-Power-Werkzeugen ist nicht mehr auf Disziplinen wie der Psychologie, der Kultur-, der Geschichts- und Sozialwissenschaften beschränkt. Die Militarisierung erfasst immer mehr Bereiche, so die Nanotechnologie, die Biotechnologie, die Informationswissenschaft, die Kognitions- oder die Neurowissenschaft.

Die Kognitive Kriegsführung richtet sich gegen den Menschen

Die Kognitive Kriegsführung ist der sechste Kriegsschauplatz und richtet sich auf die menschliche Sphäre, die Human Domain, die sowohl den Gegner als auch die eigene Bevölkerung im Auge hat. Sie ist die fortschrittliche Form der mentalen Manipulation des Menschen, die eine Beeinflussung des individuellen oder kollektiven Verhaltens mit dem Ziel ermöglicht, einen taktischen oder strategischen Vorteil zu erlangen. Das menschliche Gehirn wird zum Schlachtfeld.

Ausweg aus der Kognitiven Kriegsführung

Der Ausweg bedarf großer Aufmerksamkeit. Die eigene Anfälligkeit für Manipulationen zu kennen, die Geschehnisse der Welt als einen vernetzten Vorgang zu sehen, nicht nur militärische, sondern auch soziale, geopolitische, wirtschaftlich und informationelle Aspekte zu betrachten, den Blick auf die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu richten und sich zu vernetzen – all dies sind Möglichkeiten für den Weg zu eigener Klarheit und eigenen Haltungen. Hinzu kommen die Bewahrung von Empathie und das Bekenntnis zum Gewaltverzicht.

(1) Anmerkung: Cambridge Analytica ist ein Programm, das aus Daten persönliche Profile erstellt, mittels derer Einfluss auf das Verhalten von Individuen ausgeübt werden kann, z.B. auf ihr Wahlverhalten. https://de.wikipedia.org/wiki/Cambridge_Analytica

Was ein „volldigitales Land“ mit Kriegsvorbereitung zu tun hat, 16.11.24 - Elisabeth Voß, [pressenza](#)

Elisabeth Voß verweist ähnlich wie Jonas Tögel auf die Wichtigkeit von Daten des Internets. An Beispielen der Praxis wie der Digitalisierung der Bahncard, des Technikpaternalismus, –über den alle Tätigkeiten kommentiert werden, weist sie die Rundumüberwachung nach und problematisiert den Verlust der Privatheit. Mit Zitaten von Politikern wie des Verkehrsministers Wissing untermalt sie die Irreführung der Gesellschaft. „Wir müssen analoge Parallelstrukturen konsequent abbauen und auf komplett digitale Prozesse setzen. Dies ist nicht nur effizienter und spart Kosten, sondern verbessert die Datenverfügbarkeit. Nur wenn wir ein volldigitales Land werden, können wir Deutschland zu einem führenden KI-Standort entwickeln und unsere Position im internationalen Wettbewerb stärken“. Die sachliche Darstellung des Einsatzes der KI im Krieg entlarvt sie als Täuschung über die realen Folgen, die Blut, Schmerz, Verzweiflung und zerfetzten Leiber bedeuten, und prangert die Gewöhnung an die technische Perfektionierung des Tötens an.

Erkenntnisse aus der Propagandaforschung Betrachtungen zum Krieg in der Ukraine von:

Prof. Sabine Schiffer, 18. Dezember 2023, [imi-online.de](#)
[Video-Vortrag](#)

Das bayerische Gesetz zur Förderung der Bundeswehr und die Einbindung der bayerischen Universitäten und Hochschulen für militärische Zwecke gewinnt im Zusammenhang mit der Kognitiven Kriegsführung besondere Brisanz. S. [SiG Nr.156](#), Seite 32 f

German Foreign Policy Umwälzungen in Syrien

02 Dez 2024 - „**Auf Gegensätzen beruhende Kooperation**“ Der Angriff von HTS und den von Ankara unterstützten Kämpfern hat die prekäre Ordnung erschüttert, die sich in Syrien herausgebildet hatte, nachdem die syrischen Regierungstruppen Ende 2016 Aleppo von jihadistischen Milizen zurückerobert hatten. Zu diesen Milizen zählte damals auch Fatah al Sham, einer der Vorläufer der HTS. Nach der Rückeroberung von Aleppo wurden Verhandlungen über einen Machtabgleich in Syrien eingeleitet, die maßgeblich Russland – als Kooperationspartner der Regierung unter Bashar al Assad – und die Türkei als Kooperationspartnerin der Aufständischen führten. Im **Astana-Prozess**, benannt nach dem Ort der Verhandlungen, gingen Moskau und Ankara daran, die Lage in Syrien zumindest so weit zu stabilisieren, dass die Kriegshandlungen zum Ende kamen. Im März 2020 gelang es Russland und der Türkei, das bislang letzte Aufflammen des Krieges zu stoppen – ohne Mitwirkung der USA und der Mächte Europas. Dies war möglich, da Moskau und Ankara bei jeweils einer der verfeindeten Parteien starken Einfluss hatten und die Einhaltung eines Kompromisses durchsetzen konnten. [S. dazu [Pufferzonen im Luftraum](#)] Die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat diese Methode einmal als „auf Gegensätzen beruhende Kooperation“ bezeichnet. Sie öffnete den Weg, den Einfluss der westlichen Mächte weitgehend aus Syrien zu verdrängen. [Vollständiger Text](#)

10 Dez 2024 - **Die Einnahme von Damaskus** innerhalb von nur elf Tagen hatte mehrere Ursachen, darunter zum Beispiel weithin grassierende Korruption in den syrischen Streitkräften und deren Infiltration durch Aktivisten der Opposition; beides hatte zersetzende Wirkung, als die HTS ihren Feldzug startete. Genährt wurden die Korruption sowie eine allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung allerdings auch durch die drastischen Folgen der **Sanktionen**, die die EU, die USA sowie weitere westliche Staaten seit Sommer 2011 gegen das Land verhängten und immer stärker ausweiteten. 2018 erklärte der UN-Sonderberichterstatter zu negativen Folgen von Sanktionen, Idriss Jazairy, die Sanktionen hätten „verheerende Auswirkungen auf ... das tägliche Leben der einfachen Menschen“ [S. dazu [Hoffen auf die Hungerrevolte](#)]. 2019 urteilte der European Council on Foreign Relations, man müsse die Zwangsmaßnahmen als „Politik der verbrannten Erde“ einstufen, „die unterschiedlos und willkürlich gewöhnliche Syrer bestraft“ [Nour Samaha, [ecfr.eu](#) 11.02.2019]. Anfang 2023 litten nach Angaben des World Food Programme (WFP) zwölf der gut 22 Millionen Syrer an Nahrungsmittelsicherheit, 2,5 Millionen gar an schwerer. [S. dazu [Sanktionen gegen Nothilfe](#), Feb. 2022] – [vollständiger Text](#)

11 Dez 2024 - Die Regierung in Idlib, die seit 2017 unter dem Namen Syrian Salvation Government (SSG) firmiert,

wird faktisch von HTS unter Julani geführt. Zwar werden Minister sowie die Mitglieder eines beratenden Gremiums, des Shura Council, gewählt; allerdings werden die Kandidaten vorher gezielt von der Regierung ausgesucht. Ausschließlich Männer, die dazu für würdig erachtet werden, dürfen wählen; Frauen wird das Wahlrecht vorenthalten. In einem Bericht des UN-Menschenrechtsrats sind zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen Frauen festgenommen wurden, weil sie sich angeblich unangemessen gekleidet hatten oder weil sie sich ohne einen verwandten Mann in der Öffentlichkeit bewegten. [[Bericht](#), 11.3.2021]

Christen erhalten einen Status (mustamin) mit minderen Rechten, der Nichtmuslimen zukommt, die sich in islamischem Gebiet aufhalten. Während HTS schon bis 2022 mindestens 550 Immobilien beschlagnahmt hatte, die zuvor Christen gehört hatten, wurden zahlreiche Drusen zwangsweise zum Islam konvertiert.

Der UN-Menschenrechtsrat wies auf zahlreiche Fälle willkürlich inhaftierter Aktivisten und Journalisten hin; darüber hinaus identifizierte er 64 Personen, die HTS „verschwinden“ lassen hatte. [id.] Ein Rechtsanwalt aus Idlib erzählte Zelin: „Todesurteile werden in Geheimgefängnissen ohne Gerichtsverfahren vollstreckt.“ Dem UN-Menschenrechtsrat zufolge werden Einwohner des Gouvernements, die die Auffassungen von HTS nicht teilen, regelmäßig in Hafteinrichtungen gefoltert. [Vollständiger Text](#)

13 Dez 2024 - **Die „Türkisierung“ Nordsyriens** Mehrere Staaten haben syrisches Territorium besetzt, halten daran fest und suchen das von ihnen kontrollierte Gebiet zum Teil sogar noch auszuweiten. Dies gilt zunächst für die Türkei. Ankara hat seit 2016 in mehreren Wellen Teile Nordsyriens militärisch erobert und hält an ihrer Besetzung bis heute fest. Zur Zeit ist die von der Türkei abhängige Syrian National Army (SNA) damit befasst, weitere Teile Nordsyriens zu erobern und die Syrian Democratic Forces (SDF), die von kurdischen Kräften geführt werden, zu vertreiben. Dabei werden den Milizionären der SNA, die sich aus zahlreichen einzelnen Milizen zusammensetzt, gravierende Verbrechen vor allem an Kurden vorgeworfen. [[middleeasteye.net](#)] Aktuell zielt sie auf Kobane, eine Stadt östlich des Euphrat, die international bekannt wurde, als kurdische Kräfte sie einstmals gegen den IS verteidigten. [S. dazu [Das Spiel mit dem Terror](#), 2015] Dabei stellt Ankara der SNA Luftunterstützung durch türkische Kampfflugzeuge und Drohnen zur Verfügung. (1)

Bombardements ohne Ende

Teile Syriens besetzt halten auch die Vereinigten Staaten und Israel. Die USA haben rund 900 Soldaten im Nordosten des Landes stationiert und dabei bislang die SNA genutzt, um der syrischen Regierung den Zugang nicht zuletzt zu den dort gelegenen Ölfeldern zu verwehren. Dies hat Damaskus gezwungen, Öl in Iran zu erwerben, und zu erhebli-

chen ökonomischen Schäden geführt. In den vergangenen Tagen haben die US-Streitkräfte zahlreiche Luftangriffe auf syrische Ziele durchgeführt; bereits am Dienstag hieß es, man habe 75 Ziele attackiert, angeblich Stellungen des IS. [pbs.org, 10.12.2024]. Israel wiederum hält schon seit 1967 die Golanhöhen besetzt, die es 1981 völkerrechtswidrig annektiert hat. Jetzt ist es noch weiter auf syrisches Territorium vorgerückt und steht Berichten zufolge inzwischen in Qatana – rund 20 Kilometer südwestlich von Damaskus. [middleeasteye] Seine Luftangriffe auf Ziele in Syrien – Berichten zufolge waren es bereits vor dem Beginn der HTS-Offensive ein bis zwei Dutzend pro Tag – hat es seit dem Umsturz in Damaskus ausgeweitet und allein bis Dienstag laut Eigenangaben 480 Attacken durchgeführt; dabei hat es große Teile der militärischen Infrastruktur, Gebäude der Geheimdienste und allerlei weitere Einrichtungen zerstört. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärt dazu: „Wir verändern das Aussehen des Nahen Ostens.“ [cnn] „Gruppe der Freunde Syriens“: Pistorius erklärte, man müsse der HTS „eine Chance geben, das zu tun, worauf es jetzt ankommt“; gleichzeitig müsse man „mit anderen euro-

päischen Partnern bereitstehen“, zur Regelung der Verhältnisse in Syrien „Beiträge zu leisten“.[„Wir müssen mehr machen“. tagesschau.de 11.12.2024] „Wir als Europäer, als Deutschland“, verlangte der Verteidigungsminister, müssten jetzt „unsere Verantwortung sehen, zur Stabilisierung der Region beizutragen“.[Ines Trams: Pistorius wirbt für mehr Einsatz Deutschlands. zdf.de 12.12.2024] Mit Blick auf den Luftwaffenstützpunkt bei Al Azraq ist bereits davon die Rede, man könne die dortige Stationierung deutscher Militärluftzeuge auf lange Sicht zementieren.[state.gov] Al Azraq gilt als mögliches Drehkreuz für Einsätze auch auf dem afrikanischen Kontinent; es wurde bereits für einen Evakuierungseinsatz in Sudan genutzt.

[Vollständiger Text](#) (s. [Wettlauf um Syrien](#), 18.12.2024)

(1) [Demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens \(DAANES\)](#): Internationale Gemeinschaft muss Aggression des türkischen Staates und der von ihm unterstützten islamistischen Banden gegen syrisches Territorium stoppen!
Kurden - Aktuelle Informationen: <https://civaka-azad.org>
<https://anfdeutsch.com> , <https://womendefendrojawa.net/en/>

Professor Jeffrey D. Sachs:
Wie die USA und Israel Syrien zerstörten und es Frieden nannten
(Übersetzung als Audio-Datei des Artikels vom 12.12.2024 in [commondreams](#))
DLF, 2.12. [Interview von Michael Lüders](#)

Jens Berger Staatsräson schlägt Völkerrecht

12.12.2024 - Das am 7. Dezember entstandene Vakuum nutzt vor allem Israel aus. Bereits im Dezember 2021 verabschiedete die Regierung Bennet die [Intensivierung der Siedlungspolitik auf den Golanhöhen](#). Auch das war ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht. Seit 1967 besetzt Israel völkerrechtswidrig die syrischen Golanhöhen. 1981 wurde Israel vom UN-Sicherheitsrat mit der [Resolution 497](#) aufgefordert, das Gebiet zu räumen. Israel ignorierte diese Resolution, Folgen hatte dies nicht. Von der UN-Generalversammlung gab es seitdem [unzählige Resolutionen](#), die das israelische Vorgehen verurteilen. Völkerrechtliche Folgen hätten jedoch nur harte Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, und hier legt Israels Schutzmacht, die USA, bei jedem Resolutionsentwurf ihr Veto ein. Die USA sind auch das einzige Land der Welt, das Israels Besetzung der Golanhöhen anerkennt – und zwar seit 2019 [unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump](#).

Der UN-Beauftragte für Syrien Geir Pedersen, ein norwegischer Diplomat, [forderte Israel nun schon zum wiederholten Mal eindringlich auf](#), die Angriffe auf Syrien zu stoppen. Der UN-Sonderberichterstatter für die Förderung der Menschenrechte, Ben Saul, ein australischer Rechtswissenschaftler, ein weltweit anerkannter Völkerrechtsexperte [sagte gestern vor der Weltpresse](#), dass es „absolut keine völkerrechtliche Grundlage [gibt], um ein Land, das man nicht mag, präventiv zu entwaffnen“. Das israelische Vorgehen sei „völlig gesetzlos“.

Bereits am 3. Dezember hat die UN-Vollversammlung Israel abermals in einer [Resolution](#) einstimmig [aufgefordert](#), die Golanhöhen zu räumen. Israel interessieren solche Resolutionen aber nicht – auch zum Krieg in Gaza gibt es [unzählige Resolutionen der UN](#), die von Israel schlichtweg ignoriert werden.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=126096>

**Artikel über Syrien in den SiG-
Nummern 94, 96, 99, 105,
118,122 ,123, 127, 128**

[Martin Sonneborn](#): Oh. Sieht aus, als gäbe es ein neues Sykes-Picot-Abkommen! 108 Jahre später.

Wir haben da mal Fragen (Auszug):

3) Wieso nennen unsere doch manchmal ganz gut informierten Zeitungen (Wetter, Fußball, Lottozahlen, Horoskop) diese

durchgeknallten Al Qaida-Islamisten immer so höflich „moderate“ „Rebellen“, während sie gleichzeitig darauf bestehen, die ideologisch nahezu identen Vertreter der Hamas immerzu als „Terroristen“ zu bezeichnen?

6) Ist das in dieser „regelbasierten“ Weltordnung schon verbindlich festgeschrieben, dass man einen kollabierenden Staat als Nachbar einfach so übernehmen darf? Gilt das auch für uns und

das (schon ein bisschen kaputtere) Frankreich?

11) War das Zeitalter des Kolonialismus (nach 500 qualvollen Ausbeutungs- & Unterdrückungsjahren) nicht eigentlich im letzten Jahrhundert schon vorbei?

12) Steht eigentlich jedem eine Pufferzone zu? Uns auch? Die von der Leyen niemals je betreten darf? Natürlich nur zu unserem Schutz. Aggressive Vorwärtsverteidigung, Sie verstehen.

Völkermord in Palästina stoppen!

Neue Recherchen von Amnesty International belegen: Israel begeht Völkermord an Palästinenser*innen in Gaza

Amnesty International hat hinreichende Belege dafür, dass der israelische Staat Genozid an der palästinensischen Bevölkerung im besetzten Gazastreifen begangen hat und weiterhin begeht.

Zu diesem Schluss kommt ein [umfassender Bericht](#) der Menschenrechtsorganisation. <https://www.amnesty.de>

Pressemitteilung, 05.12.2024 - Der Bericht mit dem Titel **"'You Feel Like You Are Subhuman': Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza"** dokumentiert auf 296 Seiten, wie Israel nach den von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen verübten brutalen Kriegsverbrechen vom 7. Oktober 2023 im Zuge seiner Militäroffensive absichtsvoll Leid und Zerstörung über die Palästinenser*innen im Gazastreifen gebracht hat.

Amnesty International kommt aufgrund der analysierten Belege zu dem Schluss, dass Israel durch seine Handlungen und Unterlassungen einen Völkermord an den Palästinenser*innen im Gazastreifen begangen hat und weiterhin begeht. Die vorliegende Untersuchung zeigt auf, dass Israels Handlungen in den Geltungsbereich der Völkermordkonvention fallen. Israel begeht die in der Konvention definierten Handlungen in der Absicht, Palästinenser*innen im Gazastreifen als Gruppe zu zerstören. Hierzu zählen Tötungen von Mitgliedern der Gruppe, die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden sowie die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die geeignet sind, die körperliche Zerstörung der Gruppe der Palästinenser*innen im Gazastreifen ganz oder teilweise herbeizuführen.

Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, sagt:

"Unsere Recherchen ergeben, dass der Staat Israel über Monate einen Völkermord begangen hat und weiterhin begeht, in dem vollen Bewusstsein, dass den Palästinenser*innen im Gazastreifen ein nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt wurde. Dabei ignorierte die israelische Regierung zahllose Mahnungen über die katastrophale humanitäre Lage und setzte sich über rechtsverbindlich angeordnete Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) hin-

weg. Dieser hatte Israel wiederholt aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um unter anderem die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen sicherzustellen.

Der Genozid in Gaza muss enden – es braucht jetzt einen Waffenstillstand. Alle Staaten sind gemäß Genozid-Konvention dazu verpflichtet, dazu beizutragen, den Völkermord an Palästinenser*innen im Gazastreifen sofort zu stoppen. Notwendig ist ein umfassendes Waffenembargo. Wer weiterhin Waffen an Israel liefert, läuft Gefahr, sich an einem Völkermord zu beteiligen. Das gilt insbesondere für wichtige Rüstungslieferanten wie Deutschland.

Völkermord und andere Verbrechen müssen nach internationalem Recht geahndet werden. Die jahrzehntelange Straflosigkeit für Verbrechen im besetzten palästinensischen Gebiet und Israel muss jetzt aufhören. Die internationale Gemeinschaft muss alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen – seien es der Internationale Strafgerichtshof, der Internationale Gerichtshof, extraterritoriale Gerichtsbarkeit einschließlich des Weltrechtsprinzips – um sicherzustellen, dass diejenigen, die der Verantwortung für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verdächtigt werden, vor Gericht gestellt werden."

Unabhängig von dem Völkermord an den Palästinenser*innen im Gazastreifen fordert Amnesty International weiterhin die bedingungslose Freilassung aller zivilen Geiseln und dass die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen, die für die am 7. Oktober 2023 begangenen Verbrechen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.

Vorstellung des Berichts in einem [Video](#)

Seit Beginn der israelischen Militäraktion in Gaza im Oktober 2023 hat **Forensic Architecture** Daten über Angriffe des israelischen Militärs auf Zivilisten und zivile Infrastruktur gesammelt. Unsere Analyse dieses Vorgehens zeigt die nahezu vollständige Zerstörung des zivilen Lebens in Gaza. Wir haben auch Evakuierungsbefehle des israelischen Militärs gesammelt und analysiert, die palästinensische Zivilisten in als „sicher“ bezeichnete Gebiete in Gaza schicken. Diese Befehle haben zu wiederholten, groß angelegten Vertreibungen der palästinensischen Bevölkerung in ganz Gaza geführt, oft in Gebiete, die anschließend angegriffen wurden.

Die Muster, die wir im Hinblick auf das militärische Vorgehen Israels in Gaza beobachtet haben, deuten auf eine systematische und organisierte Kampagne zur Zerstörung von Leben, lebensnotwendigen Bedingungen und lebenserhaltender Infrastruktur hin. **Die Überwachung und Forschung von Forensic Architecture besteht aus:**

[einer interaktiven kartografischen Plattform: „A Cartography of Genocide“](#)
[einem 827-seitigen Textbericht: „A spatial analysis of the Israeli military's conduct in Gaza since October 2023“](#)
<https://forensic-architecture.org/investigation/a-cartography-of-genocide>

Genozid in Gaza

„Es geht um die systematische Zerstörung des Gazastreifens“ - Holocaust-Forscher Omer Bartov sah bis vor wenigen Monaten keine Anzeichen für einen Völkermord in Gaza. Hier erklärt der Israeli, warum sich seine Meinung geändert hat. [Tagesspiegel 23.11.2024](#)

1.10.2024: Anordnung des israelischen Militärs: Nordgaza soll evakuiert werden.

Diese Vertreibung folgt einem „Plan der Generäle“.

[Israelnationalnews](#)

14.11.2024 - [Human Rights Watch](#): Israels Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza: Massenhafte Zwangsvertreibungen und weitreichende Zerstörung [HRW.org](#) -

Bericht: [“Hopeless, Starving, and Besieged”](#)

[HRW](#), 6.10.2024 - „Fast alle Zivilist*innen in Gaza wurden vertrieben und sind auf einem Gebiet zusammengepfertcht, das gerade einmal 3% des Territoriums von Gaza ausmacht.“

28.11.2024 - Matthew Hoh: These Last Eight Days in Palestine: [Deaths, demolitions and detentions](#)

Gaza: «Ich träume jede Nacht von Nahrung» Menschen in Gaza werden ausgehungert. [Infosperber 22.11.2024](#)

27.11.2024 - Bericht einer Gynäkologin und Geburtshelferin, die in Gaza gearbeitet hat. [Mondoweiss](#)

Gaza Soup Kitchen <https://gizasoupkitchen.org/>

Als Reaktion auf die Hungerskrise gründeten Mahmoud und seine Freunde eine Suppenküche in Bait Lahia. Mit nur vier großen Töpfen, etwas Holz für das Feuer und den wichtigsten Zutaten begannen sie, warme Mahlzeiten für unsere Nachbarn zuzubereiten. An diesem ersten Tag konnten wir 120 Familien mit Essen versorgen. Die Kapazität der Küche ist inzwischen auf Mahlzeiten für bis zu 3000 Personen täglich angewachsen.

Mahmoud ist am 30. November mit einer israelischen Drohne ermordet worden.

12.11.2024 - Die Bedingungen in Gaza sind „nicht zum Überleben geeignet“, sagt [der amtierende UN-Nothilfeschef vor dem Sicherheitsrat](#): "(...) Die jüngste Offensive, die Israel letzten Monat im Norden des Gazastreifens gestartet hat, ist eine intensiviertere, extreme und beschleunigte Version der Schrecken des vergangenen Jahres. Schutzräume, Häuser und Schulen wurden niedergebrannt und zerbombt. Zahlreiche Familien sind nach wie vor unter Trümmern gefangen, weil die israelischen Behörden den Treibstoff für Grabgeräte blockieren und Ersthelfer daran gehindert werden, sie zu erreichen. Krankenwagen wurden zerstört. Und Krankenhäuser wurden angegriffen. Die Versorgung des Nordens wird unterbrochen und die Menschen werden weiter nach Süden gedrängt. (...) Jetzt ist es an der Zeit, dass der Sicherheitsrat seine Befugnisse gemäß der UN-Charta nutzt, um die Einhaltung des Völkerrechts und die vollständige Umsetzung seiner Resolutionen sicherzustellen.“

UN-Sicherheitsrat, 20.11.2024: Eine [Resolution für einen Waffenstillstand](#) wurde durch Veto der USA abgelehnt. - UN-News: [Bericht](#) - [Artikel](#) in "Die Zeit"

Situation in Gaza,

Bericht von [OCHA OPT vom 3.12. 2024](#)

„Aus dem gesamten Gazastreifen werden weiterhin **israelische Luft-, Land- und Seeangriffe** gemeldet, die zu weiteren Opfern unter der Zivilbevölkerung, zu Vertreibungen und zur Zerstörung der zivilen Infrastruktur führen.“

Im nördlichen Gazastreifen führt das israelische Militär seit dem 6. Oktober 2024 eine Bodenoffensive durch [...]. Die israelischen Streitkräfte haben die Belagerung von Beit Lahiya, Beit Hanoun und Teilen von Jabalya weiter verschärft, und humanitäre Hilfe wird seit etwa 60 Tagen weitgehend verweigert, so dass zwischen 65 000 und 75 000 Menschen keinen Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, Strom oder einer zuverlässigen medizinischen Versorgung haben, während es weiterhin zu Vorfällen mit viele Verletzten und Toten kommt. [...]

Am 29. November beschrieb ein Sprecher der PCD die **Lage im nördlichen Gazastreifen** als "totale Katastrophe", bei der viele Menschen tagelang unter Trümmern gefangen sind, bis sie an ihren Verletzungen oder aufgrund des Mangels an Nahrung und Wasser sterben. Seit dem 6. Oktober wurden schätzungsweise **mehr als 2.700 Menschen im nördlichen Gazastreifen getötet, von denen die Hälfte noch nicht geborgen werden konnte, und mehr als 10.000 wurden verletzt.**

Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 3. Dezember 2024 wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza **mindestens 44.502 Palästinenser getötet und 105.454 verletzt.** [...]

Die humanitären Helfer arbeiten weiterhin unter schwierigen Bedingungen, die ihre Fähigkeit, den humanitären Bedarf zu decken, beeinträchtigen und gleichzeitig ihre persönliche Sicherheit gefährden. Am 30. November wurden drei Mitarbeiter der World Central Kitchen (WCK) bei einem israelischen Luftangriff auf ihr Fahrzeug getötet, so dass die Organisation gezwungen war, [ihre Arbeit einzustellen](#). [...] Am 27. November [meldete](#) das UNRWA, dass zwei weitere Mitarbeiter des Hilfswerks im Gazastreifen getötet worden seien, so dass sich die Gesamtzahl der Todesopfer unter den UNRWA-Mitarbeitern auf 249 erhöht habe. [...]

Ein gravierender Mangel an medizinischen Hilfsgütern und der Mangel an Nahrungsmitteln und Wasser für die Patienten behindern weiterhin die dringend benötigte medizinische Versorgung im gesamten Gazastreifen. In Verbindung mit dem steigenden Bedarf an medizinischer Versorgung aufgrund des Wintereinbruchs und des Hungers zwingen diese Bedingungen das Gesundheitspersonal dazu, Menschen in einigen Einrichtungen abzuweisen, was dazu führen könnte, dass "die Menschen an den Rand des Abgrunds gedrängt werden", [warnte Ärzte ohne Grenzen](#) (MSF) am 29. November.

Im Nasser-Krankenhaus in Khan Younis gehen die Grundvorräte wie Mull und Verbände zur Neige. Ebenfalls in Nasser konnten die Teams von [Ärzte ohne Grenzen](#) kein klinisch-bakteriologisches Labor einrichten, weil die

Kühlkette für den Betrieb des Labors ständig von israelischen Beamten am Grenzübergang geöffnet und beschädigt wurde", so Ärzte ohne Grenzen. [...]

Im gesamten Gazastreifen kommt es immer wieder zu **Angriffen auf Gesundheitseinrichtungen**.

Die **Wasserversorgung** im Gazastreifen ist nach wie vor begrenzt und von Brennstofflieferungen abhängig, seit Israel die wichtigsten Stromleitungen abgeschaltet und das Kraftwerk in Gaza im Oktober 2023 zwangsweise stillgelegt hat.

31.10.2024 - UN-Ausschuss für palästinensische Rechte: Die Entscheidung der Knesset, die UNRWA zu verbieten, ist ebenso rechtswidrig wie die Besatzung selbst: "(...) Wie vom Internationalen Gerichtshof bestätigt, hat Israel aufgrund seines Status als Besatzungsmacht in keinem Teil des besetzten palästinensischen Gebiets, einschließlich Ostjerusalem, Anspruch auf Souveränität oder souveräne Befugnisse. Daher ist die Entscheidung der Knesset, die UNRWA zu verbieten, ebenso rechtswidrig wie die Besatzung selbst, die so schnell wie möglich beendet werden muss, wie vom Gerichtshof und der Generalversammlung in Resolution ES-10/24 festgelegt. (...)

Amnesty International Australien: Würdigung der Journalisten in Palästina



<https://www.amnesty.org.au/human-rights-defender-awards-2024/#>

12. Dezember 2024 - Der anhaltende Völkermord im Gazastreifen hat einen verheerenden Tribut an Journalisten gefordert, die ihr Leben riskieren, um die Wahrheit zu berichten. Unter den 44.000 in Gaza getöteten Menschen **sind 138 Journalisten und Medienschaffende in den besetzten palästinensischen Gebieten getötet worden**, während sie ihrer wichtigen Aufgabe nachkamen, Zeugnis abzulegen, die Wahrheit zu berichten und Gräueltaten zu dokumentieren.

Die gezielte Tötung von Journalisten und Pressevertretern durch die israelischen Streitkräfte stellt ein **Kriegsverbrechen nach dem humanitären Völkerrecht** dar. Trotz dieser eindeutigen Verstöße wurden die Täter bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen und haben weiterhin ungestraft Journalisten angegriffen.

Amnesty International Australien ist stolz darauf, die außergewöhnliche Widerstandsfähigkeit, Tapferkeit und den Mut von Journalisten zu würdigen, die unter den gefährlichsten Bedingungen arbeiten, und vergibt daher zum ersten Mal den Preis für Menschenrechtsverteidiger. [...]

Libanon

Im Libanon sind nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums seit dem 8. Oktober 2023 durch israelische Angriffe ca. 4.000 Menschen getötet (davon 248 Kinder und 736 Frauen) und über 16.500 verletzt worden.

„226 medizinische Fachkräfte und Patienten wurden seit dem 8. Oktober 2024 getötet, 199 verwundet. Der WHO-Vertreter im Libanon erklärte: „Diese Zahlen zeigen wieder einmal einen äußerst beunruhigenden Trend auf. Es ist eindeutig, dass es eine Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellt, Zivilisten den Zugang zu lebenswichtiger Versorgung zu verwehren und medizinische Fachkräfte ins Visier zu nehmen“.

<https://news.un.org/fr/story/2024/11/1150811>

28.10.2024 - Journalisten im Fadenkreuz des israelischen Militärs – DLF

Vertriebene: „Neben den 900.000 Binnenvertriebenen sind seit dem 23. September mehr als 610.000 Menschen nach Syrien geflüchtet (63% Syrer und 37% Libanesen). Darüber hinaus kamen fast 40.000 Libanesen im Irak an.

<https://news.un.org/fr/story/2024/11/1150961>

Der israelische Ministerpräsident Netanyahu am 8. Oktober 2024 an die Libanesen:

„Sie haben die Möglichkeit, den Libanon zu retten, bevor er in den Abgrund eines langen Krieges stürzt, der zu Zerstörung und Leid führen wird, wie wir es in Gaza sehen. Befreit euer Land von der Hisbollah, damit dieser Krieg beendet werden kann.“

Libanon 2006 , SiG 53

"Hände weg vom Libanon! Hände weg vom Iran!"

Westjordanland

Oren Ziv, 972mag.com:
Palästinensische Dörfer

im Westjordanland wurden durch die Gewalt
israelischer Siedler von der Landkarte getilgt

4.12.2024 - Nach neuen Daten der linken israelischen Nichtregierungsorganisation Kerem Navot (<https://www.keremnavot.org/>), die die Enteignung palästinensischen Landes im Westjordanland durch Israel überwacht, wurden seit dem 7. Oktober mindestens 57 palästinensische Gemeinden durch israelische Siedlerangriffe gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Davon wurden sieben teilweise vertrieben [...] und 50 wurden ganz von der Landkarte getilgt. [...]

Kerem Navot und eine andere linke israelische NRO, Peace Now (<https://peacenow.org.il/en>), schätzen, dass seit Oktober 2023 mindestens 41 illegale Siedleraußenposten und Viehzuchtbetriebe im Westjordanland errichtet wurden. Mindestens 10 davon wurden in unmittelbarer Nähe zu palästinensischen Gemeinden errichtet, die daraufhin gezwungen waren, ihr Land zu verlassen. Darüber hinaus haben Siedler "Beobachtungsposten" eingerichtet oder israelische Flaggen in von Palästinensern verlassenen Gebieten aufgestellt, um sie an der Rückkehr zu hindern.

„Die Vertreibung von [palästinensischen] Gemeinden hat den Siedlern geholfen, Hunderttausende von Dunam Weide- und Ackerland zu erobern“, sagte Etkes - und das alles "mit Unterstützung der israelischen Armee und Polizei".

In einigen Fällen wurde dokumentiert, dass die Armee eine aktive Rolle bei der Vertreibung spielt. [...] Siedler führen gewaltsame Razzien durch, dringen in Häuser ein, stehlen Vieh und nehmen sogar Verhaftungen vor, auch von israelischen und internationalen Aktivisten, die die gefährdeten palästinensischen Gemeinschaften unterstützen wollen.

Diese Angriffe ereignen sich in der Regel im so genannten Gebiet C (1) des Westjordanlands, d. h. in den rund 60 Prozent des Gebiets, in denen das israelische Militär eine direkte zivile und sicherheitspolitische Kontrolle ausübt.

In diesen Gebieten leben neben rund 300 000 Palästinensern etwa eine halbe Million israelische Siedler, die sich alle illegal im Westjordanland aufhalten. Während sich die Siedlungen und Außenposten ungehindert auf palästinensisches Privatland ausdehnen, verbietet die israelische Zivilverwaltung - der für die Verwaltung der Besetzung zuständige Arm des Militärs - die meisten Bauvorhaben in palästinensischen Gemeinden in Gebiet C. [...]

(1) SiG-Red.: Palästina wurde gemäß den Osloer-Verträge in den Gebieten A,B und C aufgeteilt

(s. Karte in der [SiG-SN „Gaza“](#), S. 53).

Stop the wall, Report: We Will Return:

10.12.2024 - Eine Analyse der eskalierenden
Zwangsumsiedlung palästinensischer Gemeinden
im Westjordanland <https://stopthewall.org>

**Arte-Sendung: Wie eignen sich extremistische
israelische Siedler Land im Westjordanland an?**

Mit der Reportage „Mit offenen Daten – Westjordanland: die Hügel der Gewalt“ aus dem Jahr 2024 deckt Arte auf, inwieweit illegale Außenposten dazu beitragen, die Bewohner benachbarter palästinensischer Dörfer zu drangsalieren und schlussendlich zu vertreiben. Eine Strategie, die von der israelischen Regierung nicht nur gedeckt, sondern auch unterstützt wird.

**Israelische Organisationen:
Berichte über die Landaneignung und die Vertreibung:**
<https://peacenow.org.il/en/category/settlements>
<https://www.keremnavot.org/oslo-25-yers>
<https://www.keremnavot.org/theexpulsiononthemap>

**Film "No Other Land":
Beitrag von 3sat** (14 Min)
Der Palästinenser Basel Adra
und der Israeli Yuval Abraham kämpfen
gemeinsam mit ihrem Film "No Other Land"
für ein Ende der Besatzung.
Mehr in [SiG 154](#)

In Israel werden Beduinen ebenfalls vertrieben:
15.11.2024, [jW](#) : Israelische Armee zerstört Beduinendorf
im Negev; [Berichte von ICAHD](#) (April-Oktober 2024)

Bericht von »Don't Buy into Occupation«
<https://dontbuyintooccupation.org/>

822 europäische Finanzinstitute, also Banken, Versicherungen oder Investmentfonds, pflegen Geschäftsbeziehungen zu **58 europäischen Firmen**, die **»aktiv in israelische Siedlungen involviert«** sind, zitierte *Reuters* aus einem **Bericht der NGO-Koalition »Don't Buy into Occupation«** (auf deutsch etwa: Kauf dich nicht in die Besetzung ein, DBIO). 2023 sind es noch 776 Finanzinstitute gewesen. Andrew Preston von Norwegian People's Aid, einer der 25 europäischen und palästinensischen Gruppen, die an der Studie beteiligt waren: »Unserer Ansicht nach sollten die europäischen Finanzinstitute ihre Vorgehensweise gegenüber Unternehmen, die an der illegalen Besetzung beteiligt sind, dringend überdenken«. Zu den in der Studie aufgeführten Finanzinstituten gehören die **Deutsche Bank, Commerzbank, DEKA und die Allianz**. In der Liste der 58 Firmen, die direkt oder indirekt an den israelischen Siedlungen verdienen sollen, finden sich zum Beispiel der US-amerikanische Schwermaschinenhersteller **Caterpillar**, das Hotelbuchungsportal **Booking.com**, der Bierbrauer **Carlsberg** und die französische Supermarktkette **Carrefour**. Aus Deutschland sind der Studie zufolge **TUI, Siemens, MAN, Axel Springer** und das Bauunternehmen **Heidelberg Materials** vertreten.

aus: [jW](#), 28.11.2024

Israels Ziele und Strategie

Michael Lüders:

Krieg ohne Ende?

Warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen (erschienen 18.09.2024)

„Um die Wurzeln jener furchtbaren Gewalt zu verstehen, mit der die Hamas am 7. Oktober 2023 in Südisrael gewütet hat, müssen wir zurückgehen in die jüngere Vergangenheit – angefangen mit Flucht und Vertreibung der Palästinenser im Zuge der israelischen Staatsgründung 1948. Seither lässt die ungelöste Palästinafrage die Region nicht zur Ruhe kommen. Diese Einsicht aber grenzt hierzulande an ein Tabu. Deswegen darf der 7. Oktober auch keine Vorgeschichte haben. Deswegen sind Palästinenser grundsätzlich Terroristen, wenn sie Gewalt anwenden, während die israelische Seite grundsätzlich von ihrem ›legitimen Recht auf Selbstverteidigung‹ Gebrauch macht, selbst wenn dabei Zehntausende sterben. Wer den Frieden sucht, muss sich der Geschichte stellen.“



Gaza-Krieg, Plan der Generäle, UNRWA-Verbot, ethnische Säuberung oder Völkermord? 2.11.24
Input für eine Diskussion mit ausführlichen Infos zur Entwicklung im Gazastreifen, von Joachim Guilliard,

01.11.2024 - Vernichten, vertreiben, umsiedeln: Israels Endspiel im nördlichen Gazastreifen:
[...] Brutalität der jüngsten Militäroperation Israels – einer Operation, die das Mäntelchen humanitärer Erwägungen fallen lässt und den Grundstein für künftige Siedlungen legt. - [972mag.com](https://www.972mag.com) 1.11.2024 -

Michael Lüders: Wasteland - Der mörderische Alltag im Nahen Osten – Video

Bezalel Smotrich, der Finanzminister, setzt sich voll und ganz für die Verwirklichung von Eretz Israel ein, einem Großisrael, dessen Grenzen weit über die derzeit auf Karten eingezeichneten Grenzen hinausgehen werden.

„Der Libanon wird vernichtet werden“, erklärte [Yoav Kisch, der Bildungsminister](https://www.yoavkisch.ch), in einem kürzlich ausgestrahlten Fernsehinterview und bestätigte damit diese Ansicht. „Der Libanon, wie wir ihn kennen, wird nicht mehr existieren.“ [globalbridge.ch](https://www.globalbridge.ch), 5.10.2024

Weitere Artikel und Sonderhefte:

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Siedler-Kolonialismus ...

10.11.2024 – Ein Plan aus Netanjahus Büro: «Gaza 2035» als globaler Handelsplatz - Ein im Mai publizierter Plan will Gaza «von Grund auf» neu aufbauen. Die USA und arabische Staaten würden ebenfalls profitieren. [Infosperber](https://www.infosperber.ch) -
Zu solchen Plänen: s. das Paper des Misgav Instituts in [Gaza SN 2, Dez 2023](https://www.gazetoday.com), Seiten 45ff.

... und Vorposten des Westens, insb. der USA

15.10.2024 - Militärhilfen der USA im Krieg in Israel und Gaza: Details und Zahlen [Frankfurter Rundschau](https://www.frankfurter-rundschau.de)
"Die von Forschern der Brown University veröffentlichte Analyse ergab, dass die US-Militärhilfe für Israel im Jahr seit dem 7. Oktober 17,9 Milliarden US-Dollar überstieg."

Ilan Pappé Lobbying für Israel hat Grenzen

18.10.2024 - „[...] Trotz all der Macht der Lobby, trotz all der Macht der Regierung, die Israel unterstützt, trotz all der Rüstungsindustrie, die Israel unterstützt, wobei die Rüstungsindustrie in Deutschland eine sehr entscheidende Rolle spielt, die viele Deutsche in vielen Jahren bereuen werden, weil sie hier auf der falschen Seite der Geschichte standen, trotz all der Macht der Hightech-Industrie, der Sicherheitsindustrie, der Finanzindustrie, trotz all dieser Macht, scheint dieses zionistische Projekt nicht zu funktionieren.“

Ich erwarte kein totales Chaos in Israel, aber ich erwarte einen historischen Prozess, durch den ein Zerfall, ein gescheitertes Projekt, durch ein viel besseres ersetzt wird, eines, das die Palästinenser verdienen, nach 120 Jahren, in denen jedes ihrer Grundrechte verletzt und nicht respektiert wurde, nicht nur von Israel, sondern von so vielen mächtigen Menschen und Staaten und Organisationen, insbesondere in der Welt, die stolz darauf ist, eine demokratische Welt zu sein.

Ich möchte Ihnen also sagen, Sie stehen in Deutschland der Lobby gegenüber, über die ich in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten schreibe, aber auch in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten hat diese Lobby Grenzen. Diese Lobby weiß nicht, wie sie mit der Zivilgesellschaft umgehen soll. Sie weiß nicht, wie sie mit gewissenhaften Menschen umgehen soll. Sie weiß nicht, wie sie mit mutigen Menschen umgehen soll.

Seien Sie also mutig, seien Sie gewissenhaft, und denken Sie daran, dass Sie auf der richtigen Seite der Geschichte stehen, und keine Lobby der Welt wird sie Ihnen wegnehmen. [...]“

Aus „Past, Present & Future“ - Vortrag in Berlin - Übersetzung des Vortrags;

Quellenverweise in seinem Buch
"Die ethnische Säuberung Palästinas", 2019, [westendverlag](https://www.westendverlag.de)

Israel: Proteste gegen die Kriegsverbrechen

Zwei Kriegsdienstverweigerer wollen nicht in die israelische Armee eintreten:

- [Pressenza](#), 2.12.2024 "[...] Ich will, dass die nächste Generation unsere schreckliche Realität, mit den entsetzlichen Kriegsverbrechen, die wir in Gaza begehen, nur als eine Lehre aus der Geschichte kennt, die sich nie wiederholen darf. Wir müssen alles in unser Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass die Kinder der Zukunft in Sicherheit leben. [...]"

Wie eine Geisel-Angehörige zu einer der lautesten Anti-Kriegs-Stimmen in Israel wurde

6.12.2024 - Nachdem Ayala Metzgers Verwandte aus Nir Oz entführt und von der Regierung im Stich gelassen wurden, hatte sie keine andere Wahl, als eine „Regimegegnerin“ zu werden - und auf eine gemeinsame israelisch-palästinensische Zukunft zu bestehen.
[972mag.com](#), 6.Dezember 2024

“Ich möchte nicht für das Verhungern von 2,5 Millionen Menschen unterschreiben, denn ich habe zu Hause keine Nazis großgezogen und bin selbst kein Nazi.“ [Video](#) (1min)

Israelische StaatsbürgerInnen rufen zu wirksamem internationalem Druck auf:

" (...) Die Abwesenheit von wirkendem internationalem Druck, die Fortsetzung der Waffenlieferung an Israel sowie die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Abkommen verursachen, dass die meisten Israelis glauben, dass die Politik Israels internationale Unterstützung habe. Viele Politiker*innen äußern sich erschreckt und verurteilen das Vorgehen Israels, jedoch folgt diesen Wörtern kein tatsächliches Handeln. Wir haben die Nase voll von leeren Wörtern und Aussagen. (...) " - [Flyer mit dem Text](#);

<https://israelcitizensforin.live-website.com/german/>

Proteste und Solidaritätsaktionen weltweit

Waffenlieferungen stoppen!

12.11.2024 - „Ein letztes, tödliches Ausrufezeichen“ - Die Biden-Administration wird Israel weiterhin mit Waffen beliefern – auch nachdem es die von den USA gesetzte Frist für die Lieferung von Hilfsgütern in den Gazastreifen nicht eingehalten hat. - [palestinemission](#)

26.11.2024 - Bernie Sanders versucht, die US-Militärhilfe für Israel zu stoppen: [znetwork](#)

Blankoscheck für Genozid! - UN-Sonderberichtsteratterin Albanese fordert Ende der Straflosigkeit für Israel und Stopp sämtlicher Waffenlieferungen – [jungeWelt](#) 12.12.24

Waffenembargo: [Führende Politiker der Welt fordern Stopp der Waffenlieferungen an Israel](#) (Video, 8.11.2024 <https://www.dawn.com/>)

21.10.2024: Tödliche Technologie: F-35-Lieferungen an Israel in der Kritik – [Telepolis](#)

Die **Großdemonstration in Brüssel am 20.10.2024** für Waffenstillstand in Gaza und Libanon wurde von **Gewerkschaften** unterstützt - [jW 24.10.2024](#)

Humanitäre Hilfe:

Eine Liste von palästinensischen und internationalen Organisationen steht auf der [SiG-Webseite](#)

24.10.2024 – Hilfe allein reicht nicht!

150 NGOs fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Straflosigkeit zu beenden, die es ermöglicht hat, dass die Kriegsverbrechen israelischer Streitkräfte gegen Zivilist:innen inmitten der wachsenden Katastrophe in Gaza, im Westjordanland und jetzt im Libanon weitergehen und eskalieren.

<https://www.medico.de/hilfe-allein-reicht-nicht-19731>

28.10.2024 - Deutsch-Palästinensische Gesellschaft: "[Zur Sache 21-2024](#)" - Die Notwendigkeit der Rechenschaftspflicht: Israel muss aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen werden, von Saul Takahashi, Professor für Menschenrechte und Friedensstudien an der Osaka Jogakuin Universität.

28.10.2024 - Über 6.000 Schriftsteller, Verleger und Mitarbeiter im Buchwesen, darunter die Nobelpreisträger Annie Ernaux und Abdulrazak Gurnah, die Autorin Arundhati Roy, der Schriftsteller und Literaturkritiker Pankaj Mishra sowie die Wissenschaftlerin Judith Butler, [verpflichten sich](#), nicht mit kulturellen Einrichtungen in Israel zusammenzuarbeiten, die sich an der Verletzung der Rechte der Palästinenser mitschuldig machen.

Offener Brief: <https://www.palfest.org/refusing-complicity>

Einige Links zu Medien und zu palästinensischen / israelischen Organisationen

UN-Webseiten

<https://ochaopt.org/updates>
<https://palestine.un.org/en>
<https://www.unrwa.org/>

Englischsprachige Webseiten

<https://www.democracynow.org>
<https://www.972mag.com>
<https://www.stopwar.org.uk/>
<https://english.wafa.ps/>

<https://www.pngo.net>
<https://stopthewall.org/>
<https://wearenotnumbers.org/>
<https://www.breakingthesilence.org.il/>
<https://newprofile.org/en/>
<https://www.btselem.org/>
<https://icahd.org/>
<https://www.jewishvoiceforpeace.org/>
<https://www.mezan.org/en>
<https://www.womenwagepeace.org.il>

Deutschsprachige Webseiten:

<https://bip-jetzt.de/blog/>
<https://dpg-netz.de/rundbriefe/>
<https://www.palaestina-portal.eu/>
<https://palaestina-news.ch/>

Palästinensische / Israelische Gruppen

<https://www.workersinpalestine.org>
<https://palestinecampaign.org/>

Internationaler Strafgerichtshof

Situation im Staat Palästina - Haftbefehle, 21. November 2024

Die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs weist die Anfechtungen der Gerichtsbarkeit durch den Staat Israel zurück und **erlässt Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant** – [Pressemitteilung](#)

Die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs **erlässt ebenfalls Haftbefehl gegen Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri (Deif)** – [Pressemitteilung](#)

Alle Dokumente zum Staat Palästina: <https://www.icc-cpi.int/palestine>

Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant

[Pressemitteilung](#) - Heute, am 21. November 2024, hat die Vorverfahrenskammer I des Internationalen Strafgerichtshofs in ihrer Zusammensetzung für die *Situation im Staat Palästina* einstimmig zwei Entscheidungen erlassen, mit denen die Anfechtungen des Staates Israel („Israel“) gemäß den Artikeln 18 und 19 des Römischen Statuts (das „Statut“) zurückgewiesen wurden. Sie erließ außerdem Haftbefehle gegen Benjamin Netanyahu und Yoav Gallant. [...]

Die Kammer fand hinreichende Gründe für die Annahme, dass während des relevanten Zeitraums das humanitäre Völkerrecht im Zusammenhang mit dem internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und Palästina anwendbar war. Dies liegt daran, dass beide Vertragsparteien der Genfer Konventionen von 1949 sind und Israel zumindest Teile Palästinas besetzt hält. Die Kammer stellte außerdem fest, dass das Recht im Zusammenhang mit nicht-internationalen bewaffneten Konflikten auf die Kämpfe zwischen Israel und der Hamas anwendbar war. Die Kammer stellte fest, dass das beanstandete Verhalten von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant die Aktivitäten israelischer Regierungsstellen und der Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in Palästina, genauer gesagt in Gaza, betraf. Es betraf daher die Beziehung zwischen zwei Parteien eines internationalen bewaffneten Konflikts sowie die Beziehung zwischen einer Besatzungsmacht und der Bevölkerung in besetzten Gebieten. Aus diesen Gründen hielt es die Kammer im Hinblick auf Kriegsverbrechen für angebracht, die Haftbefehle gemäß dem Recht des internationalen bewaffneten Konflikts zu erlassen. Die Kammer stellte außerdem fest, dass die vorgeworfenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Teil eines weit verbreiteten und systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung in Gaza waren.

Die Kammer war der Ansicht, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass beide Personen der Zivilbevölkerung in Gaza absichtlich und wissentlich überlebenswichtige Gegenstände wie Lebensmittel, Wasser, Medikamente und medizinische Hilfsgüter sowie Treibstoff und Strom vorenthalten haben, und zwar mindestens vom 8. Oktober 2023 bis zum 20. Mai 2024. Diese Feststellung beruht auf der Rolle von Herrn Netanyahu und Herrn Gallant bei der Behinderung der humanitären Hilfe unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und ihrem Versäumnis, die Hilfe mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erleichtern. Die Kammer stellte fest, dass ihr Verhalten dazu führte, dass humanitäre Organisationen nicht mehr in der Lage waren, die notleidende Bevölkerung in Gaza mit Nahrungs-

mitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern zu versorgen. Die oben genannten Beschränkungen hatten zusammen mit der Unterbrechung der Stromversorgung und der Reduzierung der Treibstoffversorgung auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Wasser in Gaza und die Fähigkeit der Krankenhäuser, medizinische Versorgung bereitzustellen.

Die Kammer stellte außerdem fest, dass Entscheidungen, die humanitäre Hilfe in Gaza zuzulassen oder zu erhöhen, oft an Bedingungen geknüpft waren. Sie wurden nicht getroffen, um die Verpflichtungen Israels nach dem humanitären Völkerrecht zu erfüllen oder um sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung in Gaza angemessen mit benötigten Gütern versorgt wird. Tatsächlich waren sie eine Reaktion auf den Druck der internationalen Gemeinschaft oder auf Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika. In jedem Fall reichten die Erhöhungen der humanitären Hilfe nicht aus, um den Zugang der Bevölkerung zu lebensnotwendigen Gütern zu gewährleisten.

Darüber hinaus fand die Kammer hinreichende Gründe für die Annahme, dass für die Beschränkungen des Zugangs für humanitäre Hilfsmaßnahmen kein eindeutiger militärischer Bedarf oder eine andere Rechtfertigung nach dem humanitären Völkerrecht festgestellt werden konnte. Trotz Warnungen und Appellen *unter anderem* des UN-Sicherheitsrats, des UN-Generalsekretärs, von Staaten sowie von Regierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen bezüglich der humanitären Lage in Gaza wurde nur minimale humanitäre Hilfe genehmigt. In diesem Zusammenhang berücksichtigte die Kammer die anhaltende Unterversorgung und die Aussage von Herrn Netanjahu, der den Stopp der Lieferung lebenswichtiger Güter und humanitärer Hilfe mit den Kriegszielen in Verbindung brachte.

Die Kammer sah daher hinreichende Gründe für die Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Methode der Kriegsführung tragen.

Die Kammer stellte fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass der Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, Strom und Brennstoff sowie an bestimmten medizinischen Hilfsgütern Lebensbedingungen geschaffen hat, die darauf abzielten, einen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza zu vernichten, was zum Tod von Zivilisten, darunter auch Kindern, aufgrund von Unterernährung und Dehydrierung führte.

Auf der Grundlage des von der Anklagevertretung vorgelegten Materials, das den Zeitraum bis zum 20. Mai 2024 abdeckt, konnte die Kammer nicht feststellen, dass alle Elemente des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, nämlich der Ausrottung, erfüllt waren. Die Kammer stellte jedoch fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nämlich Mord, in Bezug auf diese Opfer begangen wurde.

Darüber hinaus sind die beiden Personen auch dafür verantwortlich, dass sie durch die vorsätzliche Einschränkung oder Verhinderung der Einfuhr von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten nach Gaza, insbesondere von Anästhetika und Anästhesiegeräten, großes Leid durch unmenschliche Handlungen an behandlungsbedürftigen Personen verursacht haben. Ärzte waren gezwungen, ohne Betäubungsmittel verwundete Personen zu operieren sowie Amputationen, auch bei Kindern, durchzuführen und/oder waren gezwungen, unzureichende und unsichere Mittel zur Betäubung von Patienten einzusetzen, was diesen Personen extreme Schmerzen und Leiden verursachte. Dies kommt dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und anderen unmenschlichen Handlungen gleich.

Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass das oben genannte Verhalten einen erheblichen Teil der Zivilbevölkerung in Gaza ihrer Grundrechte beraubte, einschließlich des Rechts auf Leben und Gesundheit, und dass die Bevölkerung aus politischen und/oder nationalen Gründen ins Visier genommen wurde. Sie stellte daher fest, dass das Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form von Unterdrückung begangen wurde.

Schließlich kam die Kammer zu dem Schluss, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant als zivile Vorgesetzte strafrechtlich für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung von Angriffen gegen die Zivilbevölkerung von Gaza verantwortlich sind. In diesem Zusammenhang stellte die Kammer fest, dass die von der Anklagevertretung vorgelegten Unterlagen nur Feststellungen zu zwei Vorfällen zuließen, die als vorsätzlich gegen Zivilisten gerichtete Angriffe eingestuft wurden. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Herr Netanyahu und Herr Gallant es versäumt haben, Maßnahmen zu ergreifen, um die Begehung von Straftaten zu verhindern oder zu unterbinden oder die Angelegenheit den zuständigen Behörden zu melden, obwohl ihnen diese Maßnahmen zur Verfügung standen. [...]

UN-Experten, [ohchr.org](https://www.ohchr.org)

„ICC-Haftbefehle können Leben retten, müssen respektiert und befolgt werden“

GENEVE, 26 November 2024 – UN-Menschenrechtsexperten forderten heute die vollständige Einhaltung der Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen den Hamas-Kommandeur Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri (Deif) wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

„Die Entscheidung des IStGH ist ein historischer Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht und gibt Hoffnung, dass die jahrzehntelange Straflosigkeit für seit langem andauernde schwere Verstöße gegen das Völkerrecht im Besetzten Palästinensischen Gebiet (OPT) beendet wird“, so die Experten. „Die anhaltende Straflosigkeit, insbesondere des Staates Israel, hat die zunehmende und unhaltbare Gewalt in der Region begünstigt, die sich auf das Leben und die Zukunft sowohl der Palästinenser als auch der Israelis auswirkt.“

Seit dem 7. Oktober 2023 und dem militärischen Angriff auf Gaza und den Rest der besetzten palästinensischen Gebiete haben die unabhängigen Experten Beweise für schwere Verstöße gegen das Völkerrecht erhalten und dokumentiert, die gegen die Zivilbevölkerung begangen wurden.

„Diese Verstöße, die oft internationalen Verbrechen gleichkommen, müssen sofort aufhören und dürfen nicht ungestraft bleiben“, sagten sie.

Die Experten begrüßten die Entscheidung des IStGH und erinnerten die Staaten an ihre rechtliche und moralische Verpflichtung, das Völkerrecht zu wahren und Kriegsverbrecher zu bestrafen. Sie erklärten, dass die Befugnis zur

Vollstreckung dieser Haftbefehle bei den Regierungen liege. „Die Einhaltung der Haftbefehle ist entscheidend, um die seit langem bestehende Straflosigkeit, von der die Täter profitieren, zu überwinden und schwere Verbrechen im OPT und in Israel zu beenden“, sagten sie.

Da Millionen von Menschen in der Region, insbesondere im Gazastreifen, weiterhin abscheuliche Gräueltaten erdulden müssen, ist es die Pflicht aller Staaten, ihr Engagement für Gerechtigkeit und die universelle Einhaltung des Völkerrechts ohne Vorurteile oder Doppelmoral unter Beweis zu stellen, so die Experten. „Gerechtigkeit zu schaffen ist oft das Ergebnis einer kollektiven Anstrengung. Wir ermutigen daher die nationalen Gerichte, zur wichtigen Arbeit des IStGH beizutragen und sie zu ergänzen.“

„Wir achten besonders auf das Grundrecht der Opfer und ihrer Familien auf umfassende und sinnvolle Wiedergutmachung und fordern alle relevanten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass ihre Rechte gewahrt werden“, so die Experten.

„Um die Rechte der Opfer und ihrer Familien zu gewährleisten, ist es unerlässlich, dass der IStGH seine Arbeit ohne Einmischung oder anderen unangemessenen Druck ausführen kann.“

German Foreign Policy: 22.11.2024 - Die IStGH-Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant bringen die Bundesregierung in eine heikle Lage. Erstmals könnten enge Verbündete des Westens verurteilt werden – trotz einer massiven Geheimdienstkampagne gegen den IStGH

7.11.2024 - Israels geheimer Krieg gegen den Chefankläger Karim Khan vom Strafgerichtshof - DIE RECHERCHE
<https://www.youtube.com/watch?v=uZGehmCMdjQ>)

Waffenexporte und militärische Zusammenarbeit endlich stoppen!

Shir Hever: "Deutschlands illegale Waffenexporte" – Vortrag, 6.12.2024 – Video: Deutschland liefert nach den USA die meisten Rüstungsgüter nach Israel. Gemäß internationalem Recht sind jedoch Waffenlieferungen an Staaten, die im Verdacht stehen, Kriegsverbrechen und/oder Völkermord zu begehen, illegal. In seinem Vortrag geht Shir Hever detailliert auf die verschiedenen Stadien der Waffenlieferung und auf die Gegenkräfte ein (Graswurzelorganisationen, zivile Organisationen und Universitäten sind ganz wichtig, um Druck auf die Regierungen auszuüben. Sie können sich dabei auf internationale Organisationen – wie IStGH – und Embargobeschlüsse stützen.)

Shir Hever: Deutsche Verantwortung für die Verhinderung von Völkermord - Vortrag am 20. November 2024 in Hamburg - [gekürzte Fassung des Vortragstextes](#) . „Die Bundeswehr mietet von Israel [Heron-TP-Drohnen](#), riesige Drohnen, die eine Tonne Munition tragen können. Die Drohnen der deutschen Luftwaffe sind in Israel stationiert. Als Israel mit der wahllosen Bombardierung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen begann, zogen die Bundeswehrsoldaten ab, und Pistorius kündigte an, dass die deutschen Drohnen der israelischen Luftwaffe zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, dass **Drohnen mit dem schwarzen Kreuz der Luftwaffe tonnenweise Bomben** auf Zivilisten in Gaza **abgeworfen** haben. Dies ist ein [Kriegsverbrechen](#).“ „Eine kürzlich in Deutschland durchgeführte Umfrage zeigt, dass nur 31 % der Deutschen der [Meinung](#) sind, dass Deutschland Waffen an Israel liefern sollte, aber das scheint die deutsche Regierung nicht zu interessieren.“

24.10.2024 - Deutschland weitet Rüstungsexporte an Israel deutlich aus: Allein seit August wurden nach Angaben des Auswärtigen Amtes Ausfuhren von Rüstungsgütern im Wert von 94 Millionen Euro erlaubt. [DLF](#)

**STOP ARMING
ISRAEL أوقفوا
تسليح إسرائيل
KEINE WAFFEN
FÜR ISRAEL**

Petition: <https://gerechter-frieden.org/petition/>

Die Datenbank für militärische und israelische Sicherheitsexporte

Auszüge aus <https://dimse.info/germany/>
(von Christel Wöhler zusammengestellt)

2022: Der Verteidigungsausschuss des Bundestages genehmigt den Kauf von 140 bewaffneten **Heron TP-Drohnen**. Das Verteidigungsministerium plant, 60 davon für die Ausbildung und die anderen 80 für den "operativen Einsatz" zu verwenden, so das vom Ausschuss angenommene Projekt.

Juni 2022: **Elbit Systems** unterzeichnet eine Absichtserklärung mit dem deutschen Unternehmen **Krauss-Maffei Wegmann (KMW)**.

September 2023: **IAI** (Israel Aerospace Industries Ltd.), [Israels](#) größter Luft- und Raumfahrtkonzern, und das deutsche Unternehmen **Atlas Elektronik** präsentieren Blue Whale bei der von der portugiesischen Marine und der NATO organisierten und ausgerichteten Militärübung REPMUS. Blue Whale ist ein unbemanntes U-Boot, das Informationen von Land und See sammelt und sie über Satellitenkommunikationsantennen an die Kommandopositionen übermittelt.

November 2023: Israel bittet den deutschen Waffenhersteller **Rheinmetall** um 10.000 120-Millimeter-Präzisionsgeschosse (Panzergranaten), um die in Gaza verwendete Munition aufzufüllen. Es ist unklar, ob die Anfrage seitdem erfüllt wurde.

November 2023: Das deutsche und das israelische Verteidigungsministerium unterzeichnen den bisher größten israelischen **Verteidigungsvertrag im Wert von 3,6 Milliarden Euro**, in dem das Raketenabwehrsystem Arrow 3 an Deutschland verkauft wird. Das System soll bis Ende 2025 geliefert werden.

2023: Die deutschen **Rüstungsexporte nach Israel** belaufen sich im Jahr 2023 auf insgesamt 326,5 Mio. € (das Zehnfache der Exporte von 2022). Der Großteil der Exporte (185 von 218 Einzelexporten) wird nach den Anschlägen vom 7. Oktober genehmigt, wobei das Wirtschaftsministerium im November ankündigte, dass Anträge für Exporte nach Israel vorrangig bearbeitet würden.

15. Mai 2024: Die deutsche **Heron-Drohne**, die in Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Verteidigungsministerium und IAI auf der Grundlage des 2018 unterzeichneten Abkommens hergestellt wird, fliegt erstmals in Deutschland.

Juli 2024: Der Befehlshaber der deutschen Flotte und Vizechef der deutschen Marine, Vizeadmiral Jan Christian Kaack, besucht Israel und trifft den israelischen Marinekommandanten David Saar Salama. Die beiden diskutieren über künftige **Marinetechnologie**, darunter auch über U-Boote.

September 2024: **Elbit Systems** und der deutsche Waffenhersteller **Diehl Defense** geben die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung bekannt, die die Lieferung von Raketenartilleriemunition für die ebenfalls von Elbit hergestellten PULS- und EuroPULS-Raketenwerfer vorsieht..

September 2024: Wie der Spiegel berichtet, wird Deutschland **drei neue Regierungsjets mit Raketenabwehrsystemen von Elbit Systems und Diehl Defense** ausstatten.

Wachsende Kritik an der „deutschen Staatsraison“

Der Bundestag hat am 7. November 2024 den [Antrag](#) "Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken" angenommen.

Bericht und abgelehnte Änderungsanträge: [bundestag.de](#)
Kritische Stimmen zu diesem Antrag: Herta Däubler-

Gmelin, 4.11.2024: Wichtiges Thema, falscher Weg;

Bundestag instrumentalisiert Antisemitismus-Resolution für repressive Maßnahmen gegen Kritiker der Politik Israels.

Der Schritt sichert faktisch das geostrategisch motivierte Bündnis mit Israel ab, [German Foreign Policy, 4.11.2024](#)

16.11.2024 - Bedingungslose Solidarität mit Israel?

Die wachsende Kritik an der deutschen Staatsraison –
Feature auf [WDR 5 von Manuel Gogos](#)



(Gaza, UNICEF, Februar 2024)

Das [Palestinian NGO Network \(PNGO\)](#) verurteilt die [Äußerungen der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock](#), in denen sie den Angriff der israelischen Besatzungstruppen auf palästinensische Zivilist*innen rechtfertigte. [Übersetzung](#)

(Annalena Baerbocks Worte am 10. Oktober 2024:

„Wenn Hamas-Terroristen sich hinter Menschen, hinter Schulen verschanzen, dann kommen wir in ganz schwierige Bereiche. Aber wir ducken uns davor nicht weg. ... Dann können auch zivile Orte ihren Schutzstatus verlieren; weil Terroristen diesen missbrauchen. Dazu steht Deutschland, das bedeutet für uns Sicherheit Israels.“)

19.11.2024 - Das laute Schweigen - Jules El-Khatib, ein deutsch-palästinensischer Sozialwissenschaftler über die Erfahrungen der palästinensischen Community in Deutschland während des Gaza- und Libanon-Krieges. Video, [Weltnetz](#)

29.11.2024 - Bundespressekonferenz zum Thema "Die Haftbefehle des Internationalen Gerichtshofs und Deutschlands Rolle", mit **Prof. Christine Binzel** (Professorin Wirtschaft und Gesellschaft des Nahen Ostens, Universität Erlangen-Nürnberg), **Prof. Michael Barenboim** (Professor an der Barenboim-Said Akademie), **Prof. Hanna Kienzler** (Professor of Global Health, King's College London), **Wolfgang Kaleck** (European Center for Constitutional and Human Rights ECCHR)
Christine Binzel forderte ein „vollständiges Waffenembargo“; nach Michael Barenboim sollte Deutschland „mit der Unterstützung von Israel auf politischer und militärischer Ebene umgehend aufhören“; Deutschland müsste sich, meinte Hanna Kienzler, als „Mittäter“ in Form von Reparationszahlungen am Wiederaufbau von Gaza beteiligen; Wolfgang Kaleck stellte fest: „Deutschland wird, was Völkerrecht angeht, nicht mehr ernstgenommen“ – eine lehrreiche Konferenz: - [Video](#) (55 Min., Phoenix); [Video](#) (1h15, gesamte Konferenz - von Jung & Naiv)

BIP-Aktuell #329: Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 19.7.2024 und seine Konsequenzen für Deutschland und deutsche Firmen

[...] Relevant ist das Gutachten insbesondere für das **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)**. Dieses Gesetz regelt (u.a.) die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten. [...] Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten dürfen in ihren Beziehungen zu Israel aufgrund des LkSG diese Menschenrechtsverletzungen nicht ignorieren. [...] Gestützt auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz haben **fünf palästinensische Beschwerdeführer sowie die palästinensischen Dörfer Iskaka, Tabyeh und Marda eine Beschwerde beim BAFA gegen die deutsche Mediengruppe Axel Springer S.E. eingereicht**. Sie machen geltend, dass Springer erheblichen Einfluss auf Yad2, eine Plattform für Immobilienanzeigen, die Immobilientransaktionen im völkerrechtswidrig besetzten Westjordanland und

Ost-Jerusalem ermöglicht, ausübe. Axel Springer wird vorgeworfen, seine Sorgfaltspflichten nach dem Lieferkettengesetz nicht beachtet zu haben.

In ihrem vierten [Jahresbericht](#) belegt DBIO (*Don't Buy Into Occupation*), dass zwischen Januar 2021 und August 2024 822 europäische Finanzinstitute finanzielle Beziehungen zu 58 Unternehmen unterhielten, die aktiv an illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten beteiligt sind. In dem Bericht werden auch einige deutsche Banken aufgeführt, beispielsweise die Deutsche Bank und die Commerzbank. Dem LkSG unterfallen auch Unternehmen der Kredit- und Finanzwirtschaft. Der DBIO-Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen dazu, wie Finanzinstitute und andere Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden können. [...]

Grundrecht auf Asyl

Pro Asyl: Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht durch »Sicherheitspaket«

4.11.2024 - Die im Rahmen des sogenannten Sicherheitspakets verabschiedeten Neuerungen sind am 31. Oktober 2024 in Kraft getreten. Die Änderungen sind im "Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems" enthalten, welches in der vergangenen Woche im Bundesgesetzblatt erschienen ist (BGBl. I Nr. 332 vom 30.10.2024). Das Gesetz trat am 31. Oktober 2024 in Kraft. Sie betreffen das Asyl- und Aufenthaltsrecht sowie das Asylbewerberleistungsgesetz. Für die Abstimmung im Bundesrat war zuvor das sogenannte »Sicherheitspaket« in zwei Gesetze aufgespalten worden. Ein Teil unter der Überschrift »Terrorismusbekämpfung« war im Bundesrat zustimmungsbedürftig und wurde dort abgelehnt. Medienberichten zufolge schei-

terte dieser Teil des Gesetzes vor allem am Einspruch der CDU/CSU-(mit-)regierten Bundesländer, die die vorgesehene Maßnahmen als "verwässert" ablehnten.

Das "Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems" passierte hingegen den Bundesrat. Es sieht verschiedene Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vor, die wir hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit vorstellen: (...) <https://www.asyl.net/view/aenderungen-im-asyl-und-aufenthaltsrecht-durch-sicherheitspaket>

Asyl- und Sicherheitspaket: Paritätischer kritisiert Verschärfungen und warnt vor Not und Obdachlosigkeit - [Stellungnahme](#), 17.10.2024

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein kritisiert geschichtsvergessene und asylfeindliche Beschlüsse der Ministerpräsident*innenkonferenz von Leipzig

27.10.2024 - Im Nahen Osten bersten die Häuser und brennen die Menschen, im Sudan gehören Massenvergewaltigungen und millionenfacher Hunger zum Kriegshandwerk, die Türkei, Ägypten und Libyen sind wegen bestialischer Folterpraktiken berüchtigt - und überall werden regelmäßig gute Fluchtgründe geschaffen.

In Leipzig allerdings feiern sich die Ministerpräsident*innen der Bundesländer dafür, dass die Abriegelungen europäischer und nationaler Grenzen gegen den Überlebenswillen von Schutzsuchenden erfolgreich in Stellung gebracht worden sind.

Der migrationspolitische [Beschlusskatalog der MPK vom 23. bis 25.10.2024](#) ist ein geschichtsvergessenes morbides, von regelmäßiger Missgunst gegen Menschen des globalen Südens, fehlendem Rechtsbewusstsein und grundsätzlicher Asylfeindlichkeit gekennzeichnetes Instrumentarium kritisiert der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Dem Geist, der einst unter dem Eindruck des Dritten Reiches und seiner Folgen in Europa zum nationalen Schutzversprechen des Asylgrundrechts und zum europäischen und internationalen Flüchtlingsschutz führte, glauben die Ministerpräsident*innen offenbar mit Stumpf und Stiel exorzieren zu müssen.

Die von ihnen als alternativlos behaupteten „Rituale“ dabei sind übergriffige vorgelagerte Grenzkontrollen im Staatsgebiet der Nachbarn Deutschlands, die Entsorgung der alleinigen Dublinverantwortung in die EU-Frontstaaten, Erpressung der Abschiebungskollaboration von Airlines und der Herkunftsländer mittels Entwicklungshilfe- und Visa-Hebel, Bundesabschiebungslager, Exterritorialisierung von Asylverfahren, Streichung des Familiennachzugs für Kriegsoffer, Migrations(verhinderungs)abkommen mit Autokraten, Abschiebungen in Pariastaaten und Folterregime wie Afghanistan, Syrien und die Türkei und die syste-

matische soziale Prekarisierung mittels Bezahlkarte und Leistungskürzungen für diejenigen, die anders nicht loszuwerden sind. Mit Letzterem sollen künftig auch Ukraine-Flüchtlinge rechnen.

Kaum kaschieren die Länderchef*innen, dass sie dies Sammelsurium - vielfach grund- und EU-rechtswidriger - Restriktionen als wirksames Heilmittel gegen an den Urnen nach rechts abtrünnige Wähler*innen betrachten. Doch schon die jüngere Geschichte lehrt, dass eine stetig sich gegen Minderheiten rechtsdrehende Repressionsspirale bestenfalls Überfremdungsängste in der Mehrheitsgesellschaft reproduziert und potenziert, und die so dringend benötigten Fachkräfte es sich angesichts einer solchen hierzulande beförderten Stimmung lieber anders überlegen, wird dabei tatkräftig ignoriert. -

[frs.de](https://www.frs.de)

Gemeinsamer [Aufruf](#) des Bündnisses

<https://www.zusammen-fuer-demokratie.de/>

"Statt drängende Zukunftsfragen wie die Bildungskrise, die Wohnungsnot, den Fachkräftemangel und die notwendige Transformation zu einer klimaneutralen, sozialen Wirtschaft endlich nachhaltig zu beantworten, liegt der Fokus vor allem auf dem Thema Asyl. (...) "

Weitere Stimmen zur Asylpolitik in Deutschland und in der EU:

- <https://www.medico.de/migration>

GEW und medico: Heft „Warum Menschen fliehen“

- <https://www.proasyl.de/>,

<https://www.proasyl.de/thema/asylrechtsverschaeerfung/>

Inside Moria : Europas Verrat an Moral und Menschlichkeit, ein Buch von

Katrin Glatz Brubakk und Guro Kulset Merakeras

Moria war das größte Flüchtlingslager, das in Europa auf der griechischen Insel Lesbos jemals existiert hat. Die fünf Buchstaben stehen auch als Symbol für den Umgang des Kontinents mit der sogenannten Flüchtlingskrise. Die Kinderpsychologin Katrin Glatz Brubakk war für verschiedene Organisationen auf der Insel im Einsatz. Sie beschreibt chronologisch die fürchterlichen Situationen seit dem August 2015 bis zum November 2022, bis das Flüchtlingslager Moria geschlossen wurde. <https://westendverlag.de/Inside-Moria/2074>, erschienen am 17.3.2024

Gutes Leben für alle statt Überfluss für einige

Oxfam: Bericht zur sozialen Ungleichheit 2024

15.1.2024 - **Ergebnisse des Berichts:**

- Die fünf reichsten Männer der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.
 - Alle Milliardär*innen zusammen sind heute um 3,3 Billionen US-Dollar (34 Prozent) reicher als 2020. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal so schnell wie die Inflationsrate.
 - Fast fünf (4,77) Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent der Menschheit, haben seit 2020 zusammen 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren. [...]
- Unser Bericht macht deutlich, wie Superreiche und Konzerne von Inflation, Kriegen und Pandemie profitieren, während die meisten Menschen unter den Folgen leiden. Wir fordern deshalb eine Besteuerung großer Vermögen, um in den Klimaschutz, den Ausbau von Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherung zu investieren. [...]

Oxfam: Hohe Vermögen in Europa gerecht besteuern - Für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz in Deutschland, Europa, weltweit

[...] Diese zunehmende soziale Ungleichheit stellt Gesellschaften vor immer größere Zerreißproben. Sie untergräbt die Demokratie, verstärkt geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierungen – und trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zu einer Katastrophe ausweitet: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung ist für genauso viele CO2-Emissionen verantwortlich wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen. Und während sich hohe Einkommen und Vermögen zunehmend in wenigen privaten Händen konzentrieren, kürzen

viele Regierungen die Gelder für öffentliche soziale Grunddienste. (...) https://www.oxfam.de/system/files/documents/bericht_hohe_vermoegen_in_europa_gerecht_besteuern_deutsch.pdf

Jahrbuch 2024 des Netzwerks Steuergerechtigkeit
<https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de>

Das geht gar nicht !



Mittlere und kleine Einkommen **bezahlen für Privilegien der Reichen.**

Der Verzicht auf Vermögenssteuer kostet den deutschen Staat im Jahr etwa **30 Milliarden.**

Die Superreichen vererben Familienunternehmen fast steuerfrei

Quellen: Netzwerk Steuergerechtigkeit und Oxfam

Das muss sein!

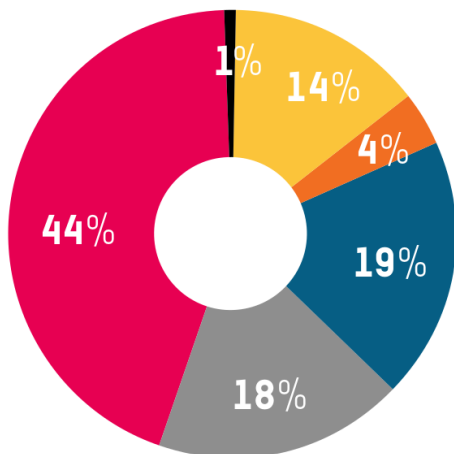
Als Beitrag zum Allgemeinwohl: Her mit den Milliarden der Milliardäre!

- Vermögenssteuer und progressive Einkommenssteuer für Superreiche
- Keine Steuer-Privilegien für Firmen-Erben

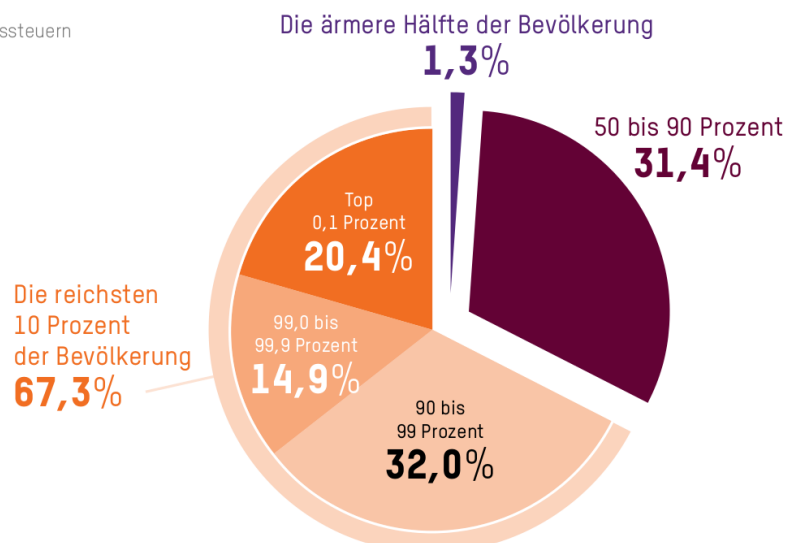
<https://www.attac-netzwerk.de/soziale-frage/download>

Graphik von Oxfam:

Graphik 1: Verteilung der weltweiten Steuereinnahmen nach Steuerarten



Graphik 2: Vermögensverteilung in Deutschland



Quelle: Oxfam-Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten, unter Berücksichtigung von 35 OECD-Ländern und 45 Nicht-OECD-Ländern.¹⁰

Quelle: Zahlen und Originalgrafik aus Stefan Bach (2021).¹¹

Erhard Crome: Trumps Personal

[...] Finanzminister soll der Hedgefonds-Manager und Milliardär Scott Bessent werden. Er soll die protektionistische Politik des „America First“ umsetzen [...] Handelsminister soll der Milliardär Howard Lutnick werden. [...] Eine spezifische Rolle spielt Elon Musk, der als der reichste Mann der Welt gilt. Er hat Trumps Wahlkampf offen unterstützt und dafür etwa 130 Millionen Dollar ausgegeben. [...] Er wurde gemeinsam mit dem Unternehmer Vivek Ramaswamy, beauftragt, ein *Department of Government Efficiency*, ein Amt für Regierungseffizienz, zu schaffen. Das soll die Zahl der Staatsbediensteten drastisch reduzieren. Ramaswamy sagte, es sei schwierig, einzelne Staatsbedienstete zu entlassen. Wenn man jedoch anordnet, alle Staatsdiener mit einer ungeraden Sozialversicherungsnummer zu entlassen,

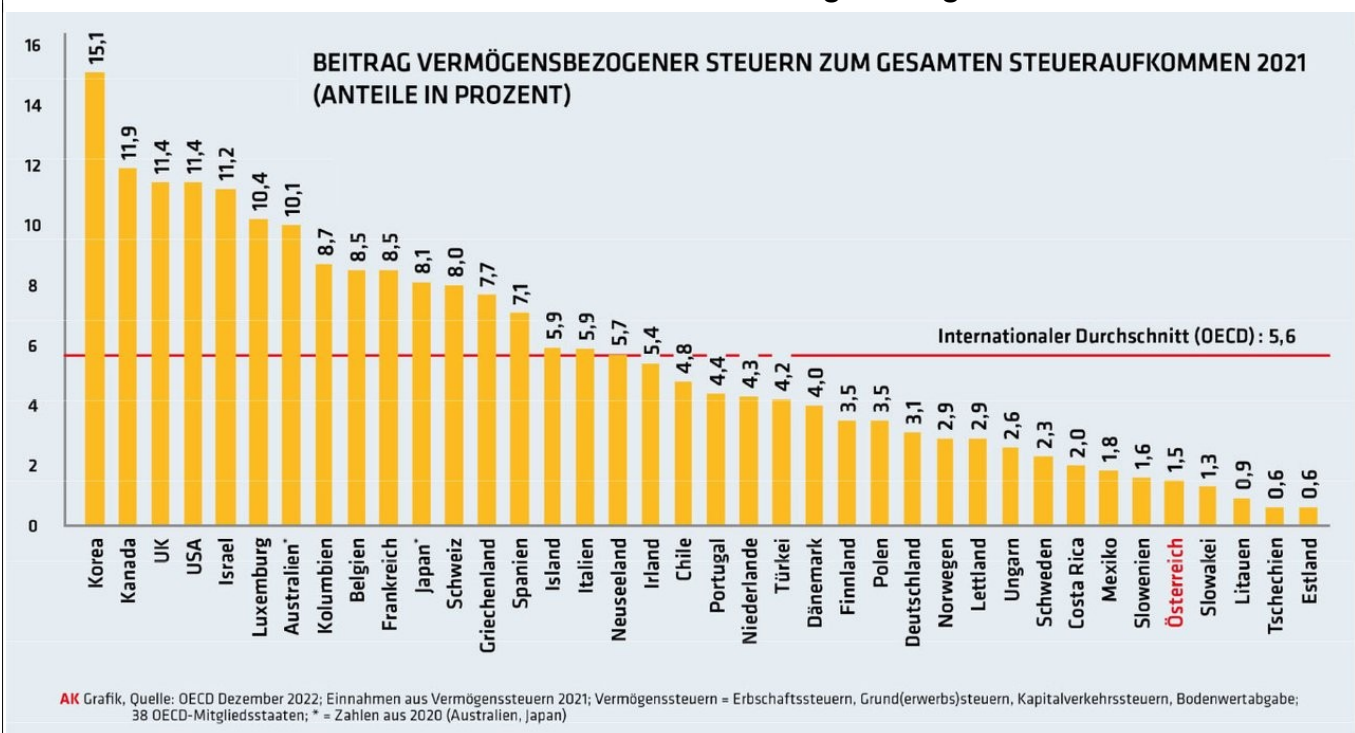
könne niemand auf Diskriminierung klagen, und zugleich sei der Staatsapparat nur noch halb so groß. Was hier als Entlastung des Staatshaushalts daherkommt, ist praktisch eine weitere Reduzierung der staatlichen Kontrolle und eine neue Stufe der Privatisierung. Die dies durchsetzen sollen, sind allesamt Multimillionäre und Milliardäre. In diesem Sinne bedeutet die Trump-Regentschaft nicht nur symbolisch, sondern auch praktisch die Feudalisierung des Spätkapitalismus: die Oligarchen lassen nicht mehr die sogenannte Politische Klasse für sich regieren. Sie regieren selbst. [...]

- [das Blättchen](#), 2.12.2024

S. auch : Erhard Crome: [Familienbande](#), 16.12.2024

Tech-Milliardäre verfolgen im US-Wahlkampf ihre eigenen Ziele, [Infosperber](#) 29.10.2024

Attac Österreich: Die Reichsten werden so gut wie gar nicht besteuert



<https://www.attac.at/kampagnen/die-reichsten-gefaehrden-unsere-demokratie>

Die reichsten 5 Prozent in Österreich besitzen 53,5 Prozent des Vermögens. In anderen Euro-Staaten sind es im Durchschnitt 43 Prozent. Das reichste Prozent aller Haushalte in Österreich besitzt rund 40 Prozent des Gesamtvermögens. **Die ärmere Hälfte** besitzt hingegen kein nennenswertes Vermögen – lediglich etwa 3,5 Prozent des Gesamtvermögens.

Werner Rügemer:

EU: Ausweg aus dem gefährlichen Vasallen-Status:

Im Zangengriff des kapitalistisch-militärisch-medialen US-Imperiums wird die EU volkswirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell verarmt, degradiert, mit Kriegshaushalten überzogen und als Stellvertreter in die tödliche US-Geopolitik einbezogen, auch in einen möglichen 3. Weltkrieg.

Das hat eine Vor-Geschichte. Und der Ausweg? -

[Text von Werner Rügemer](#), Oktober 2024

Stephan Krull: Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze! - [Express 12/24](#)

Noam Chomsky:

Wir gratulieren zu seinem 90.Geburtstag!



[Video: Die Medien als Propagandamaschine zur Inszenierung von Demokratie](#), 15.8.2023

Zeitenwende: Die Gewerkschaften sind gefordert, weil die Beschäftigten betroffen sind

Aus: Zeitung gegen den Krieg Nr. 57, Seite 4, Herbst 2024

Selten zuvor in der Nachkriegsgeschichte standen abhängig Beschäftigte so unter Druck wie in der gegenwärtigen Zeitenwende. Und selten zuvor waren sich die Gewerkschaften so unklar über die Notwendigkeit zur Gegenwehr. Kämpfe um Mitbestimmung, Streiks für die Lohnfortzahlung, die Lehrlingsbewegung, der Kampf um die 35-Stunden-Woche, die Auseinandersetzung um den Strukturwandel im Ruhrgebiet, der Krefelder Appell, Sonderzüge zum Anti-Kohl-Protest und der Aufruf gegen den Irakkrieg – immer ging es um existenzielle Fragen, und immer haben die Gewerkschaften ihre Mobilisierungsstärke unter Beweis gestellt.

Jetzt aber erleben wir eine gewerkschaftspolitische Windstille, die angesichts weitreichender Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten zu einer Katastrophe führen könnte. So zeigte sich bereits in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges, dass Sanktionen und Gegensanktionen die Inflationsentwicklung derart befeuerten, dass der Kaufkraftverlust tarifpolitisch nur schwer auszugleichen war – während der Anstieg der Löhne 2022 unverändert blieb, hatte sich der Anstieg der Preise vervielfacht.

Nein zur Aufrüstung!

100 Mrd. Euro
für Soziales
statt für
Waffen



Flankiert werden die Tarifrunden von manifesten Angriffen auf den Sozialstaat. In internen Gesprächen soll Christian Lindner bereits die notwendigen „Brutalitäten in den Sozialsystemen“ eingefordert haben. Und die öffentlich geführte Diskussion über Bürgergeld, Kindergrundsicherung und Rente zeigt: Unter dem Aufrüstungskurs der Ampel vereinigen sich die finanziellen Spielräume für den Kampf gegen Kinderarmut, den Ausbau der Infrastruktur oder den nachhaltigen Umbau von Industrie und Gesellschaft.

Wie enthemmt dieser Diskurs geführt wird, zeigte sich, als die Medien bereitwillig das Goebbels-Zitat „Kanonen statt Butter“ aufgriffen und somit der Debatte Raum gaben, dass nun die Militärausgaben die Maßstäbe setzen müssten. Gleichzeitig geraten die Beteiligungsrechte der Gewerkschaften zunehmend unter Druck. Etabliert sich der Begriff der Kriegswirtschaft als politische Kategorie, bedeutet das die Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die außenpolitische Strategie der Bundesregierung.

Dass dies auch zu einer Unterdrückung von Tarifverhandlungen und Streikrecht führen kann, zeigte nicht zuletzt ein Kommentar von Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Er argumentierte während des Streiks bei der Bahn, das der Arbeitskampf vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges nicht zum Sicherheitsrisiko werden dürfe.

Die Gewerkschaften müssen sich angesichts dieser Entwicklung stärker zu Wort melden. Der Erhalt der Mitbestimmung, die Gestaltung der betrieblichen Transformation, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – all das erfordert Entspannungspolitik. Zeiten, in denen Aufrüstung und Krieg Konjunktur haben, schränken dagegen die Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso wie die Arbeitskampfbedingungen für die Beschäftigten weitgehend ein.

Ulrike Eifler ist aktiv in der Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder«, Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft in der Partei Die Linke und arbeitet als Gewerkschaftssekretärin in Würzburg.

Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

Am 18. September 2024 fand im Buchladen Neuer Weg in Würzburg ein **Vortragsabend mit den Referenten Ulrike Eifler und Reinhard Frankl** zum Thema „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg - Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung“ statt. Die Vorträge wurden von Krisz Weber vollständig [aufgezeichnet](#).

»Die ›Zeitenwende‹ ist ein Angriff auf den Sozialstaat«

Ein Gespräch mit Ulrike Eifler

Die Friedens-Bewegung will in den Bundestagswahlkampf eingreifen, heißt es in einer Mitteilung der Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder«. Wie denn?

Wir wollen die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen zum Gegenstand der Auseinandersetzung machen und alle Parteien dazu zwingen, sich klar dagegen zu bekennen. Denn die Frage von Krieg und Frieden entscheidet sich daran, ob sie in Deutschland stationiert werden. Aus meiner Sicht als Gewerkschafterin ist die »Zeitenwende« ein Angriff auf den Sozialstaat, die Grundrechte, die Daseinsvorsorge. Mit dem Kriegskurs wird der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sein. Alle Versprechen werden nicht mehr umsetzbar sein. Der Klimakollaps wird so beschleunigt. Was die Bundesregierung und die meisten Parteien im Wahlkampf aufbieten, ist ein Angriff gegen die Zivilbevölkerung. Wir müssen dagegenhalten. (...)

Angesichts des Kriegskurses der Bundesregierung gibt es eine große Verunsicherung und Kriegsangst. Wir wollen darauf hinwirken, dass wir das nicht widerstandslos hinnehmen müssen. Wir haben noch bis 2026 Zeit, die Stationierung zu stoppen. Daran arbeiten wir.

Wie verläuft die Debatte zu Krieg und Frieden in Gewerkschaften?

Die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften ist widersprüchlich wie in der Gesellschaft. Wir Gewerkschaften müssen daran arbeiten, die Zukunft von Arbeitsplätzen der Stahlindustrie zu sichern, zugleich aber für Konversion sorgen, dass dort statt Rüstung andere Produkte hergestellt werden.

30.11.2024, [jungeWelt](#)

Ralf Krämer Militär oder Sozialstaat

Aus: Zeitung gegen den Krieg Nr. 57, Herbst 2024, Seite 5

Für die nächsten Jahre reichen die bisherigen und geplanten staatlichen Ausgaben bei weitem nicht aus, um den aufgestauten Investitionsbedarf sowie weitere Betriebsausgaben für die Erhaltung der Infrastruktur, des Sozialstaats und eine sozial-ökologische Transformation zu finanzieren.

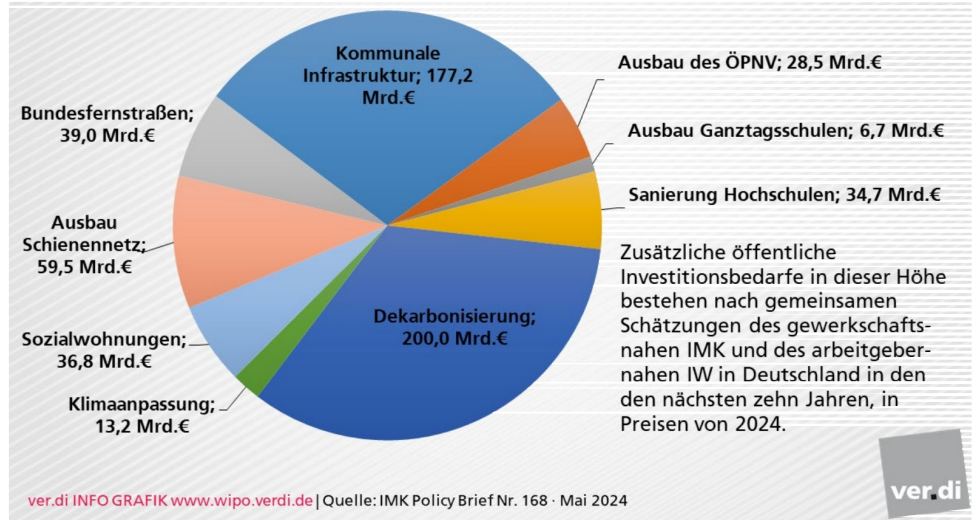
Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und das arbeitgebernahe Institut für Wirtschaft (IW) nennen gemeinsam einen **Investitionsbedarf von 600 Mrd. Euro in den nächsten 10 Jahren, d.h. 60 Mrd. Euro im Jahr.**

Darin sind die notwendigen zusätzlichen Personal- und anderen Betriebskosten noch nicht enthalten, ebenso wenig wie weitere Subventionierungen der Industrie (Strompreise, Umbau auf Wasserstoff usw.).

Ab 2028 müssen zudem die Corona-Schulden und ab 2031 die Kredite des Bundeswehrfonds (100 Mrd. „Sondervermögen“) und des Wirtschaftsstabilisierungsfonds getilgt werden. Dieses Geld muss aus dem Bundeshaushalt aufgebracht werden und verringert die Spielräume für andere Ausgaben.

Dieses ist vor dem Hintergrund eines breiten Konsens in Regierung und Union für Aufrüstung und Ausgaben für die Ukraine zu sehen, trotz des vorhandenen Streits um Schuldenbremse, Sozialpolitik und Steuerpolitik. Die AfD zieht

Öffentliche Investitionsbedarfe von 600 Mrd. Euro



Antikriegskräfte an, ist aber pro Aufrüstung, Militarisierung und Sozialabbau.

Gewerkschaften blenden Militärausgaben völlig aus. Die IG Metall ist sogar teilweise für Aufrüstung, wobei gewerkschaftliche Beschlusslagen ignoriert werden. Sozial- und Umweltverbände blenden die Militärausgaben ebenfalls aus.

Friedenskräfte müssen den Gegensatz „Militär oder Sozialstaat“ sowohl innerhalb ihrer eigenen organisierten Strukturen wie auch bei ihren Aktivitäten in der Öffentlichkeit stärker zum Thema machen.

Ralf Krämer arbeitet beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di im Bereich Wirtschaftspolitik
Infos: <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de>

Marianne Arens

Bundeshaushalt 2025: Ein vom Kapital diktiert Kriegshaushalt

19.07.2024 - [...] Tatsächlich ist es ein vom Kapital diktiert Kriegshaushalt, den die Arbeiterklasse bezahlen wird. Er ist die Antwort der herrschenden Klasse auf die tiefe kapitalistische Krise und die Eskalation des Krieges, sowohl in der Ukraine gegen Russland als auch im Nahen Osten. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass für Bundeswehr und Aufrüstung über 53 Milliarden und für die innere Sicherheit weitere Milliarden vorgesehen sind, während – wie Lindner prahlt – die Schuldenbremse eingehalten wird. Gleichzeitig wird der um knapp acht Milliarden verminderte Haushalt das Bürgergeld kürzen und die versprochene Kindergrundsicherung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben, während das Kindergeld gerade mal um 5 Euro (!) angehoben wird. Der **Verteidigungsetat** steigt in diesem Jahr um 1,25 Milliarden Euro auf 53,25 Milliarden Euro. Tatsächlich wendet die Regierung für Aufrüstung und Krieg aber weit mehr auf. So heißt es in einer Übersicht der Regierung zum Haushalt, dass „unter Einbezug der relevanten Anteile anderer Einzelpläne“ die Nato-Zielgröße von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht wird. Bei einem BIP von

4,122 Billionen Euro sind dies mindestens 82,4 Milliarden Euro.

[...] Weitere Projekte über 20 Milliarden Euro werden aus dem Bundeswehr-Sonderfonds gespeist. Hinzu kommt die Militärhilfe für die Ukraine, die aktuell mit 4 Milliarden Euro im Haushalt für 2025 veranschlagt wird. In diesem Jahr plant die Regierung, Kiew mit 7,48 Milliarden Euro zu unterstützen.

[...] Die Ampel-Koalition präsentiert für das kommende Jahr „einen Spar- und Kriegshaushalt, der die arbeiterfeindliche und militaristische Agenda der Regierung weiter verschärft“. Gleichzeitig verrät der neue Bundeshaushalt die Handschrift von Lobbyisten aus den Topetagen der deutschen Banken und Konzerne. Dies zeigt sich nicht nur in den Sparmaßnahmen über rund 8 Milliarden Euro, um die Schuldenbremse einzuhalten, oder in der konsequenten Weigerung, [milliardenschwere Superreiche](#) und Topkapitalisten stärker zu besteuern. Auch ihre „Lösung“ für die Rentenkrise trägt die Handschrift des Finanzkapitals. [...] <https://www.wsws.org/de/articles/2024/07/18/ifoh-j18.html>

Jürgen Wagner - IMI-Analyse 2024/06

Rüstung durch Sozialabbau

Seit vielen Jahren singen rüstungs- und militärnahe Akteure vom selben Blatt: Eine chronische Unterfinanzierung habe zu einer völlig abgewirtschafteten Bundeswehr geführt, so die vermeintliche Binsenweisheit. Nützlich ist diese äußerst fragwürdige Behauptung vor allem deshalb, weil hierüber schon lange steigende Militärausgaben begründet werden. Auch im Bundeshaushalt 2024 mussten fast alle Etats schmerzhaft Kürzungen hinnehmen, während der Militärhaushalt erneut Zuwächse verzeichnen konnte. Mit dieser Aufrüstung geht ein gigantisches Umverteilungsprojekt einher, wie der emeritierte Politikprofessor **Christoph Butterwege** kritisiert: „Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexplosion und Inflation stark belastet wurde.“

Und tatsächlich steht zu befürchten, dass bislang lediglich die Spitze des Eisbergs sichtbar wurde und das richtig dicke Ende erst noch bevorsteht. Mit einigem Stolz verkündete die Bundesregierung, in diesem Jahr würden erstmals Militärausgaben oberhalb von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht, was allerdings nur durch die Entnahme hoher Beträge aus dem „Sondervermögen“ der Bundeswehr gelingt. Gleichzeitig haben die Ampel-Parteien wie auch die Union erklärt, die Ausgaben auch nach dem Ende des Sondervermögens (vermutlich 2027) mindestens auf diesem Niveau belassen zu wollen. Um dies zu erreichen, müsste spätestens dann aber nach der aktuellen Finanzplanung der Bundesregierung eine gigantische Deckungslücke von 25 bis 35 Mrd. Euro geschlossen werden, wofür massive haushaltsinterne Umschichtungen und drastische soziale Einschnitte nahezu unausweichlich wären.

Ein Sondervermögen für die kaputtgesparte Bundeswehr?

Schon häufig wurde darauf hingewiesen, dass die nicht enden wollende Litanei von der kaputtgesparten Bundeswehr jeder Grundlage entbehrt (siehe z.B. [Ausdruck Nr. 113/Juni 2023](#)). Tatsächlich stieg der Militärhaushalt von 32,5 Mrd.

Euro (2014) bis unmittelbar vor der Zeitenwende auf 50,4 Mrd. Euro (2022) selbst inflationsbereinigt um 40 Prozent an. Dennoch wurde diese Botschaft viele Jahre unermüdlich in die Köpfe der Bevölkerung hineingehämmert, was wohl nicht unerheblich dazu beitrug, dass Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar 2022 das Sondervermögen der Bundeswehr von 100 Mrd. Euro vor allem in dieser Größenordnung so sang- und klanglos ausloben konnte. [...]

Haushalt 2024: Aufrüstung und Sozialabbau

Im Jahr 2023 pirschte sich die Bundesregierung mit Militärausgaben von rund 1,6% des BIP allmählich an die 2%-Zielmarke heran. Dabei belief sich das offizielle Militärbudget zwar „nur“ auf 50,1 Mrd. Euro, es sollten aber nun auch erstmals relevante Gelder im Umfang von 8,4 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen hinzukommen (real entnommen wurden schlussendlich 5,81 Mrd. Euro). Außerdem müssen noch weitere nicht im Verteidigungshaushalt verortete militärrelevante Beträge nach NATO-Kriterien addiert werden. [...]

Für den offiziellen Militärhaushalt 2024 ist nun eine Summe von 51,95 Mrd. Euro vorgesehen – 1,85 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Hinzu sollen voraussichtlich 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen sowie 14,5 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien aus anderen Haushalten kommen (womöglich auch vier Mrd. mehr). Zusammen ergibt das in etwa 86 Mrd. Euro und damit grob 2 Prozent des BIP.

Weil aber gleichzeitig eisern wieder an der sogenannten Schuldenbremse festgehalten werden soll, mussten schon im ersten Regierungsentwurf im Sommer letzten Jahres 16 Mrd. Euro eingespart werden. Als Folge wurde bei nahezu allen Ressorts kräftig der Rotstift angesetzt: „Der Kürzungshaushalt der Ampel ist eine soziale Katastrophe – und sollte eine Steilvorlage für alle Gegner der Sparpolitik sein. [...] Bundesfreiwilligendienste minus 26 Prozent, Wohngeld minus 16 Prozent, Freie Jugendhilfe minus 19 Prozent, psychosoziale Zentren minus 60 Prozent, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer minus 30 Prozent, Asylverfahrensberatung sowie besondere Rechtsberatung für queere und sonstige verwundbare Geflüchtete minus 50 Prozent. Die Liste ließe sich erschreckend lange fortsetzen.“ [...]

<https://www.imi-online.de/2024/02/02/ruestung-durch-sozialabbau/>

Attac Österreich: Historisch: UN-Generalversammlung beschließt Mandat für globales Steuerabkommen
Mit 125 Pro-, 9 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen hat die Staatengemeinschaft am 27.11.2024 ein [ehrgeiziges Mandat](#) für eine rechtsverbindliche UN-Steuerkonvention [verabschiedet](#).
<https://www.attac.at/news/details/historisch-un-generalversammlung-beschliesst-mandat-fuer-globales-steuerabkommen>

Die Zeit ist reif: Superreiche gerecht besteuern. Für einen starken Sozialstaat, Investitionen in öffentliche Infrastrukturen und Klimatransformation – in Deutschland und weltweit.
4.10.2024 - 22 Organisationen fordern die Besteuerung großer Vermögen in Form einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe, <https://awo.org/position/die-zeit-ist-reif-superreiche-gerecht-besteuern/>



20.11.2024 - Gesundheitsbündnisse warnen vor dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) und präsentieren Krankenhausschließungsbilanz 2024 - [Appell an den Bundesrat](#)

Die Initiativen beanstanden die unzureichende Reform von Krankenhausfinanzierung und -struktur. Diese sei nicht dazu geeignet, den wirtschaftlichen Druck von den Häusern zu nehmen und den Personalmangel zu beheben. Zudem sei ein flächendeckender Abbau der Gesundheitsversorgung absehbar. In seiner Schließungsbilanz dokumentiert das Bündnis Klinikrettung einen ungebremsten Kahlschlag. **2024 wurden 23 Krankenhäuser geschlossen.** Hinzu

kommen zahlreiche Schließungen von Abteilungen, darunter **13 Geburtshilfestationen**. In den Jahren 2023-2024 wurden insgesamt zehn Krankenhäuser nach Insolvenzverfahren geschlossen, **23 weitere Krankenhäuser befinden sich aktuell in Insolvenzverfahren.**

mehr: gemeingut.org; [Pressemappe mit allen Materialien](#)

[Das Gegenteil von gut...](#) Nadja Rakowitz zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz

People's Health Dispatch

Großbritannien: Gesundheitspersonal und Aktivisten gegen Palantir

18.11.2024 - Gesundheitspersonal und Aktivisten in Großbritannien verstärken ihre [Kampagne](#) gegen das in den USA ansässige Überwachungs- und Datenunternehmen Palantir, da die Regierung von Keir Starmer ihre Bemühungen beschleunigt, das berüchtigte Unternehmen in die Verwaltung der Daten des National Health Service (NHS) einzubeziehen.

Palantir fasste erstmals während der COVID-19-Pandemie [Fuß](#) im NHS, sicherte sich Verträge außerhalb der Standard-Vergabeverfahren und erfreute sich bei hochrangigen Gesundheitsbeamten großer Beliebtheit. Das Unternehmen, das für seine Beteiligung an Operationen wie den US-geführten Invasionen in Afghanistan und Irak und der Verfolgung von Migranten durch die US-Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) berüchtigt ist, weitete seine Rolle in Großbritannien bald aus. Im vergangenen Jahr erhielt es einen [Auftrag über](#) 330 Millionen Pfund (417 Millionen US-Dollar) für die Implementierung der [Federated Data Platform](#) (FDP), mit der das medizinische Datenmanagement in ganz England modernisiert werden soll.

Aufgrund unterschiedlicher Systeme sind derzeit nicht alle NHS-Einrichtungen in der Lage, Daten auszutauschen. Sowohl die konservative als auch die Labour-Regierung haben dies als Hauptgrund für Engpässe im Gesundheitssystem ausgemacht und behauptet, dass die Lösung des Problems zu Verbesserungen in der Versorgung führen würde. Organisationen wie Medact, Just Treatment und Corporate Watch [warnen jedoch](#) davor, dass die Übertragung dieser Aufgabe an Palantir die Probleme eher verschärfen als lösen könnte. [...]

Palantir ist stolz darauf, neue [Anwendungen für Daten](#) zu finden, insbesondere um die Vorherrschaft des Westens zu stärken. Da der volle Umfang der FDP noch unklar ist, besteht die große Sorge, dass die Daten des NHS auch zur Förderung der Überwachungstools von Palantir genutzt werden könnten. Diese Tools werden bereits beim andauernden Völkermord Israels an den Palästinensern im Gaza-Streifen eingesetzt.

Die Führung von Palantir hat [offen](#) Israel unterstützt und sich offen der Regierung von Benjamin Netanjahu angeschlossen, selbst als diese damit fortfuhr, Zehntausende Palästinenser zu töten. Das Unternehmen testet aktiv – oder

besser gesagt: demonstriert – seine Modelle für künstliche Intelligenz (KI) anhand der Angriffe Israels in Palästina und im Libanon. Dies deutet auf die klare Absicht hin, diese Instrumente weiter zu monetarisieren, indem sie an andere Staaten vermarktet werden, die sich auf Massenmorde vorbereiten.

Die Übergabe medizinischer Daten des NHS an Palantir würde die Komplizenschaft der Regierung Starmer bei den Kriegsverbrechen Israels vertiefen, warnen Organisationen für Gesundheitsgerechtigkeit. Ein solcher Schritt birgt die Gefahr, den Ruf des NHS zu schädigen, seine Datensätze zu einem Instrument der internationalen Unterdrückung zu machen und gleichzeitig das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Gesundheitssystem im eigenen Land zu untergraben. Viele hatten gehofft, dass ein Regierungswechsel im Juli das Ende der FDP bedeuten würde. „Statt jedoch auf Reset zu drücken, drückte Labour auf Beschleunigung“, bemerkte Just Treatment während eines Treffens „*No Palantir in the NHS*“ im November. (...) [people's health dispatch](#)

Gewerkschaftliche Organisation von Gesundheitspersonal von Pakistan bis Europa verstärkt

7. Dezember 2024 - [...] In ganz [Europa](#) hat der Gesundheitssektor mit einem chronischen Arbeitskräftemangel zu kämpfen. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Europäischen Föderation der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst hebt besorgniserregende Lohnunterschiede bei Pflegekräften hervor – sowohl zwischen den europäischen Ländern als auch zwischen den Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor – als einen Schlüsselfaktor, der das Problem verschärft.

Unterdessen ist die gewerkschaftliche Organisation weiterhin ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Ungleichheiten. In [Pakistan](#) haben kommunale Pflegekräfte einen wichtigen Schritt unternommen, indem sie die erste nationale Gewerkschaft des Landes gründeten, die Mitarbeiter im Kampf gegen Polio, Hebammen und andere kommunale Pflegekräfte vereint und ihre kollektive Stimme und ihr Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen stärkt. [Bulletin Nr. 90](#)

Attac Frankreich Nach der Barnier-Sackgasse:

Die Dringlichkeit einer sozialen und ökologischen Kursänderung

Mittwoch, 4. Dezember 2024 - Der von der Neuen Volksfront (NFP) eingebrachte Misstrauensantrag wurde soeben von der Nationalversammlung angenommen und brachte die Regierung Barnier zu Fall. Diese Regierungsinstabilität ist das verzögerte Ergebnis der Wahlen von 2024 und der Entscheidung Emmanuel Macrons, mit den Verlierern der Parlamentswahlen zu regieren: Er weigerte sich, die Ergebnisse der Wahlen zu berücksichtigen, nämlich die Äußerung einer Ablehnung der extremen Rechten und des Wunsches nach einem ökologischen und sozialen Kurswechsel.

Emmanuel Macron hat sich sehr bemüht, Le Rassemblement National (RN) zufrieden zu stellen, indem er Michel Barnier mit der Zustimmung von Marine Le Pen zum Premierminister ernannte. Und Michel Barnier hat seit seiner Ernennung viel getan, um dem RN zu gefallen: Ernennung von sehr sehr rechten Ministern, sehr sehr reaktionäre Gesetzesentwürfe (Einwanderung, öffentlicher Dienst...), Änderungsanträge zum Haushaltsgesetzesentwurf... Aber das hat nicht ausgereicht. Nachdem er seinen ersten 49-3 gezückt hatte, wurde Michel Barnier zensiert und leitete die kürzeste Regierung in der Fünften Republik: zurück an den Start.

Man kann nur zufrieden sein mit der Zensur einer Regierung, die einen extravaganten Haushaltsparkurs und so schwerwiegende Maßnahmen wie die Reform der staatlichen medizinischen Hilfe oder die drei Karenztage für Beamte durchsetzen wollte. Aber nichts ist geregelt. Die RN wurde in ihrer Entdämonisierungskampagne stark gefördert, da die Regierung sie seit ihrer Ernennung bis zu diesem Misstrauensantrag zu einem regelmäßigen Gesprächspartner gemacht hat. Der rechtsextreme Unhold wird nie satt: Je mehr man ihm gibt, desto mehr will er.

Die Instabilität der Regierung ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern das Ergebnis des Verlusts der Fähigkeit der Regierung, genügend Zustimmung zu erzeugen und auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung einzugehen. Der Sturz der Regierung ist das verzögerte Ergebnis der Wahlen von 2024 und der Entscheidung Emmanuel Macrons, mit den Verlierern der Parlamentswahlen zu regieren. Aber eine Regierung in der Krise macht noch keine Alternative.

Damit eine Regierung wieder legitim wird, müsste sie zunächst die Forderungen erfüllen, die im Land erhoben werden: Verteidigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor drohenden Entlassungen, Stopp der Zerschlagung des Beamtenstatuts und Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, Anhebung der Löhne und Rücknahme der Rentenreform, ökologische Wende und Kampf gegen Ungleichheit, Stopp der Freihandelsabkommen, Einkommensgarantie für Bauern und Bäuerinnen....

Die legitimste Entscheidung ist es, sich auf die Ergebnisse der Parlamentswahlen zu besinnen. Auf der Grundlage des Programms der Neuen Volksfront (NFP) wurden eine Mehr-

heit von Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt. Die Umsetzung dieses Programms, das auf die Bewältigung der sozialen und ökologischen Notlage abzielt, ist in dieser politischen und institutionellen Krise der einzige Ausweg nach oben. Ein/e Vertreter/in der NFP muss für Maignon nominiert werden, um eine neue Regierung zu bilden, das ist der einzige demokratisch legitimierte Weg.

Abgesehen von den zu treffenden institutionellen Entscheidungen fordert ein echter politischer Wandel weit mehr als eine legitime Linksregierung. Die Kampagne für Steuergerechtigkeit von Attac hat den Kampf innerhalb der sozialen Bewegungen zu einem in dieser Sequenz entscheidenden Thema geführt. Gemeinsame Mobilisierungen, konkrete Vorschläge für eine andere mögliche Welt können sich mit dem Widerstand gegen die extreme Rechte und ihre Verbündeten verzahnen, um andere Horizonte zu erfinden, für soziale Gerechtigkeit und eine ökologische Wende. Dafür wird sich Attac in den kommenden Monaten einsetzen.

[France.attac.org](https://france.attac.org)

Dez. 2024: François Bayrou als Premierminister

[France.attac.org](https://france.attac.org) 16.12.2024 - Als **Unterstützer der Kampagne von Emmanuel Macron ab 2017**, als Befürworter einer orthodoxen Haushaltspolitik, als Gegner der Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung, als Befürworter der Abschaffung der Vermögenssteuer und als Befürworter der Rentenreform mit 64 Jahren... François Bayrou ist die Garantie dafür, dass sich nichts ändern wird. [...] Mit dieser Entscheidung begibt **sich Emmanuel Macron in die Illegitimität, indem er den an den Wahlurnen geforderten demokratischen Wechsel ablehnt** - den der Ablehnung der extremen Rechten und des Strebens nach einem ökologischen und sozialen Kurswechsel. [...] **Wir brauchen mehr denn je einen tiefgreifenden Politikwechsel, der in der Lage ist, mit der neoliberalen Politik zu brechen und ihre Schäden zu beheben.** Aber auch eine geeinte Linke, die sich gegen Spaltungsversuche wehrt und Parteigrenzen durchbricht. [...]

Attac setzt seine Kampagnen fort, insbesondere für Steuergerechtigkeit [...] Dies beginnt mit den [Mobilisierungen der Gewerkschaften im Eisenbahnsektor](#) und gegen Entlassungspläne sowie die Demonstration zum [Internationalen Tag der Migrantinnen und Migranten](#).

SiG-Sonderseite zu Frankreich: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/frankreich-2024>
Programm der Neuen Front Populaire, Juni 2024

406 Organisationen weltweit fordern:

Schluss mit giftigen Handelsabkommen zwischen der EU und lateinamerikanischen Ländern - Das EU-Mercosur-Handelsabkommen muss gestoppt werden - JETZT!

26. November 2024 [...] Das Abkommen wurde ohne jegliche öffentliche Beteiligung und Kontrolle hinter verschlossenen Türen verhandelt. Sogar die Europäische Ombudsfrau hat die mangelnde Transparenz der Europäischen Kommission [kritisiert](#). Nun erwägt die EU-Kommission, den Abstimmungsprozess durch das sogenannte "Splitting" des Abkommens zu ändern, um die Vetos einzelner EU-Länder zu umgehen.

[Hunderte von zivilgesellschaftlichen Organisationen](#) und [Parlamentarier*innen](#) haben dieses Manöver als Angriff auf demokratische Prozesse verurteilt.

Schlimmer noch: Die am meisten betroffenen Gruppen – Arbeiter*innen, Kleinbauern und -bäuerinnen, indigene Gemeinschaften und Frauen – wurden von den Verhandlungen ausgeschlossen, obwohl sie am stärksten unter den Folgen des Abkommens leiden werden.

Ein giftiges Abkommen für Menschen und den Planeten

Dieses Abkommen wird das Ungleichgewicht zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden weiter verschärfen und neokoloniale Handelsstrukturen aufrechterhalten. Es fördert zerstörerische landwirtschaftliche Modelle, die Kleinbauern und -bäuerinnen und indigene Gemeinschaften verdrängen, während der Export von giftigen Agrochemikalien, selbst solchen, die in der EU verboten sind, vorangetrieben wird.

Diese nicht nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken, einschließlich der industriellen Viehzucht, bedrohen die Ernährungssouveränität und das Tierwohl in beiden Regionen. Arbeiter*innen in den Mercosur-Ländern werden von Arbeitslosigkeit und verschlechterten Arbeitsbedingungen betroffen sein. [Frauen](#) werden in diesem Zusammenhang noch mehr verlieren, da sie am stärksten von der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die durch das Abkommen vorangetrieben werden, betroffen sind. [Studien zeigen](#), dass das Abkommen ernsthafte wirtschaftliche Risiken für die Länder des Mercosur birgt, wo es die Ungleichheit weiter vertiefen und die nachhaltige Entwicklung und (Re-)Industrialisierung behindern würde.

Auch die Umwelt wird leiden. Kein Zusatzprotokoll oder Anhang kann die langfristigen Schäden, die dieses Abkommen verursachen wird, mindern; es handelt sich nur um Greenwashing. Das EU-Mercosur-Abkommen wird die Entwaldung beschleunigen, die Klimakrise verschärfen und unsere Regionen weiter von Klimagerechtigkeit entfernen.

Kein Abkommen mit rechtsextremen, die Klimakrise leugnenden Präsidenten

Dieses Abkommen wird mit Regierungen verhandelt, die in Argentinien und Paraguay von Leugnern der Klimakrise geführt werden, während Urwälder als Folge der massiven Abholzung für die Agrarindustrie [brennen](#) und Brasilien von [beispiellosen Dürren](#) heimgesucht wird. [...]

Geopolitik lässt sich nicht mit neokolonialen Handelsabkommen lösen

Politiker*innen, die dieses Abkommen fordern, um den Einfluss Chinas in der Mercosur-Region auszugleichen, sind in einer neoliberalen Freihandelsideologie gefangen, die Konzernprofite über das Wohl der Menschen und des Planeten stellt. Die Stärkung der gegenseitigen Beziehungen, die zweifellos notwendig ist, erfordert Solidarität, Gerechtigkeit, Kooperation, Nachhaltigkeit und Demokratie – nicht die Vertiefung der Handelsasymmetrien. Dies gilt nicht nur für das EU-Mercosur-Abkommen, sondern auch für die "modernisierten" Abkommen zwischen der EU und Mexiko sowie der EU und Chile, die gleichermaßen problematisch sind.

Die Lösung ist klar:

Die politischen Entscheidungsträger*innen auf beiden Seiten des Atlantiks müssen ihre Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, Soziales und Klima einhalten und diese toxischen Handelsverhandlungen sofort beenden.

Gerechter Handel ist möglich – auf der Grundlage von Solidarität, Demokratie, gegenseitiger Zusammenarbeit und Gleichheit!

Stoppen Sie das EU-Mercosur-Abkommen JETZT!

<https://europeantradejustice.org/eu-mercousur-nov2024/>

PowerShift

EU-Mercosur:

Voran in die (Klima-)Krise

[Reiseführer als pdf](#),
10/2020

<https://power-shift.de>

Die Folgen
des EU-Mercosur-Abkommens
für Mensch und Natur



<https://stopeumercosur.org>

<https://www.attac.at/kampagnen/konzernabkommen-stoppen/eu-mercousur>

Mobilitätswende ausgebremst:
[Studie](#) belegt Einfluss von
Autokonzernen auf EU-
Mercosur-Handelsabkommen

jungeWelt: Dossier:
Mercosur- EU und Co.:
<https://www.jungewelt.de/bibliothek/dossier/181>

German Foreign Policy Die neokoloniale Doppelrolle

9.12.2024 - [...] Kritiker warnen, das Freihandelsabkommen lege die Mercosur-Länder auf eine neokoloniale Rolle als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten der wohlhabenden EU fest und bringe schwere Nachteile für Arbeiter und Umwelt in Südamerika. [...]

Der Hauptgewinner ist Deutschland.

Von den rund 110 Milliarden Euro, auf die sich der Handel zwischen der EU und dem Mercosur gegenwärtig beläuft, gehen 24 Milliarden Euro auf das Konto der Bundesrepublik, mehr als auf das Konto jedes anderen EU-Mitgliedslandes. Dass die hohen Mercosur-Einfuhrzölle zu 91 Prozent entfallen, nützt besonders den drei stärksten Branchen der deutschen Industrie; deren Exporte werden aktuell noch durch Zölle in Höhe von 35 Prozent auf Autos, von bis zu 20 Prozent auf Maschinen sowie von bis zu 18 Prozent auf Chemikalien gebremst. [FAZ 07.12.2024] Das Freihandelsabkommen erleichtert deutschen Konzernen zudem den Zugang „zu wichtigen Rohstoffen wie Lithium und Kupfer“, die „für Schlüsselindustrien wie Elektromobilität und Erneuerbare Energien essenziell sind“. Einzelne Mercosur-Staaten verfügen über immense Vorräte an ihnen und können sie in Zukunft viel günstiger in die EU exportieren. [bdi.eu 06.12.2024] [...]

Als Hauptverlierer auf der europäischen Seite gilt Frankreich, das relativ wenig Handel mit dem Mercosur treibt und dessen Landwirte ernste Verluste befürchten, sobald billigere südamerikanische Agrarprodukte in die EU gelangen.

[...] Weil im Mercosur weniger strikte Normen für die Agrarindustrie gelten, sehen Beobachter übereinstimmend europäische Landwirte im Nachteil. Das trifft neben der französischen Agrarwirtschaft insbesondere die irische, die österreichische und die polnische Branche hart. [...] Es „geht einseitig zu Lasten der europäischen Bauern und schwächt unsere Betriebe massiv im Wettbewerb“, heißt es beim Deutschen Bauernverband [bauernverband.de 06.12.2024].

Absatzmarkt und Rohstofflieferant

Ernste Folgen droht das Freihandelsabkommen zudem für weite Teile der Bevölkerung der Mercosur-Staaten wie auch für Umwelt und Klima mit sich zu bringen. Indem es der ohnehin starken Industrie der EU-Staaten die Mercosur-Märkte öffne, schwäche es die dortige Industrie, heißt es etwa in einer Protesterklärung [S. vorige Seite]. Arbeiter in Mercosur-Ländern seien daher vom Verlust von Arbeitsplätzen und von sich verschlechternden Arbeitsbedingungen bedroht. Zudem zementiere das Abkommen die ungleiche Arbeitsteilung zwischen der EU und dem Globalen Süden, indem es die Mercosur-Staaten noch stärker als bisher auf die neokoloniale Doppelrolle als Absatzmärkte der EU-Industrie und als Lieferanten von Agrarprodukten und Bodenschätzen reduziere. Zugleich fördere das Abkommen Großagrarier in den Mercosur-Staaten und benachteilige damit Kleinbauern und indigene Communities, während „der Export von giftigen Agrochemikalien ... vorangetrieben“ werde, sogar von „solchen, die in der EU verboten sind“. Überdies werde das Abkommen ungeachtet der – kosmetischen – Zusatzklärung „die Entwaldung beschleunigen, die Klimakrise verschärfen und unsere Regionen weiter von Klimagerechtigkeit entfernen“. [...]

„Eine größere politische Krise“

In Frankreich setzten zu Beginn des Mercosur-Gipfels in Uruguay französische Landwirte ihre Demonstrationen gegen die Freihandelsvereinbarung fort. [...] Parallel gingen dagegen auch belgische Bauern auf die Straße. Es drohe, so heißt es beim französischen Collectif Stop CETA-Mercosur, „eine größere politische Krise in der EU“. [<https://www.collectifstop-tafta.org/>]

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9790>

Umweltinstitut München: EU-Mercosur-Vertrag: Wie geht es weiter?

11.12.2024 - [...] EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen [...] verkündete in Uruguay euphorisch den Verhandlungserfolg trotz der Tatsache, dass Länder wie Frankreich, Österreich, die Niederlande, Belgien, Polen und Italien erhebliche Bedenken oder gar eine klare Ablehnung des Abkommens geäußert haben.

Doch damit nicht genug: Um den Widerstand der nationalen Parlamente zu umgehen, plant die EU-Kommission, diese erst gar nicht in den Ratifizierungsprozess einzubeziehen. Dafür wäre sogar eine Änderung des Verhandlungsmandats notwendig – ein fragwürdiger Schachzug, der nicht nur die Legitimation des Vertrags, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie untergräbt. Besonders problematisch: Während der Handelsteil vorab in Kraft treten könnte, würden zentrale politische Kooperationspunkte wie Vereinbarungen zu Menschenrechten von der Zustimmung der Parlamente abhängig bleiben – und somit ins Leere laufen. [...]

Wie geht es weiter?

Nach dem Abschluss der Verhandlungen folgt das sogenannte „Legal Scrubbing“ – der juristische Feinschliff des Abkommens. Anschließend wird der Vertragstext in alle Amtssprachen der beteiligten Staaten übersetzt, wodurch die Voraussetzungen

für den Ratifizierungsprozess geschaffen werden. Der erste Schritt ist die Unterzeichnung durch den Rat der Europäischen Union (Ministerrat), wofür eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Danach entscheidet das Europäische Parlament über seine Zustimmung zum Vertrag. Die EU-Kommission strebt an, diesen Prozess bis Juni kommenden Jahres abzuschließen. Das Ziel ist ehrgeizig, aber nicht unrealistisch – wäre da nicht der Widerstand der organisierten Zivilgesellschaft und mehrerer EU-Mitgliedstaaten.

Denn bleiben Staaten wie Frankreich, Österreich oder die Niederlande bei ihrem „Nein“, könnten sie eine Sperrminorität im Ministerrat bilden und das Abkommen blockieren. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir mit unseren Partnerorganisationen daher den Druck aufrechterhalten. Ziel ist es, möglichst viele Staaten und Abgeordnete dazu zu bringen, ihre Stimme gegen ein Abkommen zu erheben, das nachhaltige Landwirtschaft, Natur- und Klimaschutz, Menschenrechte sowie Verbraucher:innen gleichermaßen gefährdet.

<https://umweltinstitut.org/welt-und-handel/meldungen/eu-mercotur-vertrag-einigung-ueber-den-deal-aus-der-vergangenheit/>

S. auch: *Freihandelsabkommen EU-Mercosur unterzeichnet, Umsetzung ungewiss – [Amerika 21](#)*

Oxfam

Wie Superreiche die Klimakrise befeuern

Der Bericht „[Carbon Inequality Kills](#)“ (Okt. 2024) zeigt, dass Einschränkungen im Investitions- und Konsumverhalten der reichsten Menschen der Welt schon einen enorm positiven Effekt auf die Reduzierung von Treibhausgasen hätten

- **50 der reichsten Menschen der Welt** stoßen durch ihre Investitionen, Riesenjachten und Privatjets **innerhalb von 90 Minuten mehr CO₂ aus als eine durchschnittliche Person in ihrem ganzen Leben**.
- Alleine in ihren **Privatjets** verbringen Superreiche 425 Stunden im Jahr (bei durchschnittlich 184 Flügen) und stoßen mehr als **2.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid** aus.
- **Würden alle so viel CO₂ ausstoßen wie 50 der reichsten Milliardär*innen, wäre das CO₂-Budget innerhalb von zwei Tagen aufgebraucht.**

Die Einschränkung der Emissionen einer kleinen Elite hätte also positive Folgen für den großen Teil der Weltbevölkerung. Dabei sind es ausgerechnet die reichsten Menschen der Welt, die gut gegen die negativen Folgen der Klimakrise geschützt sind. **Die Konsequenzen muss vor allem die ein-**

kommensschwache Hälfte der Weltbevölkerung tragen: Obwohl diese Menschen kaum zum hohen CO₂-Ausstoß beigetragen haben (nur 8% der globalen Emissionen), sind sie am stärksten von Wetterextremen, Dürren, Überflutungen und Hunger infolge des Klimawandels betroffen. Die Schäden der Klimakrise betreffen vor allem marginalisierte Gruppen: Menschen aus einkommensschwachen Ländern, insbesondere Frauen und Mädchen, und solche, die ohnehin schon in Armut leben. [...]

Viele Unternehmen, die mit den reichsten Milliardär*innen in Verbindung stehen, lobbyieren aktiv gegen nachhaltige Klimapolitik. Mehr: [Oxfam Publikationen](#)

Amazonas verdurstet: Mehr als 420.000 Kinder sind laut UNICEF von einer Rekorddürre im südamerikanischen Regenwaldgebiet betroffen. Derweil jagt ein Tropensturm den nächsten - Von Wolfgang Pomrehn, [jungeWelt](#) 9.11.2024
Weitere Katastrophen - unter so vielen - wg Klimaveränderung : Niger ([humanglemedia](#)) - [Mayotte](#)

Nein zu Lobbyisten für fossile bzw. Agrar-Konzerne auf der COP 29

Agentur Zukunft EU

Mehr als 200 Agrar-Lobbyisten bei COP29

Am 19.11.2024 veröffentlichte [DeSmog](#) eine Analyse der Teilnehmerdatenliste der UNFCCC COP29, aus der hervorgeht, dass mehr als 200 Lobbyisten der industriellen Landwirtschaft, welche die weltweit größten Lebensmittel- und Landwirtschaftsunternehmen vertreten, Zugang zu den COP29-Klimaverhandlungen in Baku erhalten haben. [...] Landwirtschaft ist ein [Sektor, der bis zu einem Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen](#) verursacht.

[...] Der weltgrößte Fleischkonzern JBS hat in diesem Jahr sechs Delegierte entsandt. Zu den weiteren Teilnehmern zählen der weltweit zweitgrößte Molkereikonzern Nestlé (sechs Delegierte) und zwei der größten Pestizidkonzerne, Bayer und Syngenta (insgesamt 13 Delegierte).

Zu den Sektoren mit besonders starker Präsenz gehörten der industrielle Fleisch- und Milchsektor (49 Delegierte) sowie synthetische Düngemittel und Pestizide (42 Delegierte). Während die Zahl der Lebensmittellobbyisten letztes Jahr auf dem bisher größten Gipfel ihren Höhepunkt erreichte, zeigt die diesjährige Teilnahme, dass die Branche die Teilnahme an der COP weiterhin als wichtige Priorität ansieht, da sie weiterhin mit der [Beobachtung ständiger steigender landwirtschaftlicher Emissionen](#) konfrontiert ist.

[...] Unternehmen wie JBS verursachen Emissionen in der Größenordnung großer europäischer Länder und tragen weltweit zum Verlust der biologischen Vielfalt, zur Ernährungsunsicherheit und zur Verschlechterung von Böden und Süßwasserstraßen bei. *Quelle:* [Agentur Zukunft](#)

Attac Österreich, 18.11.2024:

Mindestens 1773 Lobbyist*innen fossiler Konzerne haben Zugang zum COP29-Gipfel in Baku erhalten. Das ist weit mehr als alle 1033 Delegierten aus den 10 am stärksten vom Klimawandel betroffenen Nationen zusammen. Dies zeigt eine neue Analyse der zivilgesellschaftlichen Koalition [Kick Big Polluters Out](#). Sie hat die öffentlich zugänglichen Daten des UN-Klimasekretariats UNFCCC ausgewertet.

„Obwohl die COP29 den globalen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen diskutieren sollte, lenken Öl-, Kohle-, und Gas-Lobbyist*innen weiterhin die Agenda – darunter Akteure wie Chevron, ExxonMobil und Shell“, kritisiert Hanna Braun von Attac Österreich. Kick Big Polluters Out fordert fossilen Lobbys von den Klimagipfeln auszuschließen. [...]

<https://www.attac.at/news/details/1773-fossile-lobbyistinnen-auf-der-cop29>



<https://kickbigpollutersout.org/>

112 Organisationen haben gefordert: Keine Lobbyisten für fossile Brennstoffe auf der COP 29

**CUT FOSSIL FUELS
OUT OF OUR POLITICS!**



4. November 2024

An: EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra

CC: Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen

CC: Die designierte EU-Kommissarin Teresa Ribera

Sehr geehrter EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra,

Betrifft: Ausschluss von Lobbyisten für fossile Brennstoffe aus den EU-Delegationen bei den UN-Klimagesprächen

Wir schreiben Ihnen wegen des übergroßen Einflusses der Industrie für fossile Brennstoffe auf die politischen Diskussionen über den Klimawandel und wegen der Notwendigkeit, sicherzustellen, dass Öl- und Gasunternehmen keinen privilegierten Zugang zu den Klimaverhandlungen erhalten. Die Welt hat gerade die heißesten zwölf Monate der Geschichte erlebt, und in ganz Europa haben rekordverdächtige Hitzewellen, gefolgt von verheerenden Überschwemmungen, den Menschen in einem Land nach dem anderen Zerstörung und Kummer gebracht. Dies war vermeidbar. Doch zu lange haben diejenigen, die von der Aufrechterhaltung des derzeitigen Systems fossiler Brennstoffe profitieren, Maßnahmen zur Eindämmung der globalen Erwärmung verhindert, verzögert oder verwässert. Ihre Stimmen haben das Gespräch beherrscht, auch bei den UN-Klimagesprächen.

[...] Die Glaubwürdigkeit der EU ist derzeit in Frage gestellt. Im vergangenen Jahr haben die EU und ihre Mitgliedstaaten mehr als 130 Lobbyisten für fossile Brennstoffe

in ihre Delegationen zur COP28 entsandt, wie eine Analyse der Kampagne Kick Big Polluters Out zeigt. Ihr eigenes Team bei der Europäischen Kommission hat leitende Angestellte von BP und Eni sowie den Cheflobbyisten von ExxonMobil in Brüssel zu den Gesprächen mitgebracht. [...] Die EU sollte keine Öl- und Gaslobbyisten zur COP29 oder einer zukünftigen COP mitbringen. Es ist genauso wenig vernünftig, ExxonMobil und BP zu fragen, wie man von den fossilen Brennstoffen wekommt, wie wenn man Phillip Morris fragt, wie man mit dem Rauchen aufhört.

Wir, die Unterzeichnenden, bitten Sie, Maßnahmen zu unterstützen, die die öffentliche Politik vor dem Einfluss der Lobbyisten fossiler Brennstoffe schützen, und sich in einem ersten Schritt dazu zu verpflichten, Führungskräften oder Lobbyisten fossiler Brennstoffe die Registrierung bei UN-Klimagesprächen zu verweigern und sie nicht als Redner zu Veranstaltungen einzuladen. Dies sollte Teil eines umfassenderen Rahmens für Interessenkonflikte auf EU-Ebene sein.

Darüber hinaus bitten wir Sie, auf internationaler Ebene das UNFCCC-Sekretariat proaktiv bei der Schaffung eines Rahmens für die Rechenschaftspflicht zu unterstützen, um die Gespräche vor unzulässiger Beeinflussung durch umweltschädliche Interessen zu schützen.

Die Koalition "Fossil Free Politics", die sich aus mehr als 200 Organisationen in Europa und der ganzen Welt zusammensetzt, würde die Angelegenheit gerne vor der COP29 weiter erörtern und wird sich nach Ihrer Rückkehr aus Baku mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Nathan Stewart, Koordinator von Fossil Free Politics, im Namen von 112 Umweltorganisationen

<https://fossilfreepolitics.org/news/112-orgs-tell-hoekstra-not-to-bring-fossil-fuel-lobbyists-to-cop29/>

Informationstelle Militarisierung (IMI) in Zusammenarbeit mit den Naturfreunden: Factsheet Klimakiller Militär

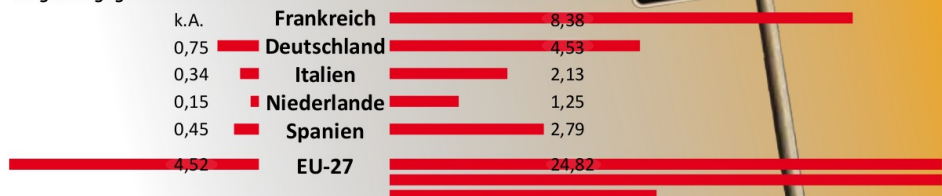
„Emissionen aus internationalen Einsätzen der Bundeswehr unter NATO- oder UN-Mandat werden in den deutschen Emissionsinventaren nicht erfasst, sondern als Memo-Items als ‚not estimated‘ (NE) vermerkt.“

Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 2019

Klaffende Diskrepanz CO₂-Emissionen und das europäische Militär

Angaben gegenüber UNFCCC

Realistischere Werte



Angaben in Mio t CO₂. Links UNFCCC-Daten von 2018, rechts Berechnungen einschließlich Einsätzen und Industrie für 2019. Quelle: Stuart Parkinson/Linsey Cottrell: Under the Radar: Europe's military sectors dodge scrutiny under European Green Deal, CEOS/SGR/The Left, February 2021. Grafik: IMI 2021

Einige Webseiten über COP 29:

<https://fridaysforfuture.de/tag/cop-daily/>,

<https://www.inkota.de/themen/klima-umwelt>

<https://www.greenpeace.de/klimaschutz>,

<https://www.globaljustice.org.uk/our-campaigns/climate/>

<https://viacampesina.org/en/climate-and-environmental-justice/>

Attac Frankreich

Von COP29 bis G20: klimapolitische Untätigkeit am Ruder

25.11.2024 - Diese COP hat gezeigt, dass die reichen Länder bis zum Schluss versucht haben, ihren finanziellen Beitrag möglichst gering zu halten.

Im Jahr 2006 schätzte der Stern-Bericht die Kosten der Untätigkeit auf 5% bis 20% des weltweiten BIP im Jahr 2050, also weit mehr als die 1% des BIP, die der Bericht damals für notwendig hielt, um den Übergang zu finanzieren. In jüngerer Zeit hat das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in Deutschland die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels bis 2050 auf 38 Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt. Das ist ein Betrag, der sechsmal so hoch ist wie die Kosten für eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2°C.

Es steht fest: **Die Industrieländer müssen ihre finanziellen Anstrengungen verdreifachen oder sogar vervierfachen, um den Entwicklungsländern zu helfen.** Laut der Arbeit der Vereinten Nationen (UNCTAD) „würden die Entwicklungsländer ab 2025 etwa 1,1 Billionen US-Dollar an Klimafinanzierung benötigen und bis 2030 etwa 1,8 Billionen US-Dollar. [...] Das neue Ziel für den Beitrag der entwickelten Volkswirtschaften zur Klimafinanzierung würde ab 2025 890 Milliarden US-Dollar und bis 2030 1,460 Milliarden US-Dollar betragen“. [...]

Wieder einmal hat die Herausforderung, den Wohlstand besser zu verteilen, um ökologische und soziale Bedürfnisse zu finanzieren, die Diskussionen beeinflusst und zu einer Minimalverpflichtung geführt: eine Verpflichtung der reichen Länder, ihren Beitrag von 100 Milliarden US-Dollar auf mindestens 300 Milliarden US-Dollar bis 2035 zu erhöhen, was weit von den erforderlichen 1.000 Milliarden und den 500 Milliarden entfernt ist, die als möglicher Kompromiss vorgebracht wurden. Diese Finanzierung wird in Form von Krediten und Zuschüssen erfolgen. Mit anderen Worten: Wieder einmal wird der Nettobeitrag der reichen Länder gering ausfallen und das Konzept der Klimaschulden der reichen Länder gegenüber den Ländern des Südens ignorieren.

Die reichen Länder hatten erst kürzlich im Rahmen der G20-Gespräche die Gelegenheit, eine Mindeststeuer für die reichsten Menschen einzuführen, eine Mindeststeuer von 2% auf das Vermögen der weltweit 3.000 Personen mit einem Vermögen von über einer Milliarde US-Dollar, was jährlich ca. 185 bis 230 Milliarden Euro einbringen würde, also den weitaus größten Teil des Beitrags von 300 bis 400 Milliarden Euro.

Die G20 schloss schließlich mit der Selbstverpflichtung, besser gegen Steuerflucht vorzugehen, ohne eine Perspektive für die Einführung einer die Einführung einer Milliardärsteuer festzulegen. [...] Neben dieser Besteuerung der Reichsten der Welt wäre eine weitere Möglichkeit, die Förderung fossiler Brennstoffe in den reichsten Ländern zu besteuern, was nach Angaben von NGOs wie Greenpeace, Action Aid und dem Climate Action Network ([\[network.org/can-event/global-fight-to-end-fossil-fuels/\]\(https://climate-action-network.org/can-event/global-fight-to-end-fossil-fuels/\) \) bis zum Jahre 2030 720 Milliarden Dollar einbringen könnte.](https://climate-</p></div><div data-bbox=)

Im weiteren Sinne sind die reichen Länder auch dafür verantwortlich, ihrer Verpflichtung, Entwicklungshilfe zu finanzieren statt den Ländern des Südens Kredite zu gewähren, vollständig nachzukommen oder den armen Ländern, die oft am stärksten von der globalen Erwärmung betroffen sind, ihre Schulden zu erlassen - Schulden, die sie maßgeblich mitfinanziert haben.

Sie müssen aber auch politische Maßnahmen umsetzen, um ihre Treibhausgasemissionen drastisch zu senken. Seit dem Pariser Abkommen müssen nämlich die Klimapläne jedes Staates, der das Abkommen unterzeichnet hat, den Vereinten Nationen vorgelegt werden. Bisher ist die Rechnung nicht aufgegangen, denn **die UN schätzt, dass die derzeitigen Verpflichtungen bis 2030 zu einem Rückgang der Emissionen um 2,6 % gegenüber 2019 führen würden, obwohl sie um 43 % sinken müssen, um das Ziel, einen globalen Temperaturanstieg von 1,5 °C nicht zu überschreiten, einzuhalten.**

Die COPs sind ein Abbild der Welt, die von den großen Finanz- und Ölmächten regiert wird. [...]

<https://france.attac.org/actus-et-medias/le-flux/article/de-la-cop29-au-g20-l-inaction-climatique-aux-commandes>

Unternehmen, die die Klimakrise verursachen, müssen für die von ihnen verursachten Verluste und Schäden aufkommen. Im Jahr 2023 erwirtschafteten die fünf größten Ölkonzerne Gewinne in Höhe von mehr als 128 Milliarden US-Dollar. energy-profits.org

German Foreign Policy (25.11.2024):

Die Länder des Globalen Südens üben heftige Kritik an der Weigerung der westlichen Staaten, darunter Deutschlands und der EU, die nötigen Mittel zum Kampf gegen Klimawandel und Klimaschäden bereitzustellen.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9771>

Trade Unions for Energy Democracy ("TUED") über COP29: <https://www.tuedglobal.org/tued-bulletins>
South Unions to COP29: Pay Up! Reclaim Energy, Restore Vital Services: Die Erklärung von über 100 Gewerkschaften bekräftigt die Kernbotschaften des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu einem gerechten Transformationsprozess und zu Arbeitnehmerrechten sowie die Entschlossenheit des IGB-Weltkongresses, für Rückkehr der Energie in öffentliches Eigentum und Kontrolle zu kämpfen. - [Text der Erklärung](#)

Klimagewerkschafter in Deutschland: [labournet](https://labournet.org)

Attac Österreich: [Energiecharta-Vertrag](#): Überarbeitung beschlossen, Energiewende weiter in Gefahr